



# Politische Berichte

In dieser Ausgabe: Bodenrecht und Mietenfrage in den neuen Bundesländern \* USA: Kolonisierte Nationen haben ein Recht auf Selbstbestimmung \* Die EG, das Dritte Reich und BMW \* IGM: Diskussion über Forderungen \* Interview mit der IRA

Nummer 1 / 12. Jahrgang

4. Januar 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

## Golf: Aggressive Kriegsziele des Westens

Mit der AMF-Stationierung in der Türkei rücken Bundeswehreinheiten offiziell nach Kurdistan

Seit Ende Dezember sind nun auch offiziell Bundeswehresol-  
daten im türkisch besetzten Teil Kurdistans — vorerst mit  
„Untersuchungsauftrag“ — Vorwand bot das türkische Er-  
suchen, die „Schnelle Eingreiftruppe“ der Nato an der ira-  
kischen Grenze zu stationieren. Die ERNK hat angekün-

digt, daß sie jeden Soldaten der AMF, der kurdisches Ge-  
biet betritt, als Feind bekämpfen wird. Wird die AMF tat-  
sächlich verlegt, würde sich die BRD erstmals an Kriegs-  
handlungen beteiligen, die sowohl nach ihrem eigenen  
Recht wie nach Völkerrecht rechtswidrig sind.

Die Luft- und Landstreitkräfte der  
Schnellen Eingreiftruppe der Nato  
(AMF) umfassen 5000 Mann. Das  
Hauptquartier des Verbandes liegt in  
Heidelberg, der Verband steht unter  
dem Kommando des deutschen General-  
majors Carstens. Die deutschen AMF-  
Heereskräfte bestehen aus Sanitätskompa-  
nie, Heeresfliegerstaffel, Fernmelde-  
kompanie, Fallschirmjägerbataillon und  
Gebirgsartillerie. Hinzukommt das  
Jagdbombengeschwader 43 in Olden-  
burg mit 18 Alpha-Jets.

Die AMF hat „Stolperdraht“-Funk-  
tion: Ein Angriff auf ihre Einheiten soll  
den Kriegseintritt aller Nato-Staaten  
auslösen. Zu diesem Zweck ist sie aus  
sieben Nato-Staaten beschickt (Belgien,  
Kanada, der BRD, Italien, Luxemburg,  
Großbritannien, USA). Die Stationie-  
rung dieser Einheiten ausgerechnet im  
türkisch besetzten Teil Kurdistans — in  
türkischen Zeitungen wird das Gebiet  
um Malatya als Stationierungsgebiet ge-  
nannt — bedeutet eine doppelte Dro-  
hung: Erstens gegen den Irak, zweitens  
gegen den kurdischen Befreiungskampf  
in diesen Gebieten, gegen den die Türkei

schon lange die Hilfe ihrer Nato-Ver-  
bündeten sucht. Entsprechend scharf fiel  
die Antwort der ERNK, der Nationalen  
Befreiungsfront Kurdistans, aus. In  
einer Erklärung vom 25. Dezember wies  
sie darauf hin, daß sie „jeden Soldaten  
der Einsatztruppen, der unser Land be-  
trifft, als Feind betrachten und mit Ge-  
walt bekämpfen“ werde (siehe Seite 4  
dieser Ausgabe). Ein militärischer Zu-  
sammenstoß in Kurdistan zwischen kur-  
dischen Guerillas und bundesdeutschen  
AMF-Einheiten hätte in der BRD  
schroffe Repressionsmaßnahmen gegen  
Kurden und gegen die Solidaritätsbewe-  
gung mit dem kurdischen Befreiungs-  
kampf zur Folge.

Trotz dieser Vorbereitungen auf eine  
direkte Intervention gegen den kurdi-  
schen Befreiungskampf wie auf einen  
militärischen Schlag gegen den Irak ver-  
meidet die Bundesregierung sorgsam die  
Einschaltung parlamentarischer Orga-  
ne. Die Verlegung von Bundeswehrein-  
heiten verlangt aber zwingend einen  
„Verteidigungsfall“, zumindest einen  
„Spannungsfall“. Das Grundgesetz  
schreibt dazu vor: „... Die Feststellung

des Spannungsfalls und die besondere  
Zustimmung in den Fällen des Artikels  
12a Abs. 5 Satz 1 und Abs. 6 Satz 2 (Ar-  
beits- und Dienstpflicht, d. Red.) bedür-  
fen einer Mehrheit von zwei Dritteln der  
abgegebenen Stimmen“ (des Bundes-  
tags). (Art. 80a) Für die Feststellung des  
„Verteidigungsfalls“ ist sogar die  
Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen  
von Bundestag und Bundesrat nötig  
(Art. 115a GG). Beide Feststellungen  
sind bis heute noch nicht einmal bean-  
tragt worden. Damit wird schon die Ent-  
sendung der jetzigen „Vorausabtei-  
lung“ aus Bundeswehrhoffizieren in die  
Türkei durch das Verteidigungsministe-  
rium zu einer rechtswidrigen Vorberei-  
tung für einen unerklärten Krieg gegen  
den Irak — und einen völkerrechtswidri-  
gen Kolonialkrieg gegen die Kurden.

Die SPD-Abgeordneten Wiczorek-  
Zeul und Scheer haben die Regierung  
vor einem „Verfassungsbruch“ ge-  
warnt, sollte sie ohne Zweidrittelmehr-  
heit Truppen in die Türkei verlegen. Der  
CDU-Abgeordnete Würzbach hat dar-  
auf geantwortet, die Truppenentsendung  
diene dem Frieden. Das ist lächerlich.  
Nach der Diktion der Rechten diene bis-  
her noch jeder Krieg dem Frieden. Wo  
aber steht geschrieben, daß die Regie-  
rung deshalb Truppen verschicken und  
Kriege eröffnen kann, wie sie will?

Sowieso wird immer deutlicher, daß  
die Kriegsziele des Westens am Golf  
sich keineswegs auf den Abzug des Irak  
aus Kuwait beschränken. Nach letzten  
Meldungen sind israelische Truppen an  
der Grenze zum Libanon aufgefahren,  
um einen Kriegsausbruch für Massaker  
gegen Palästinenserlager im Südlibanon  
zu nutzen. In türkischen Zeitungen wird  
offen davon gesprochen, die (erdölrei-  
chen) kurdischen Gebiete im Norden des  
Irak zu annektieren. Die USA haben er-  
klärt, auch im Falle eines irakischen  
Rückzugs aus Kuwait Truppen im Mit-  
tleren Osten lassen zu wollen. Das zeigt:  
Der Nato-Aufmarsch gegen den Irak  
verfolgt aggressive Ziele gegenüber  
dem Irak, gegen das kurdische, das ara-  
bische, das palästinensische Volk. Eine  
Beteiligung der BRD fällt unter Artikel  
26 GG: „Handlungen, die geeignet sind  
und in der Absicht vorgenommen wer-  
den, das friedliche Zusammenleben der  
Völker zu stören, insbesondere die Füh-  
rung eines Angriffskrieges vorzuberei-  
ten, sind verfassungswidrig. Sie sind un-  
ter Strafe zu stellen.“ — (rül)



Die Koalitionsparteien sollen sich in den Verhandlungen vor Weihnachten darauf ver-  
ständigt haben, die Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre zu verkürzen. Das  
meldet die „Welt am Sonntag“. Mindestens vier Bundesländer haben dagegen be-  
reits Widerstand angekündigt: Die Kultusminister Niedersachsens, Baden-Württem-  
bergs, Bremens und des Saarlands lehnten die Schulzeitverkürzung ab. — (rül)

## Untere Lohngruppen anheben!

Erste Sitzungen der Metall-Tarifkommissionen im Januar

„Alarmierende Lohnforderungen der  
Gewerkschaften von über 10 % passen  
überhaupt nicht in die Landschaft.“ Die  
diesjährigen Neujahrswünsche, wie der  
von Bundesbankpräsident Pöhl, zeigen,  
daß auch die Kapitalisten eine kraftvolle  
Lohnbewegung erwarten und reagieren.  
Kirchner von Gesamtmetall fordert  
„Lohnstundung“ beim Aufbau der ehe-  
maligen DDR bzw. stärkere „Vermö-  
gensbildung in Arbeitnehmerhand“  
auch im Westen statt Tarifierhöhungen.  
Weiss, als frisch gekürter BDI-Präsi-  
dent, sorgt sich, in einigen Einzelge-  
werkschaften wie der IG Metall seien  
„noch zu viele Altsozialisten und 68er  
Ideologen, die einen gewissen Einfluß“  
hätten („Bild am Sonntag“, 23.12.  
1990). Er wärmt die Forderung auf,  
„daß die Tarife generell nach Branchen  
und Regionen unterschiedlich aussehen  
sollten“. Hier steht die FDP Gewehr bei  
Fuß: Sie will laut „Frankfurter Rund-  
schau“ vom 5.12.1990 die sog. „Dere-  
gulierungsvorschläge der Expertenkom-  
mission um Prof. Donges vom Kieler In-  
stitut für Weltwirtschaft in den Koali-  
tionsverhandlungen festklopfen“. Be-  
triebe sollen danach mit Betriebsräten  
untertarifliche Leistungen vereinbaren  
können, wenn sie in eine wirtschaftliche  
Notlage geraten. Die Möglichkeit, Tar-  
ifverträge als allgemeinverbindlich zu  
erklären, soll abgeschafft werden.  
Warnstreiks sollen durch das sog. „Ulti-  
ma-Ratio-Prinzip des Streiks“ gesetz-  
lich ausgeschlossen werden.

Zweistellige Tarifforderungen hat es  
in den letzten zehn Jahren nicht mehr

gegeben. Dies, obwohl die amtliche  
Preissteigerungsrate ständig herunterzu-  
jubeln versucht wird (in Baden-Würt-  
temberg von 3,7 % im Oktober auf  
2,8 % im Dezember). Die Budgetbelas-  
tung durch Wohnungsmieten hat sich in  
Westdeutschland laut DIW 1989 um  
6,5 % erhöht. Die Bundesbahnpreise  
sind zum 1.1.1991 erneut um 2,5 % ge-  
stiegen, die Mineralölsteuer um 5,3 %,  
ganz zu schweigen von den noch auf den  
Koalitionstischen liegenden Abgabener-  
höhungen. Laut Statistischem Bundes-  
amt lag der durchschnittliche Bruttomo-  
natsverdienst von Industriearbeitern  
1989 nur bei 2481 DM. Sie stellen den  
größeren Anteil in den unteren Lohn-  
gruppen und hatten nur 70,4 % der Ar-  
beiterlöhne bzw. 47,3 % des Bruttoge-  
halts der männlichen Angestellten. Die  
Abspaltung der Niedrigeinkommen ist  
fortgeschritten und der vor einem Jahr  
begonnene und jetzt verstärkte Neuan-  
lauf zu besonderen tariflichen Anhebu-  
ngen der unteren Lohn- und Gehaltsgrup-  
pen die richtige Schlussfolgerung daraus.  
Mitte Januar fallen in den Tarifkom-  
missionen erste Vorentscheidungen über die  
Forderung. Bisherige Berichte aus den  
Verwaltungsstellen, aus Vertrauenskör-  
pern und Vertreterversammlungen be-  
stätigen die Stärke der Bewegung für  
eine überproportionale Berücksichti-  
gung der unteren Lohngruppen. Was die  
Struktur im Einzelnen betrifft, scheint  
bisher nur sicher, daß sowohl eine reine  
Prozentforderung als auch eine reine  
Festgeldforderung nicht mehrheitsfähig  
sein dürften. — (aro/AGM)

## 12. Januar: Aktionen gegen den Golfkrieg



Bundeswehresoldaten bilden US-Soldaten am C-Waffen-Spürpanzer „Fuchs“ aus.  
Die Bundesrepublik wird aber für den immer wahrscheinlicher werdenden Krieg um  
den Golf nicht nur Hinterland sein, sondern die Bundeswehr wird sich aktiv mit Land-,  
Luft- und Seestreitkräften beteiligen — ob mit oder ohne Grundgesetzänderung. Am  
12. Januar soll es in vielen Städten Protestaktionen gegen den Krieg um den Golf ge-  
ben, die Unterstützung verdienen. — (uld)

Postvertriebsstück G 7756 D  
Gebühr bezahlt

### DGB: Bis Jahresende 10 Millionen Mitglieder

Der Deutsche Gewerkschaftsbund rech-  
net damit, bis Ende 1990 10 Mio. Mit-  
glieder zu vertreten. Zum Jahresende  
1989 hatte der DGB bzw. seine Einzel-  
gewerkschaften 7,7 Mio. Mitglieder.  
Durch die Rekrutierung neuer Mitglie-  
der im Gebiet der früheren DDR steigt  
die Mitgliederzahl der DGB-Gewerk-  
schaften nach der Zerschlagung der frü-  
heren FDGB-Gewerkschaften derzeit  
stark an. So rechnet die HBV (bisher  
402.000 Mitglieder) bis Jahresende mit  
500.000 Mitgliedern, die IG Metall (bis-  
her 2,4 Mio. Mitglieder) mit 3 Millionen  
Mitgliedern, darunter 600.000 aus dem  
Gebiet der früheren DDR. — (rül)

### Klage gegen IBM wegen Sonntagsarbeit abgewiesen

Das Arbeitsgericht Stuttgart hat Mitte  
Dezember eine Klage der Stuttgarter IG  
Metall gegen IBM wegen der von dem  
Konzern eingeführten Sonntagsarbeit  
abgewiesen. Die IG Metall hatte im Mai  
1988 gegen den Verband der Metall-  
industrie Baden-Württemberg und ge-  
gen IBM Klage eingereicht, weil die von  
IBM angeordnete Einführung der Sonn-

tagsarbeit im Werk Sindelfingen gegen  
das tarifvertragliche Verbot von Sonn-  
tagsarbeit verstoße. Durch die Klage  
sollte der Verband gezwungen werden,  
auf IBM zwecks Einhaltung des Ver-  
trags einzuwirken. Das hat das Gericht  
jetzt nach nur einer mündlichen Ver-  
handlung (im Juni 1988) abgelehnt. Das  
Urteil bestärkt die Kapitalisten bei der  
Umgehung von Tarifverträgen. (Akten-  
zeichen: 4 Ca 3019/88)  
Quelle: Handelsblatt, 20.12.90 — (rül)

### Fink (CDU-Sozialausschüsse) propagiert neuen „Sozialpakt“

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende  
Fink (CDU) will einen „Wiederaufbau-  
Pakt“ zugunsten der „neuen Bundeslän-  
der“. Fink schlägt vor, von den näch-  
sten Tarifierhöhungen ein Prozent (ge-  
meint ist: ca. 1 % der Lohnsumme) fünf  
Jahre lang „festzulegen“. So könne ein  
Fonds von 50 Mrd. DM gebildet wer-  
den, aus dem Unternehmen in den östli-  
chen Ländern billig Kredite entnehmen  
könnten. Zugleich sollten die Unterneh-  
men ein Prozent ihrer Gewinne in einen  
Fonds für Weiterbildung einzahlen. In  
diesem Fall verbliebe das Geld also  
gleich bei den Kapitalisten, zweckge-  
bunden für „betriebliche Weiterbil-

dung“. Finks „Wiederaufbau-Pakt“  
wäre direkter Lohnverzicht für Ostge-  
schäfte der Konzerne. Diese bekämen  
Investitionen in den DDR-Niedriglohn-  
gebieten zusätzlich verbilligt und könn-  
ten auch ihre West-Rationalisierungs-  
programme weiter schmieren. — (rül)

### Gegen Golfkrieg, für Solidarität mit den Streiks in der Türkei

Ende Dezember hat sich eine Aktions-  
einheit von türkischen und kurdischen  
revolutionären Organisationen gebildet,  
die in der BRD die Solidarität mit der  
Streikbewegung in der Türkei und den  
Widerstand gegen die Verlegung der  
„Schnellen Eingreiftruppe“ der NATO  
in die Türkei und gegen die Einbezie-  
hung der Türkei in den Golfkrieg orga-  
nisieren will. Der Aktionseinheit gehö-  
ren an: PKK, TKP-Kivilcim, TKP-B,  
THKP-C Acil, Devrimci Sol Gücleri,  
Devrimci Partizan, Devrimci Isci,  
ATIK, TDKP-YÖK, EKIM und andere.  
Als erste Aktionen sind Fackelzüge zur  
Unterstützung des am 3. Januar in der  
Türkei beginnenden Generalstreiks ge-  
plant, am 19. Januar soll in Köln eine  
zentrale Demonstration gegen den Golf-  
krieg folgen (Beginn: 10 Uhr Ebert-  
platz). — (rül)

### Freispruch für Redakteurinnen des Angehörigen-Infos

Zwei Redakteurinnen des Angehörigen-  
Infos sind am 19.12. vom Kölner Amts-  
gericht freigesprochen worden. Ihnen  
war der Abdruck einer Erklärung der  
Angehörigen der politischen Gefange-  
nen vorgeworfen worden, in der in einer  
zugespitzten Situation an die Vorgänge  
in Stammheim 1977 erinnert und diese  
als Mord charakterisiert worden waren.  
Die Bundesanwaltschaft hatte das Ver-  
fahren — das bisher dritte gegen das An-  
gehörigen-Info und das dritte, das sich  
als haltlos erwies — angestrengt; die  
Staatsanwaltschaft forderte je 60 Tages-  
sätze. Das Gericht würdigte die Tatsa-  
che, daß andere Behörden als die BAW,  
so das mit der Nachzensur des Infos be-  
faßte LKA Hamburg, strafrechtlich Re-  
levantes bisher nicht festgestellt bzw.  
vergleichbare Formulierungen nicht be-  
standen hatten. Die Stammheimer Er-  
eignisse würden wohl für immer im Ne-  
bel der Geschichte hängen bleiben.  
„Unabhängig davon, ob das, was in dem  
Info steht, richtig oder falsch ist — kei-  
ner von uns ist dabei gewesen. Aber hier  
scheitert es schon an der Schuldfrage.“  
Die Staatsanwaltschaft legte inzwischen  
Berufung ein. — (scc)

## Aktuell in Bonn

## Zentralbank-Streit

Um die geplante Neuordnung des Zentralbankrats gibt es Streit. Im Zusammenhang mit der DDR-Annexion hatte die Bundesbank nur eine Aufsichtsbank — unter dem früheren rheinland-pfälzischen Finanzminister Ghaddum — für das frühere DDR-Gebiet eingerichtet und eine Verkleinerung des Zentralbankrats gefordert. Bisher gehören diesem je ein Vertreter der — länderbezogenen — Landeszentralbanken an. Laut „Einigungsvertrag“ muß das Bundesbankgesetz bis 3. 10. 1991 „angepaßt“ werden. Die Mehrheit des Zentralbankrats will nun nur noch sieben „Landeszentralbankbezirke“ im Gebiet der BRD inkl. Ex-DDR. Dagegen hat die rheinland-pfälzische Regierung protestiert. Noch im Januar will sie im Bundesrat einen Gesetzentwurf einbringen, der die derzeitige Bundesbank-Struktur auf das DDR-Gebiet ausdehnt, d.h. fünf weitere Landeszentralbanken auf Ex-DDR-Gebiet vorsieht. Der Plan der Bundesbank könne als Modell für eine Neugliederung der Bundesländer wirken und sei ein „unzeitgemäßer Eingriff in die föderalistische Struktur der Bundesbank“.

## DIHT: Steuersenkungen

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat die Bundesregierung in einer Stellungnahme zum Jahreswechsel zu raschen Steuersenkungen im Gebiet der früheren DDR aufgefordert. Die Gewerbesteuer und die betriebliche Vermögenssteuer müsse ganz aufgegeben werden, der Spitzensteuersatz bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer auf deutlich unter 50% gesenkt werden. Diese Steuersenkungen bedeuteten zugleich den Einstieg in die von den Kapitalisten seit langem geforderte allgemeine Senkung der Unternehmenssteuern.

## Lagerpläne

Die Bundesregierung hofft auf eine Massenflucht aus der UdSSR in die BRD. Bis Ende 1990 wurden zu diesem Zweck bereits 170 000 Einreisevisa in die BRD an Bürger der Sowjetunion ausgegeben. Der bayerische Sozialminister Glück hat bereits die Vorlage von „Eventualplänen“ für den Fall einer solchen Fluchtwelle verlangt. Regierungssprecher Vogel entgegnete, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und THW könnten jederzeit Zeltlager errichten. Gelingt die Inszenierung der Fluchtbewegung, so erhofft sich die Regierung mehrere Vorteile. Erstens wollen Union und FDP so ihrer Forderung nach Aufhebung des Asyl-Grundrechts Nachdruck verleihen. Zweitens sollen Flüchtlinge künftig generell in Sammellager gesperrt werden. Drittens sollen die Länder Osteuropas wirtschaftlich weiter unterminiert werden, und viertens soll die Rekrutierung von Saisonarbeitern aus Osteuropa ausgeweitet werden. Bereits im Frühjahr wollen die Arbeitsminister mehrerer ost- und westeuropäischer Staaten über „Wanderungsbewegungen“ beraten, für Arbeiter aus der

CSFR plant Blüm eine befristete Anwerbung, u.a. als Erntearbeiter.

## „Gentesis“ gegen Asbest?

Das Forschungsministerium zahlt Wissenschaftlern der Universität Mainz 1,5 Millionen DM, damit diese ein „Routine-Testverfahren“ für eine angeblich „anlagebedingte besondere Krebsgefährdung einzelner Arbeitnehmer“ entwickeln. Damit ließen sich jene Menschen frühzeitig bestimmen, bei denen gewisse Chemikalien oder andere Umweltfaktoren eher als bei ihren Kollegen zu Krebs führen könnten, heißt es in einer Mitteilung des Ministeriums. Man wolle zugleich die „Reparaturfähigkeit einzelner Menschen für Genschäden“ ermitteln. Der Plan ist also, den Kapitalisten Arbeitsschutzmaßnahmen zu „ersparen“ und die Verantwortung für Krankheiten von den Kapitalisten auf angebliche „Genschäden“ der Lohnabhängigen zu schieben.

## Armutsbericht

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) hat eine Armutsbilanz 1990 vorgelegt. Auf einer Pressekonferenz erklärte DPWV-Geschäftsführer Dörrie, in den „alten Bundesländern“ im Westen seien heute 120 000 Menschen obdachlos. Weitere 200 000 lebten in Notunterkünften, noch einmal eine halbe Million in völlig heruntergekommenen Behausungen. Jeder zehnte Mensch in der BRD lebe heute an oder unter der Armutsgrenze. Dörrie forderte eine soziale Grundsicherung.

## Polen-Verhandlungen

Die Verhandlungen über den sogenannten „deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag“ sollen bis Ende Januar abgeschlossen sein. Das teilt das auswärtige Amt mit. Kurz vor Jahresende bekräftigte der Vorsitzende der revanchistischen „Landmannschaft der Schlesier“, Hupka, deren Forderungen: „Den Deutschen jenseits von Oder und Görlitzer Neiße sowie deren Nachkommen ist ... die bisher schon bestehende deutsche Staatsangehörigkeit zu bestätigen und deren Inanspruchnahme vertraglich zu sichern.“ Deutsche Kindergärten und Schulen, Deutsch als Amtssprache, zweisprachige Ortsschilder und ähnliches müßten folgen. Polen solle der BRD ein „Schutzrecht“ für „Deutsche“ in Polen einräumen. Die BRD gewänne so umfassende Einmischungsrechte in Polen.

## Was kommt demnächst?

Am 7. 1. sollen die Koalitionsverhandlungen über das Regierungsprogramm abgeschlossen werden. Bis 9. 1. soll eine Länder-Finanzministerkonferenz über den Finanzausgleich zwischen „Alt- und Neuländern“ beraten. Am 17. 1. soll Kohl im Bundestag erneut zum Kanzler gewählt werden. Am 20. 1. sind Landtagswahlen in Hessen. Am 23. 1. berät der kanadische Ministerpräsident Mulroney in Bonn u.a. über den Abzug kanadischer Truppen aus der BRD.

Nach 40 Jahren wurde das alte BRD-Bodenrecht im Hauruckverfahren auf die fünf neuen Bundesländer ausgedehnt. Dies, obwohl allen Beteiligten klar war, daß es zu großen Schwierigkeiten kommen würde. So waren viele Gebäude auf Grund und Boden errichtet, der gar nicht im Eigentum der Erbauer stand. Da ein Bodenverkehr nach „Marktgesetzen“ ausgeschlossen war, entwickelte sich auch kein Bodenwert im kapitalistischen Sinne. Durch die Notwendigkeit insbesondere für Betriebe, im Rahmen der Erstellung von DM-Eröffnungsbilanzen und unter dem Zwang, mit Firmen der Alt-Bundesländer kooperieren zu müssen, stellte der im Eigentum der Betriebe stehende Grund und Boden oft einen beträchtlichen Teil des Werts dieser Betriebe dar. Im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion wurden nun einfach Durchschnittsbodenwerte der Alt-BRD auf die neuen Länder umgesetzt. Nachdem Bodenwerte aber nicht nur im Teilbereich der gewerblichen Wirtschaft festgelegt werden können, werden auch für alle anderen Nutzungsarten Bodenwerte nun auf der BRD-Basis festgelegt.

Welche Auswirkungen sind für die Mietentwicklung zu erwarten?

Die Wohnungsmieten stellen kein Entgelt für die Überlassung von Wohnungen dar. Wie aus der II. Berechnungsverordnung für Wohnungsmieten hervorgeht, setzen sie sich wie folgt zusammen:

1. Verzinsung des Bodenwertes;
2. Verzinsung des zum Bau aufgenommenen Kapitals;
3. Die Bewirtschaftungskosten für das Gebäude;

Da in den meisten Fällen der Boden als Eigenkapitalanteil der Baugesellschaften eingebracht wird, ist hier eine Verzinsung von 4 Prozent im Normalfall anzusetzen. Je nach Baugebiet wird pro Quadratmeter Wohnfläche 1 qm bis 1,5 qm Grund und Boden benötigt. Bei den in der DDR üblichen Bodenwerten zwischen 1,00 DM und 5,00 DM wäre dies eine zu vernachlässigende Größe. Bei derzeit bereits angesetzten Bodenwerten wie z.B. in Gera sind bereits Werte zwischen 350,00 DM und 450,00 DM angesetzt. Dies bedeutet eine monatliche Miete von ca. 1,00 DM bis 1,50 DM pro Quadratmeter Wohnung und Monat.

Die Hypothekenzinsen sind im letzten halben Jahr ebenfalls an das Zinsniveau der Altländer angepaßt worden. Dies hätte nun auf bereits errichtete (und bezahlte) Gebäude keinen Einfluß, da aber mit dem Verkauf bzw. der Neuorganisation der Wohnungswirtschaft zu rechnen ist, bekommen die Banken wieder Zugriff auch auf den Bestand, und die Hypothekenzinsen fallen wie bei einem Neubau an. Bei derzeitigen Zinsen zwischen 8 Prozent und 10 Prozent und reinen Baukosten von ca. 2000,00 DM/qm läge der Anteil der Zinsen an der Miete

bei ca. 12,00 DM bis 16,00 DM pro qm und Monat. Ein Prozent Zinsschwankung macht also ca. 1,00 DM pro qm und Monat aus. Daraus wird ersichtlich, daß der entscheidende Einfluß auf die Miethöhe nicht in den Baukosten, sondern in den Kapitalkosten zu suchen ist.

Da Mieten in der beschriebenen Höhen natürlich nicht realisierbar sind, greift der Staat ein. Dies war in der BRD schon immer so, lediglich ein kleiner Teil des Bauvolumens wurde wirklich frei über den Kapitalmarkt finanziert: sogar bei diesem Teil spielten Steuerersparnisse eine nicht unerhebliche Rolle (siehe Bauherrenmodelle u.ä.). Es ist also klar zu sagen, daß der Mietwohnungsbau unter „marktwirtschaftlichen“ Bedingungen nicht funktionieren kann, da die Masse der Mieter diese Mieten nicht bezahlen könnte.

Der Staat versuchte im Laufe der Zeit auf zwei verschiedene Arten in diesen Markt einzugreifen: durch direkte Subvention der Baukosten (bei üblichen Zinsen für den Rest) und durch Subventionierung der Zinsen, die an die Kapitalgeber zu zahlen waren. Der letztere Weg ging davon aus, daß sich durch Reallohnsteigerungen der Mieter bei Rückzug aus der staatlichen Zinssubventionierung der Anteil der Wohnungskosten am verfügbaren Einkommen nicht verändern würde. Dies war aber insbesondere Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre in der BRD nicht der Fall, da einerseits kaum Reallohnsteigerungen zu verzeichnen waren, andererseits durch drastische Betriebskostensteigerungen für Energie und Wasser/Abwasser zusätzliche Belastungen auf die Mieter zukamen. Eine „Nachsubventionierung“, die in manchen Bundesländern die Milliardengrenze jährlich erreichte, war keine Seltenheit.

Diese Art der Wohnungsbauförderung ist für die neuen Bundesländer nun völlig untauglich. Sie würde nicht finanzierbar sein.



Deshalb gibt es nur einen Weg: zu verhindern, daß Kapitalgeber in großem Stil Zugriff auf den Wohnungsbestand bekommen. Dies bedeutet vor allem, daß Verkäufe des Bestandes insbesondere von kommunalen Wohnungen und Werkswohnungen verhindert werden müssen. Aber auch für die genossenschaftlich errichteten Wohnungen müssen Lösungen gefunden werden, die es den Mitgliedern ermöglichen, Instandhaltung und Werterhaltung ihrer Wohnungen zu sichern.

Zum Neubau von Wohnungen ist kommunaler Grund und Boden zu sichern bzw. es muß eine kommunale Bodenbevorratungspolitik betrieben werden, die die Bodenwerte durch Verknappung nicht in die Höhe treibt. Desweiteren ist nur eine Direktsubventionierung möglich, die den Kapitalgebern nur geringe Einflußmöglichkeiten bietet. Aus Gründen der Gleichbehandlung innerhalb der BRD ist aber ab 1992 mit drastischen Mietsteigerungen zu rechnen, da eine Anpassung an BRD-Niveau unausweichlich ist.

Bereits zum 1. 1. 1991 steht die Verdreifachung der Strompreise, ab 1. 7. 1991 die Anpassung der Heizenergiekosten an. In den alten Bundesländern wird davon ausgegangen, daß die Heizenergie ca. 1,60 DM pro qm und Monat beträgt (je nach Energieart etwas mehr oder weniger). Allein die neuen Heizkosten werden im nächsten Jahr höher sein, als die Gesamtmiete heute.

In den Betriebskosten sind sämtliche öffentlichen Abgaben (Grundsteuer, Müllabfuhr, Straßenreinigung, Kanalgebühren, Wasser- und Energiekosten), die Versicherungen, die Ausgaben für Hausmeister, Gartenpflege, Antennen, Aufzugskosten sowie eine Instandhaltungspauschale und die Abschreibung enthalten. Auch diese Kosten werden in den nächsten Monaten dem BRD-Niveau angepaßt werden müssen. Allein die notwendigen Instandsetzungen werden Milliardenbeträge verschlingen, die über die Mieten wieder hereingeholt werden sollen.

Hier wäre ein Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramm vonnöten, das, wie in den alten Ländern der BRD in den letzten 15 Jahren, die Bestandssicherung der vor 1945 errichteten Gebäude gewährleistet.

Die Rechtskoalition setzt auf freien Wohnungsmarkt und Subjektförderung über Wohngeld. Das dafür aufgewendete Geld schafft keine einzige neue Wohnung und die Regelungen des Wohngeldes werden viele soziale Härten mit sich bringen.

Die Fragen der Wohnungsverversorgung in der BRD werden in nächster Zeit mit das Hauptthema sozialer Auseinandersetzung sein.

(R. W. Nürnberg; aus: Rundbrief Nr. 2 der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie, soziale Befreiung“)

## Zum Bodenrecht und zur Mietenfrage

## Einigungsvertrag erzwingt Erhöhung der Mieten in den neuen Bundesländern

## 48-Punkte-Katalog zur Altenpolitik

## Ausschuß zu „Menschenwürde und Selbstbestimmung im Alter“

Die CDU-Landesregierung von Baden-Württemberg muß sich im Dezember mit dem 48-Punkte-Katalog zur Altenpolitik befassen. Der Ausschuß „Menschenwürde und

Selbstbestimmung im Alter“ mußte vor zwei Jahren auf Antrag der SPD gebildet werden und stellte den Punkte-Katalog weitgehend einstimmig auf.

Ein mehrheitliches Votum (von CDU, Grünen, FDP) gab es nur für die Seniorenengagements, die Beschlußempfehlung der SPD und der Grünen zur Pflegeversicherung, „unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung“ und gegen die Einführung einer Pflegeversicherung bei privaten Versicherungsunternehmen, wurde abgelehnt. Weitere Forderungen von SPD und Grünen, die sich auf Konkretes beziehen, beispielsweise die Einführung der 5-Tage-Woche für die Beschäftigten in der Altenpflege oder die Erhöhung des Investitionskostenzuschusses für Pflegeheimplätze auf 50 Prozent und Fixierung der Mittel im Haushalt, fanden im Ausschuß keine Mehrheit mehr. Der Ausschuß fordert auch im wesentlichen die schnellere Umsetzung bekannter Vorhaben oder verbaler Bekenntnisse der Landesregierung: Das geht von der zügigen Umsetzung des Geriatriekonzeptes, über mehr Fort- und Weiterbildung für die Beschäftigten in der Altenpflege, bessere Wohnungen für alte Menschen, Realisierung des Zentrums für Altersforschung bis zur Aufforderung, „...

zu prüfen, wie längerfristig in unserer Gesellschaft die Frage des Sterbens und des Todes wieder in das Bewußtsein gerückt werden können.“

Der Bericht des Ausschusses enthält neben dem Forderungskatalog eine erschreckende Zustandsbeschreibung in der Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen und hat auch Schuldzuweisungen bei der Hand. Bei der „Feststellung und Würdigung des Sachverhaltes“ der Untersuchung darf der Sachverständige Dr. Große-Ruyken zu Prävention und Geriatrie behaupten, daß „... es durch rechtzeitige präventive Bemühungen möglich ist, die unabdingbaren Krankheiten und Behinderungen des Alters auf einen sehr engen Zeitraum kurz vor unserem natürlichen Ableben zu komprimieren.“ Das ist deswegen möglich, weil: „Nach Angaben des Sachverständigen sind 51 % aller Krankheitsursachen durch eigenes Fehlverhalten im Lebensstil verursacht, 23 % durch Umwelteinflüsse entstanden, und nur 16 % unterliegen der genbedingten Vorbestimmung.“ Das Rehabilitationsverfahren für ältere Menschen wird vom Aus-

schuß begrüßt, ohne daß die Bedingungen der Rehabilitation kritisiert werden. Denn rehabilitiert wird nur, wenn die Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit in Aussicht steht oder die Pflegebedürftigkeit vermieden werden kann. Beide Bedingungen folgen dem Wirtschaftlichkeitsprinzip. Alle sonstigen Vorstellungen des Ausschusses wie die bessere Vernetzung von stationärer Behandlung mit ambulanten, teilstationären, rehabilitativen etc. Einrichtungen machen immer die Rechnung auf, daß o.g. Einrichtungen wirtschaftlicher sind als Pflegeheimplätze. Die Tatsache, daß Pflegeheimplätze ca. 4000 DM pro Monat kosten und jetzt schon 50 Prozent der Benutzer Sozialhilfeempfänger sind, wird berichtet, aber die Frage der Rentenhöhe wird nicht aufgeworfen. Die Landesregierung umschreibt ihre Altenpolitik am Beispiel der Seniorenengagements als „Solidarische Selbsthilfe mit marktwirtschaftlichen Mitteln“. Und wer hier nicht reinkommt?

Zitate nach Bericht und Antrag des Untersuchungsausschusses, Drs. 10/4300, Landtag von Baden-Württemberg — (irs)

## Wie ein Eroberer in Feindesland

## Kritik an der Rundfunk- und Fernsehpolitik der Regierung

Seit dem 15. Dezember sendet die „DFF-Länderkette“ aus den Studios des Deutschen Fernsehfunks (DFF), und zeitgleich begann die Ausstrahlung des ARD-Programms mit Regionalteilen aus den Ländern auf der Frequenz des bisherigen DFF 1. Installiert wurden diese „Umgestaltungen“ unter maßgeblichem Einfluß des vom Kanzleramt eingesetzten Rundfunkbeauftragten für Ostdeutschland, Rudolf Mühlfenzel. Dieser verteidigte sich gegen die Angriffe, er mißachte die Länderhoheit in Rundfunkangelegenheiten, mit dem Hinweis, daß die ARD nicht die Frequenz von DFF 1 erhalten habe, sondern daß der Deutsche Fernsehfunk in eigener Programmhoheit von ARD sende. Die „DFF-Länderkette“ solle so lange bestehen, bis sich die 1991 zu gründenden Landesrundfunkanstalten in den neuen Ländern über die weitere Gestaltung einigen, erklärte DFF-Intendant Michael Albrecht. Albrecht kündigte an, daß auch im nächsten Jahr noch einmal 1500 Fernsehmitarbeiter entlassen werden.

Das „Neue Deutschland“ vom 7. 12. berichtete über Reaktionen: „Verhalten nach Art spanischer Eroberer hat der stellvertretende Intendant des Ostberliner Funkhauses, Jörg Hildebrandt, dem

Rundfunkbeauftragten der neuen Bundesländer, Rudolf Mühlfenzel, vorgeworfen. In einem epd-Interview sagt Hildebrandt am Freitag in Berlin, Mühlfenzel entmündige die Leitung der Ostberliner Rundfunk- und Fernsehanstalten, wenn er sie in seiner Dienstansweisung auffordere, sich zu personal- und medienpolitischen Entscheidungen nur noch nach Rücksprache mit ihm öffentlich zu äußern. „Mir kommt es manchmal so vor, als hätten wir einen Krieg verloren und müßten uns nun in die bedingungslose Kapitulation begeben“ erklärte er wörtlich. Massive Kritik äußerte Hildebrandt, der bis September als Lektor der Evangelischen Verlagsanstalt in Berlin tätig war, auch an der Entscheidung der CDU-geführten Bundesländer in Ostdeutschland, der ARD und dem ZDF Sendefrequenzen des Deutschen Fernsehfunks zu überlassen. Die Leitung seines Hauses sei der Meinung, daß der Ministerpräsident des Landes Brandenburg auf jeden Fall Verfassungsklage beim Bundesverfassungsgericht einreichen müßte“, erklärte der Intendantenvertreter. Mühlfenzel sei nicht berechtigt gewesen, Frequenzen, und sei es auch nur teilweise, an irgendwelche Stationen oder Rundfunkvereinigungen zu übergeben.“ — (hao, uld)



# Entfesselte Berufsverbotepraxis im Anschlußgebiet

Anschlußmacht verlangt in „Fragebogenverhören“ Selbstbezeichnung und Denunziationen

Im folgenden dokumentieren wir Darstellungen und Reaktionen aus den östlichen Bundesländern zur Berufsverbotspraxis der Behörden im Anschlußgebiet. In vielen Bereichen müssen sich Leute, die im öffentlichen Dienst bleiben wollen, Fragebogenverhören unterziehen. Berichte von verschiedenen Seiten bestätigen, daß das von den Verhörten verlangte Verhalten, in den Verhören „glaubhaft zu machen, daß sie sich von dem kommunistischen System gelöst haben“, bedeutet, daß sie andere Personen bzgl. ihrer politischen Tätigkeit und Organisationszugehörigkeit denunzieren müssen. Viele Betroffene halten dem ungeheuren öffentlichen Druck nicht mehr stand und treten aus den von den BRD-Behörden stigmatisierten Organisationen aus.

## Verhöre per Fragebogen sollen Berufsverbote vorbereiten

Derzeit erfolgt in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes der ehemaligen DDR eine Art „politische Flurbereinigung“. Durch ein ausgeklügeltes System von „Fragebogenverhören“ wird versucht, eine Selektion vorzunehmen, mit der ehemalige SED-Mitglieder, jetzige PDS-Angehörige und andere Linke entfernt werden sollen. Damit wird im Grunde genommen eine Berufsverbotschleife in die Wege geleitet. So fragt das Auswärtige Amt in seinem zwölfseitigen Personalbogen Bewerber aus dem ehemaligen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten: „Haben Sie vor dem 9. November eine Funktion in der SED, in Massenorganisationen / gesellschaftlichen Organisationen oder eine sonstige herausgehobene Funktion im System der DDR innegehabt? Wenn ja, welcher Art war diese Funktion und von welcher Dauer?“

Herr Stoltenberg läßt noch gründlicher fragen. Etwa: „1. a) Waren oder sind Sie Mitglied einer kommunistischen oder offensichtlich kommunistisch beeinflussten Organisation (Verbände, Bewegungen, Gruppen oder andere Zusammenschlüsse von Personen) oder einer sonstigen linksradikalen Partei?“ Unter 1. b) wird sogar nach Mitgliedschaft in einer „sonstigen Partei oder Organisation im kommunistischen Machtbereich“ gefragt. Punkt 1. d) verpflichtet den Befragten, Mitglieder „einer bisher nicht erwähnten Partei oder Organisation“ zu entlarven, „die inzwischen für verfassungswidrig erklärt oder verboten worden ist“.

Jeder Angehörige der ehemaligen Volkspolizei muß vor seiner Übernahme in den Dienst der Berliner Polizei 77 Fragen beantworten, die er in einem persönlichen Gespräch mit der Prüfungskommission später noch zu erläutern hat. z.B.: „Waren Sie Mitglied der SED?“ Frage 27: „Sind Sie vor dem 31. 12. 1989 aus der SED ausgetreten?“ Frage 28: „Würden Sie aus der SED ausgeschlossen?“ Die Fragen 30 bis 32 sind sehr aufschlußreich: „Haben Sie eine verantwortliche Tätigkeit in Parteikontrollkommissionen ausgeübt? Waren Sie Verantwortliche(r) bei Parteiverfahren mit politischem Hintergrund? Wurden Sie nach Delegierung aus dem Parteiparagrafen bei der Volkspolizei als Offizier eingestellt?“

Und weiter Frage 70: „Haben Sie gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen, insbesondere die im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. 12. 1966 gewährleisteten Menschenrechte, oder die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. 12. 1948 enthaltenen Grundsätze verletzt oder werden Sie eines solchen Verstoßes beschuldigt? Zuvor wird gefragt, ob gegen den Bewerber im Zusammenhang mit den Oktoberereignissen 1989 ein Ermittlungsverfahren anhängig ist.“

Zum Schluß muß der Bewerber schriftlich versichern, ihm sei bekannt, „daß falsche Angaben im Falle meiner Übernahme disziplinarrechtliche Maßnahmen, die Rücknahme der Ernennung zum Beamten zur Beamtin oder die Kündigung nach sich ziehen können.“

Zu den Fragen, die Richter und Staatsanwälte zu beantworten haben, gehört auch die nach der Mitgliedschaft in der SED, einer sogenannten Blockpartei oder einer ihr nahestehenden Organisation (z.B. FDJ), Betriebskampfgruppen usw., gegebenenfalls von wann bis wann?

Quelle: PDS-Pressedienst Nr. 42 vom 26. 10. 90. Verfasst: Peter Sarg, Kommission Politischer Schritte beim Parteivorstand der PDS.

Teilweise werden über Zeitungen Hetzkampagnen z.B. gegen von Schulkonferenzen installierte Leitungen inszeniert, welche der PDS angehören. Nach der Entlassung politisch mißliebiger Schulleitungen ist damit zu rechnen, daß die Landesregierungen den östlichen Bundesländern auch die Lehrkräfte in den Schulen mit Hilfe von Fragebögen politisch durchleuchten und schurigeln werden. Auf der letzten Innenministerkonferenz drängten Bayern und Baden-Württemberg darauf, die PDS für „verfassungsfeindlich“ zu erklären. Von einem solchen Stigma wären erhebliche Teile des Lehrkörpers existenziell bedroht. Es ist höchste Zeit für die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. — (zem, uld)



Protest gegen die Vernichtung der Humboldt-Universität in Ostberlin.

## Politische Repression im Schulwesen

Ein Bericht aus Großenhain (Sachsen)

### Die „neue“ Demokratie?

Es scheint, als würde sie schon bei den ersten Schritten ins Stolpern kommen.

„Neue Köpfe braucht das Land!“ — dieser Slogan beinhaltet wohl vor allem, daß alte Köpfe rollen müssen, wobei es sehr wohl einen Unterschied in der Betrachtung dessen gibt, wer zu den alten Köpfen gezählt wird. So sind es wohl vor allem die Köpfe, in denen links Denken vermutet wird, die abgesägt werden sollen. Im Zuge der Strukturveränderungen in allen wesentlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wurde bereits vor Monaten mit der planmäßigen „Bereinigung“ aller Leitungsebenen begonnen. In der Praxis funktioniert das wie folgt:

Mittels Verordnungen, die in der Volkskammer beschlossen wurden, erfolgte die Abberufung bzw. Kündigung von Direktoren der Schulen, von Leitern nachgeordneter Einrichtungen des Schulamtes (Kindergärten, Kinderheime), auch von Leitern von Einrichtungen des Gesundheitswesens usw.

Das Mäntelchen der Demokratie hängt man der ganzen Sache um, indem die Stellenausschreibung öffentlich erfolgt und somit jeder Bürger die Möglichkeit erhält, sich zu bewerben. Die Auswahl unter dem Aspekt fachlicher Kompetenz und persönlicher Eignung läßt genügend Raum zum Ausordern ungewünschter Leute. Selbstredend können sich auch die vorherigen Leiter erneut bewerben, in den seltensten Fällen jedoch (in der Regel nur dann, wenn kein anderer Bewerber auftritt) haben sie eine Chance, erneut bestätigt zu werden, da sie ja mit Engagement der Politik der SED in der Vergangenheit vertreten hatten.

Den rechten demokratischen Touch erhält dieser Vorgang durch zahlreiche geschaffene Gremien der „Mitbestimmung“ durch die Öffentlichkeit. Das hört sich für den Normalverbraucher zunächst recht gut an, zumal keine Gelegenheit ausgelassen wird, die Bedeutung dieser Gremien in den Medien zu unterstreichen.

Sieht man sich die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen — hier am Beispiel der Mitbestimmungsgremien in den Schulen — genauer an, wird ersichtlich, daß sich die Mitbestimmungsmöglichkeiten reduzieren auf das Recht auf Information, Beratung und Diskussion. Das Recht auf tatsächliche Mitentscheidung, auf Beschlusskraft, wird diesen Gremien keineswegs eingeräumt. Dieses Recht bleibt der Exekutive vorbehalten.

### Ein Beispiel

Auf der Grundlage der „Verordnung über Mitwirkungsgremien und Leitungsstrukturen im Schulwesen“ vom 30. 5. 1990 erfolgte Mitte Juni die Abberufung aller Schuldirektoren von ihrer Leitungsfunktion. In der gleichen Zeit waren an allen Schulen die Schulkonferenzen zu bilden, in die Lehrer, Eltern und Schüler im Verhältnis 2:2:1 sowie ein Vertreter des öffentlichen Schulträgers und Vertreter der auszubildenden Betriebe zu wählen waren. Die Ausschreibung der Direktorenstellen erfolgte öffentlich in der Regionalpresse. Bewerbungen waren an das Staatliche Schulamt zu richten. Ende Juni 1990 tagten die Schulkonferenzen erstmalig. Inhalt dieser Beratungen war ausschließlich die Anhörung der Bewerber für das Direktorenamt. Das lief wie folgt ab: Die Bewerber waren zum Teil persönlich anwesend und erhielten die Möglichkeit, ihre Vorstellungen bzw. Konzeption zur künftigen Arbeit der Schule vorzutragen. Waren sie nicht anwesend, erfolgte Verlesung der Bewerbungen durch den Vertreter des Staatlichen

Schulamtes. Die Mitglieder der Schulkonferenzen erhielten erstmalig zum Zeitpunkt der Konferenz Kenntnis davon, wer sich an der Schule für die Stelle des Direktors beworben hatte. Sie hatten demzufolge keinerlei Möglichkeit, vorher Erkundigungen zur Wirkungsweise des betreffenden Bewerbers an seiner vorherigen Arbeitsstätte einzuholen. Auch von seiten des Schulamtes wurde keinerlei Einschätzung oder Beurteilung beigegeben. Begründet wurde dieses Vorgehen mit der Wahrung der Chancengleichheit jedes Bewerbers! ...

Im weiteren Verlauf erhielten die Mitglieder der Schulkonferenz die Möglichkeit, Fragen an die Bewerber zu richten. Schließlich erfolgte in der Regel (nicht immer!) eine Abstimmung der Schulkonferenz zu jedem Bewerber, was jedoch nicht etwa eine Entscheidung, eher ein Meinungs-votum darstellte. Der Vertreter des öffentlichen Trägers hatte dabei kein Stimmrecht.

Die Entscheidung darüber, wer Direktor der Schule wird, obliegt dem Leiter des Staatlichen Schulamtes. Er trifft diese Entscheidung in der Schulkonferenz. Die Schulkonferenz und der Vertreter des öffentlichen Trägers haben Einspruchsrecht gegen seine Entscheidung. In dem Fall eines Einspruchs wird die Sache an die Schulaufsichtsbehörde verwiesen. Zum Zeitpunkt der Entscheidungen über die Besetzung der Direktorenstellen nahmen mangels Schulaufsichtsbehörden (da es noch keine Landesregierungen gab) die Staatlichen Schulämter die Aufgaben derselben wahr ...

### Hetzjagden

Um unliebsame Bewerber, vor allem frühere Direktoren, auszuschalten, wurden verschiedene Methoden gewählt. So wurde gegen die Direktorin einer Dorfschule im Kreis Großenhain eine regelrechte Hetzkampagne im Territorium entfacht. Die betreffende Kollegin war bis Dezember '89 Mitglied der SED. Sie bewarb sich als Direktorin wieder, weil die Mehrzahl der Lehrer ihrer Schule ausdrücklich darum bat. Die Schulkon-

ferenz bestätigte ihre Bewerbung mit nur 1 Gegenstimme. Ein weiterer Bewerber war nicht da.

Nach Bekanntwerden des Votums der Schulkonferenz wurde durch eine Bürgerin der Gemeinde, die selbst kein Schulkind mehr hat, eine Unterschriftensammlung im Dorf organisiert, die Protest gegen die Ernennung der Direktorin beinhaltete. Damit einher gingen grobe Anschuldigungen und Beleidigungen, zum Teil sogar Drohungen gegen die bisherige Direktorin. Gleichzeitig wurden durch einige Bürger gezielte Gespräche mit verschiedenen ehemaligen oder noch tätigen Lehrern der Schule gesucht, um sie zu einer Bewerbung als Direktor zu bewegen.

Da die erforderliche Unterschriftenzahl (10% der stimmberechtigten Bevölkerung) für den Protest erreicht wurde, erfolgte durch den Kreisschulrat erneut die Ausschreibung der Direktorenstelle. Die bis dahin geschäftsführende Direktorin zog ihre Bewerbung zurück — sie hielt den psychischen Druck nicht mehr aus. Es fand sich eine Kollegin, die früher an dieser Schule unterrichtet hatte und sich auf Drängen der genannten Bürger bewarb. Sie wurde nach erneuter Beratung der Schulkonferenz zum Direktor der Schule ernannt. Die vorherige Direktorin blieb als Lehrerin an derselben Schule, hat aber nach wie vor keine Ruhe, da es nunmehr Bestrebungen gibt, sie generell von der Schule zu entfernen. Dies ist sicher ein Extrembeispiel, aber keineswegs einmalig.

Auch in anderen Fällen wurden seitens des Schulamtes Leute zur Bewerbung animiert, damit man nicht genötigt ist, frühere Leiter erneut zu bestätigen, weil es keine weiteren Bewerber gibt und fehlende Fachkompetenz nicht nachweisbar ist. Es ist zu vermuten, daß diese Stellenausschreibung im Sommer nicht der letzte „Waschgang“ war (siehe Grundsatzklärung von Biedenkopf zur letzten Tagung des Landtags am 22. 11. 90). — (E.H.)

Quelle: Antifaschistische Bildungspolitik 1/1991; Nachdruck aus: Kommunale Berichte Mannheim vom 13. 12. 90

## Gegen Unterdrückung an den Unis Protesterklärungen gegen Hochschul-„abwicklung“

Schon morgen kann es andere treffen! Antifaschisten protestieren gegen Existenzbedrohung an der Humboldt-Universität (Berlin-Ost)

„Wissenschaftliche Mitarbeiter und emeritierte Professoren der Humboldt-Universität im „Bund der Antifaschisten“ sind besorgt und empört über die Bedrohung der Existenz unserer Alma mater.

Die Humboldt-Universität trat nach der Wende an, einen wirksamen Demokratisierungsprozeß auf eigener Kraft zu vollziehen, um an ihre alte humanistische Tradition anzuknüpfen und sich des Humboldtschen Vermächnisses neu zu besitzen.

Der frei gewählte Rektor, Prof. Heinrich Fink, und der Senat besitzen das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Universitätsangehörigen, weil sie bedeutende Fortschritte erzielten bei deren Einbeziehung zur Lösung der Probleme des Universitätslebens, besonders durch Mitverantwortung der Studentenschaft.

Hierbei kann sich die Leitung der Universität auf die intensive Mitarbeit aller am Runden Tisch vertretenen politischen Parteien, Organisationen, Bewegungen und Konfessionen stützen. Dieser vielversprechende Prozeß wird nunmehr auf diktatorische Art und Weise unter Ausschaltung der Universitätsleitung und sogar der Berliner Parlamente und des von ihnen beschlossenen Mantelgesetzes jäh abgebrochen.

In gleicher Weise wie an der Humboldt Universität wird die Existenz einer wachsenden Zahl von Institutionen und Betrieben allmählich preisgegeben und werden vor allem die Menschen entmündigt. Es sei nur an den Exitus des von der Bevölkerung finanzierten und erbauten, national und international geschätzten Berliner Tierparks erinnert.

Die Bürger der ehemaligen DDR haben ihre Geschichte in die eigenen Hände genommen. Soll es das schon gewesen sein? Kommt nun der große Betrug?

Wir Mitarbeiter und emeritierten Professoren der Humboldt-Universität im Bund der Antifaschisten erklären uns mit all den Betroffenen einer derartigen Vergewaltigung solidarisch.

Unseres Erachtens kommt es jetzt darauf an, daß alle Bürger in dieser Situati-

on selbstbewußt und solidarisch zusammenstehen gegen eine derartig unglaubliche Behandlung der Menschen, gegen die Vernichtung von geistigen, kulturellen und materiellen Werten.

Denn schon morgen kann es jeden anderen treffen.

i.A. Prof. em. Dr. Rolf Landsberg

### Erklärung des Parteivorstands der PDS

Der Parteivorstand der PDS verurteilt entschieden die derzeit stattfindende Demontage der wissenschaftlichen Landschaft in den neuen Bundesländern, die unter dem Decknamen „Abwicklung“ läuft.

„Abwicklung“ bedeutet insbesondere für die Geisteswissenschaften die Zerschlagung ganzer Hochschulen, Fakultäten oder Institute, so auf den Gebieten Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, Philosophie-, Kultur-, Theater- und Literaturwissenschaften, Journalistik, Kriminalistik, Landwirtschaft, Sportwissenschaften, Teilen von Natur- und Technikwissenschaften und anderer. Dies geschieht

— ohne parlamentarische Diskussion, sondern im Alleingang von Parteien und Personen;

— ohne die Beachtung eigenständiger Konzeptionen der Universitäten und Hochschulen zu Um- und Neuprofilierungen;

— ohne die Gewährleistung der Mitsprache von HochschullehrerInnen und StudentInnen;

— ohne die Chance zum Neubeginn durch Aufarbeitung der Geschichte.

Diese Zerstörungsaktion muß dem zusammengeschusterten Einigungsvertrag entsprechend bis zum 31. Dezember 1990 abgeschlossen sein. Für zahllose HochschullehrerInnen, WissenschaftlerInnen und StudentInnen bedeutet dies Arbeitslosigkeit oder Exmatrikulation als Weihnachtsgeschenk von der Kohl-Regierung.

Wir erklären uns solidarisch mit den Betroffenen und unterstützen alle, die sich gegen staatliche Willkür und den in der deutschen Geschichte beispiellosen Wissenschafts- und Kulturkahlschlag zur Wehr setzen.

Quelle: PDS-Pressedienst vom 21. 12. 1990, S. 4

## Internationale Umschau



Norwegische Anti-EG-Aktion: „Was geschieht in der EG? Wachsende Armut — Hohe Arbeitslosigkeit — Wachsende soziale Unterschiede — Zunahme der Privatisierung im Gesundheitswesen.“ Nach neuesten Meinungsumfragen wächst die Ablehnung eines EG-Beitritts. Im Dezember 1990 waren es 39,7% Nein-EG-Stimmen gegenüber 31,5% Ja-Stimmen. Diese Umfrage wurde gemacht, nachdem Schweden die EG-Mitgliedschaft angekündigt hatte. Damit scheinen auch EG-Befürworter widerlegt, die u.a. mit einer Isolierung Norwegens Angst machen wollen. Der größte Widerstand gegen die EG kommt von Frauen, Lohnabhängigen mit niedrigem Einkommen und Jugendlichen. EG-Befürworter haben in der Regel eine gute Ausbildung und wohnen in großen Städten. Quelle: Klassekampen, 18.12. — (ccs)

## Fiat: Investition im Mezzogiorno gegen Konti-Arbeit

Kaum waren die neuen tariflichen Regelungen in der italienischen Metallindustrie unterzeichnet, gab Fiat bekannt: Der Konzern baut in Melfi und Avellino im Mezzogiorno, im wirtschaftlich rückständigen Süden, zwei neue Werke — wenn die Gewerkschaften erstens einer Betriebsnutzungszeit von 24 Stunden an sechs Wochentagen, zweitens der Einführung einer Nachtschicht und drittens der Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit für Frauen zustimmen. Alle drei Gewerkschaften haben Verhandlungsbereitschaft ohne grundsätzliche Ablehnung dieser Forderungen signalisiert. Eine Minderheit im Sekretariat der Gewerkschaft FIOM hat abgelehnt unter Hinweis auf das „Risiko, in eine wirkliche Logik des Sozialdumping im Mezzogiorno hineinzugeraten“. — (rok)

## Marokko: Massenverurteilungen gegen rebellierende Arbeiter

Hunderte von Menschen sind in den vergangenen Tagen im Zusammenhang mit den Streiks und anderen Aktionen gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen wegen „Rebellion und Störung der öffentlichen Ordnung“ zu Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren verurteilt worden. Die Verteidiger werfen den Behörden vor, gegen Gesetze zu verstößen. Einige Inhaftierte wurden gefoltert, viele bekamen tagelang kein Essen und wurden trotz Verletzungen nicht ärztlich versorgt. 52 Angeklagten in Fez wurde zusammen 30 Minuten Zeit zu ihrer Verteidigung zugestanden. — (scc)

## UdSSR: Die Krise spitzt sich immer noch weiter zu

Nach dem Kongreß der Volksdeputierten, der Gorbatschow diktatorische Vollmachten übertrug — ihm wird die Zentralregierung unterstellt; er kann die Volksvertretungen in den Republiken durch unmittelbare Präsidentengewalt ersetzen; er hat die Leitung der Wirtschaft an sich gezogen —, spitzt sich die politische Krise in der Sowjetunion weiter zu. Es ist fraglich, ob und wie die Sowjetunion zu einem Zentralhaushalt kommt. Litauen hat erklärt, sich am Haushalt nicht mehr beteiligen zu wollen. Das Parlament der größten und reichsten Republik, der Russischen Föderation, hat trotz heftiger Kritik seinen Beschluß bekräftigt, einseitig den Beitrag an den Zentralhaushalt von 142 auf 23,4 Mrd. Rubel zu kürzen. Damit wäre die jahrzehntlang betriebene Politik des Ausgleichs zwischen reicheren und ärmeren Regionen definitiv aufgekündigt, mit noch unabsehbaren Folgen. Die Planungs- und Budgetkommission des Obersten Sowjet der UdSSR warnt: „Die Krise, mit der wir bis zum Kongreß (der Volksdeputierten) lebten, war eine Kleinigkeit gegenüber dem, was uns bevorsteht. Es beginnt der Krieg der Preise“ — v.a. bei Maschinen u.ä. Die wirtschaftlich schwächeren Republiken z.B. in Mittelasien, deren Wirtschaft meist ziemlich einseitig ausgerichtet ist, würden rasant verarmen. Die Gefahr eines Bürgerkrieges wächst. — (scc)

## Seit über zwei Monaten Streik bei US-Tageszeitung

Seit dem 25. Oktober befinden sich die Lohnabhängigen bei der „Daily News“, einer der vier größten New Yorker Tageszeitungen, im Streik. Seit März bereits arbeiten sie ohne Tarifvertrag, weil der Verleger in fast 200 Verhandlungsrunden die Erneuerung des abgelaufenen Vertrages verhindert hatte. Sein Ziel war und ist es, flexible Arbeitszeiten durchzusetzen sowie die kurzfristige Einstellung von Leiharbeitern, die Kürzung der (betrieblich vereinbarten) Renten und Gesundheitsversorgung, die Streichung von Gewerkschaftsrechten. Viele meinen, daß die Kapitalisten den Streik regelrecht provoziert hätten, um die selbstbewußten Arbeiter entlassen und die Gewerkschaften aus dem Betrieb fegen zu können. Als einem behinderten Arbeiter verweigert wurde, Tätigkeiten im Sitzen zu errichten, und 200 Fahrer daraufhin vor das Tor zogen, erklärte der Verleger jedenfalls den Betrieb kurzerhand für bestreikt und karnte binnen einer Stunde offensichtlich vorher gehauerte Streikbrecher an. Gegen die Arbeiter, die den Einsatz der Streikbrecher verzweifelt zu verhindern suchen, setzt der Verleger Zivilschutz ein, der in brutalen Einsätzen viele Streikende krankenhausreif schlug.

Falls der Verleger den Streik provozierte, hat er sich über die Auswirkungen wohl getäuscht. Nach über zwei Monaten streiken immer noch 70 % der Beschäftigten, die von neun der zehn im Betrieb arbeitenden Gewerkschaften unterstützt werden. Auch die Journalisten sind solidarisch. Durch den Streik, die Organisierung von Boykotts, die Verhinderung der Auslieferung ist die Auflage der „Daily News“ von 1,2 Mio. auf 250.000 gesunken. Die Streikenden kämpfen um die Unterstützung der Öffentlichkeit und geben eine eigene Zeitung heraus, die „Real News“ („Wahre Nachrichten“). — (scc)



Die türkischen Lohnabhängigen weiten ihre Streiks gegen die Niedriglöhne und gegen die Politik der Regierung aus. Am 26. Dezember traten 115.000 Lohnabhängige in der Automobil- und Metallindustrie in einen unbefristeten Streik, nachdem die Verhandlungen mit den Kapitalisten über einen neuen Tarifvertrag zu keinem Ergebnis geführt hatten. Ihr durchschnittlicher Lohn liegt derzeit bei ca. 150 DM im Monat. 120.000 Lohnabhängige in der Textilindustrie bereiten ebenfalls einen Streik vor, falls die Kapitalisten ihren Lohnforderungen nicht nachkommen. Am 3. Januar soll landesweit ein Streik gegen die Regierungspolitik beginnen. 34 Gewerkschaften rufen zu der offiziell als „Warnstreik“ bezeichneten Aktion auf — Generalstreiks sind nach der von den Militärs verhängten Verfassung verboten. Die Regierung hat gedroht, sie werde gegen jeden Teilnehmer des Streiks vorgehen. — (rül)

## FMLN: „politisch-militärische Ziele voll und ganz erreicht“

Die Befreiungsbewegung FMLN von El Salvador hat kurz vor Jahresende eine vorläufige Beendigung ihrer am 20. November begonnenen militärischen Offensive gegen die Streitkräfte des Regimes Cristiane angekündigt. Die Operationen hätten „ihre politisch-militärischen Ziele voll und ganz erreicht“, heißt es in einer Erklärung der FMLN. „Wir teilen die im Lande und international herrschende Meinung, daß Verhandlungen der Weg zur Lösung des Konflikts sind“, heißt es weiter. Die Regierung Cristiane sei aber an solchen Verhandlungen nicht interessiert. Die Offensive sei deshalb nötig gewesen, um die Regierung zu ernsthaften Verhandlungen zu zwingen.

Seit Beginn der neuesten Offensive der FMLN haben die Regierungstruppen 1.199 Soldaten durch Tod oder Verwundung verloren. Erstmals gelang es den FMLN-Einheiten, auch die Luftüberlegenheit der Regierung zu schwächen: Mit modernen Raketen schossen sie einen Hubschrauber und ein Flugzeug der Regierungstruppen ab. Während des gesamten Jahres 1990 sind 6423 Regierungssoldaten verwundet oder getötet worden. 5 Flugzeuge und 15 Hubschrauber wurden zerstört. Einen Monat nach Beginn der neuesten Offensive hatten die Regierungstruppen in der Provinz Chalatenango im Norden des Landes eine größere Gegenoffensive versucht. Der Versuch endete mit einer Niederlage: Kurz vor Jahresende besetzten Einheiten der FMLN erneut acht Dörfer in der Provinz und vertrieben die Regierungstruppen.

Nach Angaben der von der Regierung unabhängigen salvadorianischen Menschenrechtskommission sind 1990 900 Menschen aus politischen Gründen ermordet worden, etwa 100 seien verschwunden und über 100 von der Armee ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. Die meisten Morde gehen auf das Konto der von Regierung und Militär gesteuerten „Todesschwadronen“. Die USA, die nach der weltweit bekannt gewordenen Ermordung mehrerer katholischer Priester und Nonnen durch diese Todesschwadronen vorübergehend ihre offizielle Militärhilfe für das Regime Cristiane eingestellt hatten, haben vor wenigen Wochen angekündigt, sie würden ihre militärische Hilfe für das Regime wieder aufnehmen. — (rül)

## Österreich: Große Koalition bereitet EG-Beitritt vor

Die Koalitionsvereinbarungen zwischen SPÖ und ÖVP stehen ganz im Zeichen eines forciert betriebenen EG-Beitritts. Dieser sei die „vorrangige Aufgabe der Außenpolitik“, so Kanzler Vranitzky in seiner Regierungserklärung. Alle anderen Ministerien versprechen gesetzliche und atmosphärische Schritte hin zum EG-Anschluß. Was das heißt? Weitere Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, eine Rentenreform, die das von einigen Lohnabhängigengruppen erkämpfte frühere Rentenalter rückgängig machen und das allgemeine Rentenalter hinaufsetzen soll, Entstaatlichung der Arbeitsmarktverwaltung, weitere Privatisierungen der staatlichen Industrie. Die Kapitalistenverbände lobten die „Abkehr von antiquierten Sprüchen über soziale Sicherheit“. — (scc)

## Italien: Tarifabschluß Metall

## Lohndifferenzierung stärker, Öffnungsklausel im Tarif

Mitte Dezember vereinbarten die italienischen Metallgewerkschaftsbünde mit dem Verband der privaten Metallunternehmen unter Einschaltung des Arbeitsministers neue tarifliche Regelungen über Lohn und Arbeitszeit. Über den dritten Forderungskomplex, betriebliche Rechte, wird weiter verhandelt. Nach zwölf Monaten tariflosen Zustands, acht Monaten Verhandlungen, knapp 100 Stunden Streikaktionen und mehreren hundert Kundgebungen ist die Tarifbewegung damit im wesentlichen abgeschlossen — mit schlechten Ergebnissen für die Gewerkschaften.

Bei den Löhnen ist eine mittlere Erhöhung um 217.000 Lire (ca. 293 DM) in drei Stufen vorgesehen: zum 1.1.1991 100.000 Lire, zum 1.1.1992 39.000, zum 1.6.1993 78.000. Die bestehenden Alterszuschläge machen daraus ca. 250.000 Lire. In der untersten Lohngruppe I beträgt die Gesamterhöhung lediglich 127.000 Lire (ca. 172 DM), in der obersten Lohngruppe 7 dagegen 317.000 (ca. 428 DM). Für das tariflose Jahr 1990 wird eine Sonderzahlung von 840.000 Lire vorgenommen, 450.000 zum Jahresende 1990, 390.000 im Mai 1991. Außerdem wird Anfang 1991 eine „Funktionszulage“ für leitendes Personal von bisher 120.000 auf 190.000 Lire erhöht, ein Zuschlag in der obersten Lohngruppe von bisher 90.000 auf 115.000 und eine „Berufszulage“ in der

Lohngruppe 5 von bisher 30.000 auf 50.000. Der Lohnstarif übersteigt nach traditionell drei Jahren jetzt erstmals einen Zeitraum von geschlagenen vier-einhalb Jahren, differenziert das Lohngefüge weiter zuungunsten der unteren Lohngruppen und liegt unter den erwarteten Preissteigerungen. Die Arbeitszeit verkürzt sich statt um die geforderten jährlich 64 Stunden (37,5-Stunden-Woche) um lediglich jährlich 16 Stunden, davon acht Stunden ab Oktober 1993, die restlichen acht ab April 1994.

Schließlich wurden gegen die Gewerkschaften gerichtete Zusatzklauseln vereinbart: Kollektive betriebliche Verhandlungen der Gewerkschaften dürfen bis zum 30.4.1992 nicht zu Mehrkosten der Unternehmen führen. Und: Die Metallgewerkschaften verpflichten sich zu Verhandlungen, mit denen die Tarife entsprechend einer grundlegenden „Reform des Lohnsystems“ „harmonisiert“ werden sollen, über die ab Mitte 1991 auf höchster Ebene verhandelt wird. Dort will das bürgerliche Lager die Mindestlohnsicherungen abschaffen.

Insbesondere der Lohnabschluß trifft auf Enttäuschung und Widerspruch bis in die gewerkschaftlichen Gremien hinein. Vielfach wird Urabstimmung vor dem endgültigen Abschluß gefordert.

Quelle: L'Unità 15.-19.12.90; zu Abschluß und Stellungnahmen s.a. Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1/91 — (rok)

## NATO-Einsatztruppen in Kurdistan

## ERNK: Einsatztruppen werden als Feinde bekämpft werden

Vor wenigen Tagen hat die Türkei den Antrag auf Stationierung der Mobilien Einsatztruppen der NATO gestellt. Die Truppen sollen nach Malatya im türkisch besetzten Nordwest-Kurdistan verlegt werden. Wir veröffentlichen hier auszugsweise eine Erklärung der Europaorganisation der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK):

„... Mit großer Wahrscheinlichkeit wird dem Antrag der türkischen Regierung stattgegeben werden, denn diese Stationierung wird schon seit langem geplant und ist von ihren Zielen her noch viel umfangreicher ... Der kolonialfaschistische türkische Staat hat den Unabhängigkeitskampf des kurdischen Volkes ... nicht aufhalten können. Im Gegenteil hat der nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes die Stufe des Aufstandes erreicht und damit die Sympathien der ganzen Welt gewonnen. Diese Entwicklungen haben die Kräfte des türkischen Kolonialismus überstiegen und die imperialistischen Mitgliedsstaaten der NATO, die dem Mittleren Osten eine Form geben wollen, die ihren Interessen entspricht, in Schrecken versetzt. Die Golfkrise hat dieses Entsetzen vergrößert und ist zu einem Grund für den direkten Eingriff der Imperialisten

in Kurdistan geworden ... kann die Stationierung der Einsatztruppen in Kurdistan ... nicht mit der demagogischen Parole der Bestrafung des irakischen Diktators legitimiert werden. Man kann keinen Diktator bestrafen, indem man ... den Freiheitskampf des kurdischen Volkes erstickt, dem faschistischen türkischen Regime frisches Blut zufügt und es damit zu einer Plage für die Völker des Mittleren Ostens macht: im Gegenteil bedeutet ein solcher Schritt eine Beleidigung und einen Angriff auf den Frieden, die Demokratie und die Prinzipien des internationalen Völkerrechts ... An alle imperialistischen Kräfte der Nato! Wir kämpfen für die legitimen Interessen unseres Volkes sowie für nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Freiheit. Als ERNK, die diesen Kampf führt, werden wir die Stationierung von Kampftruppen der NATO, den Einsatztruppen in Kurdistan als direkte kriegerische Aggression gegen unser Volk bewerten, den Soldaten der Einsatztruppen, der unser Land betritt, als Feind betrachten und mit Gewalt bekämpfen.“

Kurdistan wird zu einem Grab für die türkische Armee und ihre imperialistischen Helfershelfer werden! ...“

Quelle: Kurdistan-Rundbrief 1/91 — (rül)

## Farmarbeiterstreik dauert an

## Südafrika: Orangen-Trust verhandelte erstmals mit der NUF

Noch immer befinden sich über 1000 Farmarbeiter auf der weltgrößten Orangen-Farm im Streik. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von mindestens 200 Rand im Monat und die Anerkennung ihrer Gewerkschaft, der National Union of Farmworkers (NUF). Der seit August andauernde Streik fällt mitten in die Erntesaison. Die Geschäftsleitung der Farm, die dem mehrheitlich staatlichen South African Development Trust gehört, hat zunächst alle Verhandlungen mit der Gewerkschaft verweigert, weil nach dem rassistischen Arbeitsrecht Farmarbeiter keine Arbeiter sind, sondern dem „Herren- und Dienersgesetz“ unterliegen. Mitte Oktober sind viele Arbeiter entlassen und aus ihren Wohnungen auf dem Farmgelände vertrieben worden.

Nach elf Wochen Streik hatte die Geschäftsführung der Farm die Taktik geändert und ein erstes Treffen mit Gewerkschaftsvertretern durchgeführt. Auf diesem Treffen lehnte sie jedoch die Forderung nach Lohnerhöhung und bedingungsloser Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter ab. Der andauernde Streik führt jedoch dazu, daß inzwischen fast die ganze Ernte von Outspan-Orangen in diesem Jahr und damit der Gewinn der Gesellschaft gefährdet ist.

Der Trust wird jedoch von den anderen Farmern zum Durchhalten aufgefordert. Die SA Agricultural Union, der Farmerverband, hat die Trust-Führung heftig angegriffen, weil sie sich überhaupt mit der Gewerkschaft getroffen hat. Der Verband hat sich auf einer Konferenz Ende November noch einmal ausdrücklich dafür ausgesprochen, daß das bestehende Verbot gewerkschaftlicher Organisation für Farmarbeiter bestehen bleibt und durchgesetzt wird.

Die Farmer wollen den rechtlosen Zustand der Farmarbeiter befestigen und verhindern, daß sie sich auch nur die wenigen Rechte schwarzer Lohnabhängiger erkämpfen. Der Streik ist wichtig für die Lebensbedingungen aller afrikanischen Beschäftigten in der Landwirtschaft.

Die NUF gehört zum Dachverband NACTU. Sie hat inzwischen etwa 20.000 der ca. 140.000 fest beschäftigten Farmarbeiter organisiert, die meisten von ihnen zahlen Beitrag. Wenn der Trust direkt mit der NUF einen Tarifvertrag abschließt, wird dies eine grobe Wirkung auch auf andere Landwirtschaftsbetriebe haben.

Quellenhinweis: Azania-Nachrichten 12.90; SA Report, 27.11.90; The Independent, 20.12.90 — (uld)



# „Kolonisierte Völker der USA haben ein Recht auf Selbstbestimmung!“

Urteil des „Internationalen Tribunals gegen die Verletzung von Menschenrechten von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in US-Gefängnissen und Zuchthäusern“

Vom 7. bis 10. Dezember beriet im Hunter College, New York das „Internationale Tribunal gegen die Verletzung von Menschenrechten von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in US-Gefängnissen und -Zuchthäusern“.

## Jury und Ankläger

In Anwesenheit von 600 (am ersten Tag) bis 900 Zuschauern (am letzten Tag) hörte eine siebenköpfige internationale Jury die Anklage gegen die USA. Die Jury bestand aus Frank Badohu, Strafverteidiger und Anwalt aus Ghana, Jawad Boulus, Anwalt aus Palästina, Norman Paech, Professor für internationales Recht und Verfassungsrecht an der Universität Hamburg, Yuri Tanaka, Professor der politischen Wissenschaft an der Universität Melbourne, Australien, Celina Romany aus Puerto Rico, Professor für Rechtsprechung, Verfassungs- und Menschenrechte an der Schule für Recht der City-Universität von New York, Roberto Rendon Vasquez, Anwalt und Professor an der Fakultät für Recht und Politische Wissenschaften der National-Universität Mayor de San Marcos in Peru sowie George Wald, Professor em. für Biologie an der Harvard-Universität, USA, Nobelpreisträger für Biologie.

Die Anklage gegen die USA wurde vorgetragen durch fünf Ankläger. Den Organisatoren des Tribunals war es gelungen, ein breites Spektrum von Befreiungsbewegungen in den USA zu einer Teilnahme zu bewegen. Die von diesen Organisationen benannten Zeugen der Anklage waren unter anderem:

Imari Obodele, Präsident der Provinzialen Regierung der Republik Neu-Afrika, für die Geschichte der Versklavung der Schwarzen in den USA, für Unterdrückung und Völkermord der USA an den schwarzen Völkern, für die Entwicklung der schwarzen Befreiungsbewegung und für die Theorie der „Republik Neu-Afrika“;

Assata Shakur (über Videoband), jetzt im kubanischen Exil lebende ehemalige afro-amerikanische politische Gefangene, über ihre Erfahrungen als politische Gefangene in den USA;

Eve Roshan, weiße Antiimperialistin, über die antiimperialistische Bewegung von Weißen in den USA;

Schwester Ann Montgomery, Pflugschar-Bewegung, ehemalige politische Gefangene (verhaftet wegen Aktionen gegen die Atombewaffnung der USA);

Elizabeth Murillo, Vertreterin der Mexicano-Befreiungsbewegung, über

die Geschichte der Annexion mexikanischer Territoriums durch die USA, die Kriminalisierung in den Grenzgebieten und die Probleme der Mexikaner und Chicanos in den annektierten Gebieten;

— Bobby Castillo, Indianer (Native American — Erste Amerikaner), Mitglied des International Indian Treaty Council, ehemaliger politischer Gefangener im Hochsicherheitstrakt des Mario-Gefängnisses, über die Geschichte der Native American-Bewegung, den Völkermord, begangen gegen die indianischen Nationen, die Kämpfe von Eddie Hatcher und Leonard Peltier;

— Ward Churchill von der American Indian Movement (Amerikanischen Indianerbewegung) von Colorado, Verfasser der Bücher „Agents of Repression“ (Agenten der Repression) und „The Cointelpro Papers“ (Die Cointelpro-Papiere), über den andauernden Krieg der USA gegen den Kampf der amerikanischen Indianer;

— Dr. Stuart Grassian (über Videoband), Psychiater, über die Folgen langandauernder Isolationshaft;

— Rita Zengotita, Puertorikanerin, Sprecherin der CUCRE, über die Geschichte des puertorikanischen Unabhängigkeitskampfes, die Kriminalisierung der Unabhängigkeitsbewegung, die wirtschaftliche Situation in Puerto Rico und den Völkermord an dem puertorikanischen Volk, begangen durch US-Unternehmen auf der Insel;

— Alberta Afrika, ehemalige politische Gefangene und Mitglied von „MOVE“;

— Rafael Cancel Miranda, ehem. politischer Gefangener, Mitglied der Nationalen Befreiungsbewegung Puerto Rico;

— Dhoruba Bin Wahad, ehemaliger politischer Gefangener und Mitglied der Schwarzen Bewegung in den USA;

— Jaime Delgado, ehemaliger politischer Gefangener und Mitglied der Befreiungsbewegung von Puerto Rico;

— William Guillermo Morales (über Videoband), ehem. Kriegsgefangener der USA, Mitglied der puertorikanischen Befreiungsbewegung FALN, 1979 aus US-Haft entkommen, jetzt in Cuba.

Ingrid Barabaß und Monika Berberich, die über das Modell Stammheim in der BRD und seine Bezüge zur Isolationshaft in den USA aussagen sollten, wurden bei ihrer Ankunft auf dem John-F.-Kennedy Flughafen in New York von der Einwanderungspolizei festgenommen und nach einem Tag Haft wieder in die BRD abgeschoben. Dem Koordina-

tor des Tribunals, dem puertorikanischen Rechtsprofessor Dr. Luis Nieves Falcon, gelang es aber, mit der inhaftierten Ingrid Barabaß zu telefonieren und das Telefonat in das Tribunal zu übertragen.

## Vorgeschichte, Träger

Die Vorbereitung des Tribunals hat mehr als ein Jahr in Anspruch genommen. 88 antiimperialistische, sozialistische, Menschenrechts- und Befreiungsorganisationen hatten sich zusammengeschlossen, um eine Kampagne für die Freilassung aller politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in den USA und gegen die andauernden Völker- und Menschenrechtsverstöße der USA gegenüber den unterdrückten und kolonisierten Nationen in den USA zu organisieren. In einer ersten Phase verständigte man sich auf eine gemeinsame Definition der „politischen Gefangenen“ und erstellte für jeden dieser Gefangenen ein genaues Dokument, das sämtliche Menschenrechtsverletzungen in jedem einzelnen Fall umfassen soll. Die politischen Gefangenen umfassen „Native Americans“, d.h. Indianer, Schwarze, Mexikaner, Puertorikaner, weiße Nordamerikaner und ein paar Gefangene europäischer Nationalität.

In der zweiten Phase begannen Aktivi-

täten, die die Öffentlichkeit in den USA auf die politischen Gefangenen in US-Gefängnissen und auf deren quälende Haftbedingungen aufmerksam machen sollten. Dazu gehörte u.a. ein eintägiges Symposium in Manhattan am 28. April 1990 über die Menschenrechtsverletzungen der USA gegenüber politischen Gefangenen, an dem 300 Personen, darunter viele Delegierte örtlicher Gruppen, teilnahmen und dessen Protokoll demnächst veröffentlicht werden soll.

Eine zweite Aktion in dieser Phase war ein eintägiges Treffen von 45 Vertretern religiöser Richtungen am 28. Juli 1990 in New York, auf dem diese über die Verletzungen der Menschenrechte der politischen Gefangenen in den USA berieten und über mögliche Aktivitäten in religiösen Organisationen.

Zusätzlich soll eine Art Unterrichtsmaterial für Schulen und Hochschulanfänger über Menschenrechtsverletzungen in den USA erstellt werden.

Schließlich fand am 24. Oktober eine öffentliche Lesung von Schriftstellern und Dichtern aus den USA und aus Ländern der Dritten Welt ebenfalls zur Unterstützung der politischen Gefangenen in den USA statt.

Das jetzt durchgeführte Tribunal war die dritte Phase der Kampagne. Seine Ergebnisse und Dokumente sollen in der

vierten und letzten Phase schriftlich zusammengestellt und veröffentlicht werden. Die Dokumentation soll außerdem an Mitglieder des US-Senats, des Repräsentantenhauses, an alle Botschaften und Beobachter bei den Vereinten Nationen in New York, an Menschenrechtsorganisationen in den USA und an internationale Menschenrechtsorganisationen verschickt werden. Schließlich sollen die Ergebnisse der UN-Menschenrechtskommission in Genf, der Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der Internationalen Menschenrechtskonferenz 1991 in Moskau vorgelegt werden. Ziel dieser Aktivitäten ist, die Freilassung aller politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in den USA zu erreichen und den Widerstand der unterdrückten und kolonisierten Nationen in den USA zu unterstützen.

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus den Beweisen und dem Urteil, das die Jury am 10. Dezember der Öffentlichkeit übergeben hat (eigene Übersetzung). Eine erste Dokumentation des Tribunals, seiner Vorgeschichte und Ergebnisse und weitere Informationen sind zu beziehen bei: AGIPA-Press c/o Jürgen Heiser, Eichenberger Straße 53, 28 Bremen, Tel. 0421/354029.

— (rül, Bilder: AGIPA)



Links: Die Internationale Jury. Rechtes Bild, von links: Rafael Cancel Miranda, 1979 nach 25 Jahren Haft wegen Beteiligung am Unabhängigkeitskampf für Puerto Rico aus der Haft entlassen, und Dhoruba Bin Wahad, als Black Panther 19 Jahre in Haft, im März 1990 aus der Haft entlassen.



## Dokumentiert: Auszüge aus dem Urteil, Schuldspruch

Vorbemerkung: Das Urteil und der Schuldspruch des Tribunals umfassen (im englischen Text) 26 Seiten. Diese gliedern sich in acht Kapitel:

I. Konstituierung des Tribunals.

II. Übersicht über seine Ergebnisse.

III. Das Selbstbestimmungsrecht (mit den Unterkapiteln „Native Americans“ (Indianer), Puertorikaner, Schwarze, Mexikaner-Chicanos).

IV. Puertorikanische Kriegsgefangene.

V. Weiße Nordamerikaner in Opposition zur US-Regierungspolitik.

VI. Kriminalisierung und Verweigerung der Herrschaft des Rechts.

VII. Folter und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung.

VIII. Schuldspruch. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus den Kapiteln I und III sowie den vollständigen Schuldspruch.

„I. Konstituierung des Tribunals

Das Sondertribunal zu Verletzungen der Menschenrechte von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in US-Gefängnissen und Zuchthäusern wurde einberufen von 88 fördernden und befürwortenden Organisationen aus allen Teilen der Vereinigten Staaten. Die Mitglieder des Sondertribunals hielten sich an die Rechtssprechung folgend den anerkannten Prinzipien des internationalen Rechts, wie sie von der Weltgemeinschaft angenommen ist und zum Ausdruck kommt in der Charta der Vereinten Nationen, entsprechend den vorhergehenden Grundsätzen des Nürnberger und Tokioer Tribunals ...

Das Sondertribunal ist kein gesetzliches Gericht, es folgt aber, wie das Bertrand-Russell-Tribunal über den Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk, den Prinzipien des anerkannten internationalen Menschenrechts. Artikel 38 der Statuten des Internationalen Gerichtshofs anerkennt die autoritative Wirkung der Ergebnisse eines solchen Tribunals für die üblichen Standards des internationalen Rechts ...

Das Tribunal ist zufrieden gestellt, daß alle an-

gemessenen Schritte von den Anklägern unternommen wurden, um die beschuldigte Regierung und ihre Agenturen über die Natur und die Absichten der Anhörung vor diesem Tribunal zu unterrichten ... und daß den Beschuldigten jede Gelegenheit gegeben wurde, teilzunehmen und Zeugnis abzugeben ...

III. 1. Die Native Americans.

Das Tribunal erhielt eine Fülle von Beweisstücken zur Geschichte des Kampfes der indianischen Völker („Native American Peoples“) für ihr Recht auf Selbstbestimmung und über den Völkermord an diesen Völkern durch die US-Regierung. Die Geschichte der Beziehungen zwischen den europäischen und eingeborenen amerikanischen Nationen enthüllt den Diebstahl von 99% von deren Land und die Praktiken des Völkermords wie: Krieg, Krankheiten, Alkohol, Aushungern und Dekultivierung, die die eingeborene Bevölkerung von ungefähr 12,5 Millionen auf weniger als 270.000 Personen im Jahr 1890 dezimierten ...

Das Tribunal stellt fest: Erstens, die Native Americans sind nach internationalem Recht ein Volk, das für sein Selbstbestimmungsrecht kämpft ...

III. 3. Schwarze in den USA

... Die Organisationen der Schwarzen haben verschiedene Strategien, alle notwendig geworden durch ein System weißer Vorherrschaft, verfolgt, um Freiheit und Gerechtigkeit für ihr Volk zu erreichen. Die gegenwärtigen Hauptstrategien innerhalb der Bewegung der Schwarzen sind der Kampf für eine unabhängige politische Macht und für Formen der kommunalen Kontrolle und Autonomie; einige Gruppen befürworten die Unabhängigkeit einer Nation „Neu-Afrika“ ... Es ist Sache der Schwarzen in den USA, zu entscheiden, welche Strategie überlegen ist und zu wahren Selbstbestimmungsrecht führen wird ...

Dem Tribunal wurden Beweismittel ausgehändigt, die beweisen:

(1) daß die Säuglingssterblichkeit für Schwarze doppelt so hoch ist wie für Weiße ...

(3) Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Schwarzen und Weißen hat sich in letzter Zeit von 5,6 auf 6,2 Jahre erhöht ...

(4) Die Lebenserwartung eines männlichen Schwarzen über 40 Jahre liegt in Harlem (New York) niedriger als bei gleichaltrigen Männern in Bangladesch ... (6) Im Stadtgebiet von New York „stirbt eine zunehmend große Zahl von Frauen bereits im gebärfähigen Alter ... verbunden mit dem Tod von Männern in der gleichen Altersgruppe führt dies zur Zerstörung der Familien und macht Zehntausende von Kindern, die meisten in schwarzen Gebieten mit niedrigen Einkommen, zu Vollwaisen.“

(7) AIDS wird „mehr und mehr zu einer Krankheit der Armen, der Schwarzen und Hispanic-Heterosexuellen in den Innenstädten.“ Es ist die führende Todesursache für schwarze Frauen im Alter zwischen 15 und 44 Jahren in New York und New Jersey.

(8) Die Arbeitslosenrate für Schwarze ist doppelt so hoch wie für Weiße, fast 50% der schwarzen Teenager finden keine Arbeit;

(9) Weiße Familien verdienen 45,5% mehr als schwarze Familien ...

## Schuldspruch

Basierend auf den oben festgestellten faktischen und legalen Grundlagen erklärt das Sondertribunal:

1) In den Gefängnissen und Zuchthäusern der Vereinigten Staaten gibt es eine beträchtliche Anzahl von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen.

2) Diese Gefangenen wurden inhaftiert wegen ihrer Opposition gegenüber Politiken und Handlungen der US-Regierung, die nach inländischem und internationalem Recht illegal sind, so gegen die Verweigerung des Rechts auf Selbstbestimmung und wegen ihres Widerstands gegen Völkermord, Kolonialismus, Rassismus und Militarismus.

3) Die US-Regierung kriminalisiert und inhaftiert Personen, die am Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Native Americans (Indianer), der Puertorikaner, der Schwarzen und der Mexikaner-

Chicano innerhalb der Grenzen der USA aktiv teilnehmen.

4) Diese Personen, die am legitimen Kampf für nationale Befreiung teilnehmen, dürfen nicht als Kriminelle behandelt werden, sondern müssen den Status von Kriegsgefangenen nach dem Zusatzprotokoll I der Genfer Konvention zugestanden bekommen.

5) Die US-Regierung kriminalisiert und inhaftiert auch weiße Nordamerikaner und andere, die in der Solidaritätsarbeit mit den Kämpfen für Selbstbestimmung tätig sind, für Frieden und gegen nukleare Waffen, gegen Rassismus, Sexismus und andere Formen von Diskriminierung.

6) Das System des Strafvollzugs in den USA wird gegenüber politischen Aktivisten in den USA grausam und diskriminierend angewandt.

7) Der Einsatz von Mitteln wie verdeckter Beobachtung, Infiltration, Geschworenengerichten, vorbeugender Inhaftierung, politisch motivierten Anklagen wegen krimineller Verschwörung, Sonderhaftbedingungen vor dem Gerichtsverfahren und Verfahren vor anonymen Geschworenengerichten beraubt die politischen Aktivisten der durch inländisches und internationales Recht gegebenen Garantie eines fairen Gerichtsverfahrens.

8) Politisch tätige Personen waren Opfer von außergewöhnlich langen Gefängnisstrafen und von Folter, grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlung im US-Gefängnisystem.

Ferner fordert das Tribunal die US-Regierung auf:

1) Alle Gefangenen freizulassen, die für die legitime Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung oder wegen ihrer Opposition gegen nach internationalem Recht illegale US-Politik und -Regierungshandlungen inhaftiert wurden.

2) Alle Einmischungen und Repressionen einzustellen gegen politische Bewegungen, die für das Selbstbestimmungsrecht kämpfen oder gegen Politiken und Handlungen, die nach internationalem Recht illegal sind.



Einsatz von Häftlingen des Konzentrationslagers Dachau beim Bau von Flugmotoren für die Deutsche Luftwaffe (Zylinder ausmessen in der Schlußkontrolle).

## Führungsethik

Nötig gegen ökologische Kritik, zutiefst antidemokratisch

Zweifel am Nutzen der Profitwirtschaft sind in den letzten Jahren unter dem Einfluß Partei der Grünen bis in den Bereich der Führungskräfte bei BMW vorgegangen (1988 gab es 3893 AT-Angebot, 6,8 % der Belegschaft). Der Vorsitzende des BMW-Vorstandes v. Kuenheim hat ausreichend Erfahrung im Herrschen, um solche Zweifel in ungefährliche Bahnen zu lenken. Das „manager magazin“ (10/1988) porträtiert ihn in folgender Weise: „Er braucht sich nicht als Überlegener zu gebärden. Er ist es vom ersten Atemzug an gewesen. Der Chef der Bayerischen Motoren Werke wurde bereits als Herr geboren. Mit diesem angenehmen Status zu leben und zu arbeiten war man in seiner Familie von altersher vertraut. „Meine Vorfahren sind über Jahrhunderte eine der führenden Familien Ostpreußens gewesen“, erzählt er und weiß auch, daß sie sich dabei keineswegs nur müßig im Oberschichtglück der feudalen Gesellschaft sonnten, „sie übten auch Einfluß aus.“ Und: „Selbständig zu handeln, lernte Eberhard v. Kuenheim auch während der Jahre im Internat Salem am Bodensee, wo (lange vor 1933) neben anderen segensreichen pädagogischen Einfällen das „Führerprinzip“ zu den Hausregeln gehörte, ...“

v. Kuenheim hat sich in der Bayerischen Staatszeitung vom 13.7.1990 über „Die ethische Verantwortung des Unternehmers“ ausgelassen. Nachdenken über den Nutzen der Profitwirtschaft läßt er dabei nicht zu: „Unternehmer gelten heute mehr als je zuvor. Sie gelten als effizient, beweglich und innovativ; und ihre Steuerzahlungen sind willkommen. Sie sind daher sozusagen nötig. Aber sind sie das nicht vielleicht in erster Linie als notwendiges Übel?“

v. Kuenheim spricht mit dem letzten Satz das schlechte Image der Unternehmer an. Da die Marktwirtschaft nicht in die Schußlinie geraten soll, ist eine andere, einleuchtende Erklärung nötig. Er findet sie in den schwierigen Problemen, die Unternehmer zu lösen haben: „Beim Kraftwerksbau, unterstellt, daß er in einem gewissen Umfang notwendig ist, kann man sich hierzulande zwischen Kohle- und Kernkraftenergie entscheiden: Die Verantwortung für das Klima der Erde — im Falle der Kohle — oder für die Endlagerung radioaktiver Stoffe — im Falle der Kernkraft — ist groß.“

Einen Beitrag zur Lösung dieses Problems liefert v. Kuenheim in seinem Artikel nicht. Er philosophiert über Ethik und nicht über Umwelt. Durch Verbreiten von aristokratischen Gedanken will er seine Führungskräfte davor abkapseln, nach Lösungen für diese Probleme zusammen mit allen betroffenen Menschen zu suchen: „Alle Führungsethiken müssen sich in Übereinstimmung mit den allgemeinen ethischen Normen befinden. Sie können aber darüber hinausreichen und strenger sein, wie die Mönchspflichten gegenüber der allgemeinen Christenpflicht. Solche Sonderregeln — in der Industrie „Leitsätze“ oder „Handlungsmaximen“ — führen im Idealfall zur Herausbildung einer bestimmten, ihrer Sache sicheren Elite. Dann prägen sie den Geist der Truppe, der Mannschaft, ihre Einsatzbereitschaft, andere sagen: ihre „Moral“.“

Dem BMW-Chef schwebt offensichtlich für Führungskräfte etwas ähnliches

vor wie der berüchtigte katholische Orden „Opus Dei“, der z.B. im faschistischen Spanien mehrere Minister stellte. Das vorgestellte Gesellschaftsbild ist zutiefst antidemokratisch: Oben die Unternehmer mit ihren Führungskräften, unten die „Truppe“, die „Mannschaft“, deren Geist geprägt werden muß, Menschenmaterial also, das dazu gut ist, in Konkurrenzkämpfen verheizt zu werden. Wieso aber kann eine solche Propaganda Anhänger finden? Auch Abteilungsleiter mit Sympathie für grüne Gedanken haben keine Lust, ihren Posten zu verlieren. Sie brauchen also eine Rechtfertigung für ihren Job. Die bekommen sie geliefert, indem sie aufgerufen werden, Verantwortung zu übernehmen. Und — schwuppdwupp — schon sind sie eingefangen.

„Die neuartigen Probleme, die wir im Blick haben müssen, entstehen erstens durch die massenhafte Verbreitung der technischen Zivilisation über den ganzen Globus; zweitens durch die noch ungenügende Entsorgung der Erde von den Resten technischen Konsums und drittens durch die riskante Anwendung wissenschaftlichen Wissens und technischer Geräte. Bei allen drei Problemkreisen können wir uns der Mitverantwortung nicht entziehen.“

Wir sind „mehr und mehr verpflichtet, den eigenen Verantwortungsbereich zu überschreiten und den Auftrag wahrzunehmen, der Erde eine neue gerechte Gestalt zu verschaffen und dazu Frieden zu stiften.“ v. Kuenheim appelliert an das Sendungsbewußtsein der akademisch geschulten Führungskader, das diese bei der Annexion der DDR bereits unter Beweis gestellt haben.

Und das soll noch für viel mehr gut sein. Am Deutschen Wesen soll die Welt genesen, so wurde früher formuliert. Bei v. Kuenheim klingt dies viel eleganter: „Unsere Verantwortung macht dabei an der deutschen Grenze nicht halt ... Die Welt rückt viel zu sehr zusammen, als daß wir uns diesem Teil der Verantwortung für die Gestaltung der Erde entziehen dürften. ... Die Völker Afrikas dürfen nicht zu den Indianern des 21. Jahrhunderts werden, ausgehalten von den reichen Nationen, in naturnahe Reserven verbannt. Ein Jahrhundertvertrag mit ihnen muß daher auf Leistung und Gegenleistung basieren.“ Damit wäre dann auch die Verantwortung für das BMW-Werk in Südafrika langfristig abgesichert, das z.B. für das Geschäftsjahr 1988 einen Gewinn von 75 Millionen DM nach München überwiesen hat. Wer hat da nicht Verständnis dafür, daß v. Kuenheim lieber Verantwortung für diese Schwarzen übernimmt, statt sie in Reserven abzuschieben.

Daß der Konzern-Chef dies so aber nicht offen aussprechen will, weist auf den Schwachpunkt seiner Propaganda hin. Lösungen, die sich verantwortungsvolle Führungskräfte ausdenken, müssen immer auch dem Profit des Unternehmens dienen — der Widerspruch zu den hohen Zielen ist fast nie lösbar. Ökologische Kritik an der Profitwirtschaft setzt genau an diesem Widerspruch an und erkennt die Profitwirtschaft als Voraussetzung nicht an, auch wenn sie Führungspositionen nicht antastet. Es wäre wünschenswert, wenn sie sich von ihrer gegenwärtigen Schwäche erholen würde.

# Die EG, das Dritte Reich und was beides mit BMW zu tun hat

Beitrag aus dem Anti-EG-Arbeitskreis bei BMW München

In den Politischen Berichten Nr. 25/1990 sind bereits zwei Beiträge abgedruckt worden, die im Rahmen eines Anti-EG-Arbeitskreises entstanden sind, der sich nach dem anti-imperialistischen Kongress im Frühjahr 1990 gebildet

hatte. Es folgt jetzt der noch ausstehende Beitrag sowie ein Artikel, der sich mit dem Ethik-Begriff des BMW-Vorstandsvorsitzenden beschäftigt. Der Beitrag aus dem Arbeitskreis gibt nur die Meinung des Autors wieder. — (mu)

Das Konzept der EG ist keine Erfindung der Nachkriegszeit. Zum Beweis zitiere ich eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches vom 9. September 1943: „Das Besondere des europäischen Problems besteht darin, daß auf einem verhältnismäßig engen Raum eine Vielheit von Völkern in einer Kombination von Einheit und Unabhängigkeit bei im übrigen völliger Verschiedenheit der einzelnen Völker zusammenleben soll. Ihre Einheit muß so fest sein, daß zwischen ihnen in Zukunft nie wieder Krieg geführt werden wird, und daß die Interessen nach außen hin gemeinsam gewahrt werden können ... Die Lösung der europäischen Frage kann nur auf föderativer Basis herbeigeführt werden, indem die europäischen Staaten sich aus freiem, der Einsicht der Notwendigkeit entsprungenen Entschluß zu einer Gemeinschaft souveräner Staaten zusammenschließen.“ (1)

Die in diesem Zitat skizzierte Politik wurde von der BRD konsequent weiterverfolgt. Jetzt, wo auch das Deutsche Reich Wiederauferstehung feiert, scheint der Erfolg zum Greifen nah. Es stellt sich die Frage, ob diese Kontinuität Zufall ist. Dazu soll zunächst untersucht werden, ob es weitere Parallelen zwischen damals und heute gibt.

Faschismus, das bedeutet die Zerschlagung von allen Organisationen, in denen Arbeiter in irgendeiner Weise ihre Interessen vertreten können. Im 3. Reich wurde eine Hierarchie der Entrechtung gebildet, wo unter den deutschen Arbeitern noch die Sklavenarbeiter standen, die rekrutiert wurden aus KZ-Häftlingen und aus Menschen, die die Deutsche Armee in den überfallenen Ländern einführte. Nutznießer der Entrechtung der Arbeiter waren die Konzerne, z.B. der BMW-Konzern, der im Flugmotorenwerk Allach tausende, wahrscheinlich sogar zehntausende Zwangsarbeiter und KZ-Insassen aus Dachau zur Herstellung von Flugmotoren für die Luftwaffe einsetzte.

In einem Bericht der Süddeutschen Zeitung darüber (2) wird der Journalist Ernest Landau zitiert, der in mehreren Lagern inhaftiert war und im Herbst 1944 in München-Allach landete: „Bei IG Farben in Auschwitz-Buna mußten wir auch Schwerarbeit leisten, nur — der Unterschied war, die Leute, die dort arbeiteten, bekamen tatsächlich eine etwas bessere Verpflegung und ganz besonders im Verhältnis zu BMW. BMW ließ es sich nicht angelegen sein, ob die Leute umfallen und sterben — es gab ja immer wieder Nachschub.“ Die Süddeutsche Zeitung berichtet auch, daß die BMW-Werksleitung offensichtlich maßgeblichen Anteil am Terrorregime gegenüber Häftlingen aus dem Lager Dachau hatte, indem sie sich für hartes Durchgreifen bei Sabotagehandlungen einsetzte. So ist z.B. eine Aktennotiz der Werksleitung überliefert, „daß die Erschießung einiger Saboteure vor versammelter Lagerbelegschaft diese Sabotagefälle schlagartig zum Erlöschen bringen würde.“

Zu Nachzahlungen für den bei derartiger Sklavenarbeit eingesparten Lohn ist die BMW AG bis heute nicht bereit. Der ehemalige Pressesprecher Avenarius stritt sogar ab, daß solche Forderungen überhaupt gestellt wurden. Die VVN veröffentlichte daraufhin das Schreiben des ehemaligen Häftlings Jacob Lorschneider, der am 6. November 1978 von BMW für entgangenen Lohn plus Zinsen 10600 Mark forderte. Das Unternehmen lehnte das ab mit der Begründung: „Diese damaligen Maßnahmen waren hoheitlicher Natur, auf die die Unternehmensführung keinen Einfluß hatte.“ (3)

Sklavenarbeit ist wesensverwandt mit den normalen Verhältnissen in einem kapitalistischen Unternehmen, an das Arbeiter und Angestellte ihre Arbeitskraft verkauft haben. Sie sind damit der Kommandogewalt des Kapitals unterworfen und als Menschen nicht mehr gefragt: Sie haben zu parieren zum Wohle der Profite des Konzerns. Als eigenständig denkende Menschen sind sie allen-

falls dann gefragt, wenn sie zum Wohle des Unternehmens denken. Oder — wie es ein Dr. Sarfert, bis Ende 1989 Leiter der BMW-Motorrad GmbH, ausdrückte: „Wenn jeder das Gute will, dann wird die Gemeinschaft sehr leistungsfähig sein, und darauf kommt es an. Der Kampfgeist des einzelnen ist entscheidend für das Ergebnis des Ganzen. Im Gegensatz zu den Japanern, die als oberstes Ziel die Gemeinschaft haben, haben wir eher die Mentalität, unseren eigenen Erfolg zu sehen. Wenn der eingebunden ist in den Willen, für die Gemeinschaft nach bestimmten Spielregeln etwas zu leisten, entspricht das dem christlich-europäischen Abendland mehr als nur das Gemeinwohl zu wollen.“ (4)

In Ausnahmefällen haben Lohnabhängige Rechte, die es ermöglichen, sich gegen das von BMW angestrebte Gemeinwohl zu stellen. Innerhalb der BMW AG ist eine Tendenz erkennbar, in solchen Fällen zu Terrormethoden zu greifen. Jeder wird sich noch an die Gesetzesbrüche erinnern, mit denen im BMW-Werk in Berlin-Spandau Betriebsräte aus dem Betrieb entfernt werden sollten, die zu sehr für ihre Interessen als Arbeiter eingetreten sind. Um eine Betriebskrankenkasse einzurichten, die vor allem Arbeiter unter Druck setzen soll, nicht so oft krank zu sein, wurde mit einer Lügen- und Schmutzkampagne geworben, da eine Zustimmung der Versicherten erforderlich war. Die Abstimmung wurde entschieden mit den Stimmen derer, die nicht Zwangsmittel in der Betriebskrankenkasse werden müssen. Bei der seit dem letzten Tarifvertrag wieder möglichen 40-Stunden-Woche, bei der die Zustimmung der Beschäftigten Voraussetzung ist, versuchte die BMW AG die Zustimmung mit Methoden zu erzwingen, daß vereinzelt Kollegen sogar Gerichtsverfahren wegen Nötigung erzwogen.

Handelt es sich bei diesen Beispielen um eine Parallele zum Faschismus? Der Unterschied ist doch immerhin beträchtlich. Wozu das BMW-Kapital auch heute in der Lage ist, zeigt deren Vorgehen gegen die Arbeiter im BMW-Werk in der Kolonie Südafrika bis 1985. 1978 entließ BMW z.B. 200 Arbeiter, alles Gewerkschaftsmitglieder, um so die sonst unausweichliche Anerkennung der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft zu verhindern. Für die Anhebung der Löhne, die weniger als die Hälfte des Existenzminimums für weiße Familien betrug, führten die Arbeiter Anfang 1984 einen Streik durch. Mit Aussperrung und schließlich mit Gewalt wurde der Streik niedergeschlagen. Gegen 150 Arbeiter wurden Disziplinarverfahren eingeleitet, was die Androhung der Ausweisung bedeutete, da sie im sogenannten Homeland Bophuthatswana wohnten. Zwölf schwarze Arbeiter wurden dann entlassen, die Gewerkschaft NAAWU, in der 70 % der Belegschaft war, wurde von BMW weiterhin nicht anerkannt. (5)

Ab 1985 allerdings änderte BMW die Politik gegenüber den Arbeitern und gab ein wenig nach, um Ruhe im Betrieb zu bekommen. Dies zeigt die Grenzen der Unterdrückung der Arbeiter: Das Siedlerregime war zur Niederhaltung der azanischen Bevölkerung nicht mehr voll imstande, BMW konnte sich nicht mehr ausreichend durch „Maßnahmen hoheitlicher Natur“ unterstützen lassen. Sind nun aber Staaten wie das 3. Reich oder das faschistische Südafrika günstige Gelegenheiten für BMW, oder gibt es solche Staaten, weil Konzerne wie BMW es wünschen und fördern?

Um diese Frage zu beantworten, soll genauer betrachtet werden, wie der Staat aussieht, der Konzernen wie BMW vor-schwebt. Der Vorstandsvorsitzende von BMW von Kuenheim hat sich darüber einige Gedanken gemacht, die er in einem Vortrag „Technologie — Unsere Chance“ (6) dem Bayerischen Unternehmertag 1989 vorgestellt hat: In diesem Vortrag werden sogar die Grünen umworben: „Haben wir keine Berührungspunkte, auch nicht gegenüber den Grünen! ... Sie manövrieren und expe-

rimentieren in unbekannten Gewässern ... Zunächst abweichende Maßstäbe werden indessen manchmal später geltende Regel.“ Die Belegschaftsteile, die angesprochen sind, nennt v. Kuenheim auch: „Viele Unternehmen brauchen Ingenieure; alle Unternehmen brauchen Unternehmer. Und daß die Gesellschaft beides braucht, ist meine These.“ Voraussetzung ist dabei „die Privatwirtschaft ... trotz oder gerade wegen des uns nachgesagten dominierenden Gewinnstrebens“.

Da ist Demokratie natürlich ein Hindernis. Mit dem Beispiel des österreichischen Kernkraftwerkes Zwentendorf, das nach einem Volksentscheid nicht in Betrieb genommen wurde, illustriert er seine Vorstellung: „Nicht mit dem kühlen Kopf allein, sondern auch mit dem heißen Herzen wurde hier entschieden. Dies beklage ich nicht. Aber ich plädiere für Entscheidungsprozesse unter Verantwortlichen. Dazu sind in unserer Kultur die Wissenschaft, die Technik, die Politik und die Verwaltung aufgerufen, nicht aber die politische Großkundgebung.“ Der hier propagierte Ausschluß großer Bevölkerungsteile von politischen Entscheidungen ist typisch für die politischen Ziele von faschistischen Parteien.

Januar 1990 spielte sich BMW-Chef von Kuenheim vor der Evangelischen Akademie Tutzing als Ethikapostel auf (7): Er kritisierte den amerikanischen Industriellen Howard Hughes, von dem der Satz stammt: „Es versteht sich von selbst, daß man nicht zugleich hohe Prinzipien und hohe Profite haben kann.“ Das genaue Gegenteil sei aber richtig ... Ein Unternehmen brähe auf Dauer auseinander, wenn sich seine moralischen Grundsätze nicht in Übereinstimmung mit der gesellschaftlich geforderten Moral befinden.“ Das Erzielen von Höchstprofiten soll also Rahmen für die gesellschaftliche Moral sein.

Der BMW-Konzern hat mittlerweile eine Größe erreicht, bei der es als aussichtsreich erscheint, die Verhältnisse im Betrieb als Vorbild für die Gesellschaft zu propagieren. Der nationalsozialistische Staat erfüllte dieses Bedürfnis und ist daher von den Konzernen unterstützt worden. Wir kommen jetzt endlich wieder zurück auf die EG. Während nach dem zweiten Weltkrieg in den alten europäischen Nationalstaaten nur im Weltmaßstab zweitklassige Konzerne möglich waren, fördert die EG deren Zusammenwachsen zu Konzernen mit Weltgröße. Die Zusammenarbeit mit dem britischen Rüstungskonzern Rolls Royce bei der Herstellung von Flugmotoren ist ein Zwischenschritt bei diesem Zusammenwachsen.

Die faschistischen Bewegungen, die seit einiger Zeit in mehreren Ländern der EG aus dem Boden sprießen, entsprechen dem Interesse dieser Konzerne. Wieso die Faschisten viele Anhänger gewinnen, die nicht in den Vorstandsetagen der Konzerne sitzen, müßte Gegenstand einer weiteren Untersuchung sein. Durch die Wiederauferstehung des Deutschen Reiches und durch den EG-Binnenmarkt überschreiten viele Konzerne kritische Größen. Zu befürchten ist deshalb, daß faschistische Parteien und faschistisches Gedankengut stärker werden.

Quellenverzeichnis. (1) Vorsicht — Republikaner, erschienen im GNN-Verlag, S. 8, dort zitiert nach R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals. (2) Süddeutsche Zeitung, 1./2.3.1986; (3) Materialien zum Thema Zwangsarbeit, Dokumentation des Initiativausschusses zur Gründung einer Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime, März 1986; (4) BMW intern (Betriebszeitung für AT-Angestellte) 12/89; (5) Keine westeuropäischen Truppen ins südliche Afrika, herausgegeben vom Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania (Südafrika), Hamburg 1984; (6) Technologie — unsere Chance, Vortrag von Eberhard v. Kuenheim anläßlich des Bayerischen Unternehmertages 1989, Führungskräfte-Information PZ-51, Februar 1989; (7) Süddeutsche Zeitung, 26.1.1990.



# Flüchtlinge in Hamburg

Wie Vieh behandelt / Abschiebungen in die Ex-DDR

Hamburg. Hamburg gehört zu den Bundesländern, die am wenigsten Asylanten anerkennen. Während die Anerkennungsquote im Bundesdurchschnitt derzeit 3,5 % beträgt, sind es hier nur ca. 1 %. Neben der überdurchschnittlich hohen Ablehnung von Asylanträgen versucht der Hamburger Senat seit einiger Zeit, bereits die Antragstellung auf Asyl zu verhindern. Flüchtlinge dürfen nur noch in Gruppen von fünf bis zehn Personen nach Kontrolle durch eine private Wach- und Schließgesellschaft die Ausländerbehörde betreten. In Kälte und Regen, eingepfercht zwischen Absperrgittern warten seitdem auf dem Vorplatz täglich Hunderte von Flüchtlingen, darunter viele alte Menschen, Kinder und Säuglinge, stundenlang (manchmal acht bis zehn Stunden) darauf, einen Asylantrag zu stellen oder ihre Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern. Vor allem mittels letzterem sorgt die Ausländerbehörde für die täglichen Menschenmassen. Während die Aufenthaltsgenehmigung früher für mehrere Monate erteilt wurde, sind es jetzt oft nur wenige Tage. Die Wirkung dieser menschenverachtenden Politik beschreibt ein Protestbrief wie folgt: „Ihnen wird zu Ohren gekommen sein, daß die Flüchtlinge schon ab 1.00 Uhr morgens vor der Ausländerbehörde erscheinen, um sicher sein zu können, daß ihr Aufenthalt rechtzeitig verlängert wird, da sie sonst als „Illegale“ gelten könnten. Sie werden auch wissen, daß viele unverrichteter Dinge, trotz manchmal tagelangen Wartens, erschöpft, resigniert und deprimiert abziehen. Manche von ihnen haben das Warten aufgegeben ...“

Um möglichst viele Flüchtlinge abzuschrecken und aus Hamburg zu vertreiben, behandeln Ausländerbehörde und Hamburger Senat diese Menschen wie Vieh. Gesundheitliche Schäden bei den Flüchtlingen und möglicherweise sogar Tote werden dabei bewußt in Kauf genommen. Gleichzeitig ist die von Ausländerbehörde und Senat provozierte tägliche Menschenmenge eine offene Unterstützung der rassistischen Propaganda von der angeblichen „Asylantenflut“.

Gegen diese „Ausländer-raus-Politik“ gibt es zunehmend Protestaktionen und Unterstützung für die Flüchtlinge. SchülerInnen und Schüler der nahegelegenen Brecht-Schule versorgen die Wartenden mit Essen und heißen Getränken, desgleichen jeden Donnerstag im Wechsel verschiedene Gruppen zusammen mit dem Stadtteilzentrum „Dschungel-Bus“. Am 20. 12. waren es Mitglieder der Gewerkschaft ÖTV. Sie protestierten gleichzeitig gegen die Zwangsverpflichtung im neuen Ausländergesetz, Ausweisungsgründe an die Behörden weiterzugeben.

Inzwischen sind Kritik und Wider-

stand gegen eine neue Maßnahme der staatlichen Asylpolitik dringend notwendig. Als eines der ersten Bundesländer hat Hamburg Flüchtlinge in die ehemalige DDR abgeschoben. Am 10. Dezember wurden etwa 130 Menschen, vor allem Afrikaner, Kurden und Osteuropäer, per Bus nach Rostock, Chemnitz und Halberstadt verfrachtet. 130 weitere Flüchtlinge, die ebenfalls abgeschoben werden sollten, waren nicht zum Abtransport erschienen. Sie sowie alle künftigen Flüchtlinge, die sich nicht abschieben lassen, sollen keine Sozialhilfe mehr erhalten.

Nach dem „Einigungsvertrag“ sind die Länder der ehemaligen DDR verpflichtet, 20 % der Menschen, die einen Asylantrag stellen, aufzunehmen. Ob Hamburg — wie behauptet — damit ebenfalls verpflichtet ist, in die ostdeutschen Länder abzuschicken, muß geprüft werden. In jedem Fall sind diese Abschiebungen ein Verbrechen, und zwar sowohl gegenüber den Flüchtlingen als auch gegenüber den Menschen in Ostdeutschland.

Ohne die genauen Lebensumstände im einzelnen zu kennen, ist völlig klar, was die abgeschobenen Flüchtlinge derzeit erwartet: völlige soziale Isolation, Sammellager, extreme Armut (laut Pressemeldung 10 DM Taschengeld pro Woche) sowie unzureichende gesundheitliche, soziale und rechtliche Betreuung auf längere Zeit. Auch die Unterbringung ist völlig ungeklärt. Die Zielorte Rostock, Chemnitz und Halberstadt sind nur Durchgangsstationen mit unbekanntem Endziel. 40 der 130 aus Hamburg abgeschobenen Flüchtlinge sollten danach vorübergehend in einem abgelegenen Ferienlager in der Nähe eines 30 Einwohner zählenden Dorfes untergebracht werden. Die Flüchtlinge weigerten sich, den Bus zu verlassen.

In den ostdeutschen Ländern wird das soziale Elend täglich größer, Armut und Obdachlosigkeit sind sprunghaft gestiegen. Den Kommunen fehlt das Geld, um die vielfältigen Auswirkungen der „sozialen Marktwirtschaft“ auf ihre Bevölkerung aufzufangen. Jetzt sollen sie sich auch noch um Flüchtlinge aus der BRD kümmern. Ernste Konflikte sind nicht ausgeschlossen und von der Bundesregierung vermutlich auch erwünscht. Die 20 %ige Abschiebequote entlastet die BRD-Länder und wird angesichts der Probleme in der ehemaligen DDR rassistische und faschistische Auffassungen in den ostdeutschen Ländern stärken. Wahrscheinlich werden sich dann diejenigen, die diese Quotenregelung befürworten, besonders lautstark über die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland aufregen.

Quelle: Morgenpost, 11. 12. 1990; Hamburger Abendblatt, 11. 12. 1990; taz, 29. 11. und 18. 12. 1990 — (bah)

## Roma besetzen Kirche und fordern Bleiberecht

Tübingen. Seit dem 24. 12. haben inzwischen etwa 200 Leute aus dem Volk der Roma, denen unmittelbar Abschiebung droht, die Stiftskirche besetzt. Das Innenministerium hat erklärt, die Landesregierung sei „nicht bereit, mit den Roma in der Tübinger Stiftskirche großzügiger umzugehen als mit anderen Asylbewerbern“. In einem Flugblatt an die Tübinger Bevölkerung erklären die Roma, daß sie mit der Besetzung auf die drohende Abschiebung, die Diskriminierung und Verfolgung aufmerksam machen müssen und fordern ein garantiertes Bleiberecht und damit die Anerkennung der Fluchtgründe und den sofortigen Abschiebestop. Angesichts der Unterstützung scheint es möglich, zunächst zumindest eine „Duldung“ durchzusetzen. Solidaritätserklärungen und Spenden sind nötig. Am 3. 1. findet eine Kundgebung statt. — (evc)

## Grüne zum Polizeiaufmarsch in Göttingen

Göttingen. Hannes Kempmann (MdL, Grüne) verfaßte eine Stellungnahme zum Polizeiaufgebot in Göttingen am 17. 12., dem Tag der Demonstration zum Todestag von Conny Wessmann: „In den Tagen vor der Demo gab es zahlreiche Gespräche in der Koalition ... Einigkeit bestand aber in der Forderung, daß die Polizei ein eindeutiges Konzept der Deeskalation verfolgen sollte. Keine Kontrolle der DemonstrationsteilnehmerInnen an den Einfahrstraßen nach Göttingen, keine Aufzeichnung der Demo durch Videokameras, kein „Wanderkessel“ und auch kein Spalierlaufen ... Die Realität war anders. Wer an dieser Demonstration teilgenommen hat, muß den Eindruck gewonnen haben, daß durch z.T. hautenges Spalierlaufen durch die engen Straßen der Innenstadt ein Konzept der Provokation verfolgt wurde. Das Göttinger Polizeikonzept stand im klaren Gegensatz zu dem, was vorher in der Koalition verabredet wurde ...“ — (kek)

## „Solidaritätskomitee“ für Erich Honecker gegründet

Essen. Wie uns mitgeteilt wurde, hat sich am 15. 12. 90 bundesweit ein „Solidaritätskomitee für Erich Honecker“ gegründet. Bei der Gründungsversammlung wurde ein „Appell“ verabschiedet, in dem es u.a. heißt: „Die Forderung der Bundesregierung, den ehemaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, an die Justiz auszuliefern ... ist ein Akt der Barbarei. Einen Menschen mit Verschleppung ins Gefängnis zu bedrohen, bei dem akute Lebensgefahr besteht, widerspricht allen Geflogenheiten zivilisierter Staaten. Objektiv bedeutet das, Honeckers Tod schneller herbeizuführen ...“ Das Komitee fordert die „Einstellung aller Bedrohungen gegen Erich Honecker“. — (wof)

## Krieg und Völkermord dürfen sich nicht bezahlt machen!

Essen. Humanistische Union, Ev. Stud.gemeinde und Alte Synagoge führten im Dezember gemeinsam zwei Veranstaltungen zum Thema „Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter — Wann, wenn nicht jetzt?“ durch. Zunächst berichtete Prof. Benz über das System der Zwangsarbeit und die unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der betroffenen Menschen. Fast acht Millionen Menschen aus ganz Europa, vor allem aber aus Polen und der Sowjetunion, wurden während des Faschismus nach Deutschland verschleppt. Die meisten mußten für große Konzerne wie IG Farben, Krupp usw. arbeiten. Bei der zweiten Veranstaltung referierten Dr. U. Herbert, Dozent an der Fernuniversität Hagen, und Susanne Willems von der Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte in Köln über die bisher erfolgreiche Politik von Konzernen und Staat, Ansprüche auf Entschädigung und Lohn-Nachzahlung für die Masse der Zwangsarbeiter abzubiegen. Susanne Willems setzte sich für die Zahlung von 5000 DM für jeden ehemaligen Zwangsarbeiter in einen Fonds ein. Aus diesem Kapitalstock sollten die jetzt noch lebenden Zwangsarbeiter eine Rente erhalten, zudem könnten damit andere Projekte in diesem Zusammenhang unterstützt werden. Die Zahlung für jeden Zwangsarbeiter sei notwendig, weil endlich anerkannt werden müsse, daß sich eine Politik von Krieg und Völkermord nicht bezahlt machen darf. Die Veranstalter kündigten für das Frühjahr eine Anzeigenkampagne zur weiteren Unterstützung der Forderungen der Zwangsarbeiter an. Insgesamt besuchten 120 Leute die Veranstaltungen. — (syb)

## Planungen für MBB-Waffenabrick Schrobenhausen gehen weiter

München. Im März 1990 hatte die Bayerische Staatsregierung 6,5 Hektar Staatswald an MBB verkauft, damit die Waffenfabrik bei Schrobenhausen erweitert werden kann und dort unter anderem ein unterirdischer Bunker errichtet werden kann. Nach Pressemitteilungen bezahlte der Konzern für 51 000 qm Industriegelände nur 43 DM je Quadratmeter, für den geplanten „Schutzstreifen“ von 14 000 qm sogar nur 30 DM je Quadratmeter. Der Widerspruch der Opposition im Landtag half nichts. Im August 1990 hat der Bauausschuß in Schrobenhausen die Baugenehmigung verweigert. Aber der Stadtrat Schrobenhausen hat den Bau der Bunker doch noch genehmigt — weil nur baurechtliche, aber keine politischen Entscheidungen zu treffen seien. Es handelt sich aber nicht nur um den Erweiterungsbau einer Rüstungsfabrik, sondern um qualitative Veränderungen. Die für Sprengköpfe ausgelegten Patriot-Raketen, die dort gebaut werden sollen, haben eine Länge von 5,31 Meter und ein Gewicht von 1 696 Kilo und werden mit hochexplosivem Treibstoff gefüllt. Brennt dieser, so entwickeln sich 3 000 Grad Hitze. Montage, Lagerung und Transport der völlig überflüssigen Raketen bringen ganz erhebliche Gefahren mit sich. Die Friedensinitiative Schrobenhausen stellt in einem Flugblatt unter anderen die Frage, ob Bayern weiterhin Rüstungsschmiede bleiben soll und ob Rüstung und Militär immer noch Vorrang vor Umweltschutz und den Interessen der Bevölkerung haben soll. Ferner stellt sie kritische Fragen in Bezug auf die zu erwartende Verkehrsbelastung und in Bezug auf die mögliche Belastung von Luft und Grundwasser. — (chl)



Böblingen. Etwa 200 Leute nahmen am 15. 12. an der Demonstration teil, zu der die SMVen der Gymnasien aufgerufen hatten. Die Soldaten wurden zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen, die Bevölkerung zum Widerstand. Kurz vorher war den Schülern eine andere als die beantragte Route mitgeteilt worden, die Kundgebung mußte im Hinterhof einer Schule durchgeführt werden. Trotzdem werteten die Veranstalter die Aktion als Erfolg. — (rac; Bild: wor)

## Flugblatt zum Rekruteneinzug am 2. Januar

Laßt Euch nicht für Öl und Profite verheizen! Verlaßt die Bundeswehr!

Stuttgart. Die DFG-VK und die Volksfront Stuttgart haben für den Rekruteneinzug am 2. Januar ein achtseitiges Flugblatt erstellt. Es enthält u.a. Hinweise an die Rekruten „Wie Du legal die Bundeswehr verlassen kannst“, einen

Muster-Verweigerungsantrag und Kontaktadressen der DFG-VK sowie eine Zusammenstellung gewerkschaftlicher Beschlüsse gegen den Golfkrieg. Wir dokumentieren im folgenden aus dem Flugblatt. — (zem)

Heute wirst Du zur Bundeswehr eingezogen. Graue Feldjäger patrouillieren auf dem Bahnhof und in den Sonderzügen, um Deinen Abtransport zur Kaserne, zum Drill, zum Stubenappell, zu einem Leben unterm Kommandoton zu überwachen.

Sagten viele Rekruten in den letzten Jahren noch: „Bringen wir den ‚Scheißbund‘ halt hinter uns“, so ist diese Parole heutzutage lebensgefährlich. Die Bundeswehr bereitet den Kriegseinsatz am Golf vor, das zeigen die Berichte von Soldaten aus verschiedenen Kasernen. — Zwischen dem 8. und 12. Oktober 1990 wurde beim Manöver „Schneller Start“ das Postamt Landsberg/Lech als „Ausweichungsamt Feldpost“ eingerichtet. Erstmals wurde damit die „Feldpost“ im Bereich der Luftwaffe „erprobt“. Deutsche Landsr sollen wieder Briefe von der Kriegsfront — allerdings zensuriert — nach Hause schicken können. — Mitte November wurden Fallschirmjäger in der Böblinger Kaserne von ihren vorgesetzten befragt, ob sie freiwillig an dem Kriegseinsatz im Golf teilnehmen würden. Der Zuspruch war mäßig. Seit Monaten laufen unter anderem in

den Luftlandeabteilungen in Calw, Nagold, Lebach, Merzig, Iserlohn, Wildershausen Vorbereitungen für den Kriegseinsatz:

— In Sanitätskursen werden ausführlich die Folgen des Einsatzes chemischer Waffen behandelt. Dabei wird den Rekruten gesagt, daß es für die kämpfende Truppe keinen Schutz gegen die heutigen chemischen Waffen gibt ... Den Rekruten wird beiläufig empfohlen, sich in einem solchen Fall zu erschießen.

— Nicht nur die in der Presse genannten Alpha-Jet-Bomberstaffeln werden jetzt an die türkisch-irakische Grenze verlegt, sondern auch Fallschirmjägerkompanien mit Panzerfahrzeugen, Mörsern, Munition. Die Soldaten sind durch intensives Fallschirmsprungtraining kriegstauglich gemacht worden. Dabei gab es schwere Unfälle bei Übungen im Saarland, die bisher verschwiegen worden sind. Im einen Fall klappte bei einem Absprung aus 500 m Höhe der entfaltete Fallschirm wieder zusammen; der betroffene Soldat ist jetzt querschnittsgelähmt. Im anderen Fall wurde ein Soldat beim Sprung aus dem 12 m hohen Sprungturm nicht angeschlauft und

stürzte aus dieser Höhe senkrecht in den Tod ab.

— Die Stimmung, vor allem bei den W 12ern, ist gedämpft. Die Furcht, in einen Kriegseinsatz am Golf hineingezogen zu werden, nimmt begründet zu. Es kommt zu Kriegsdienstverweigerungen und zur Verweigerung von Sprungübungen, um nicht kriegseinsatzfähig zu werden.

Die Vorbereitung und Beteiligung der Bundeswehr an dem geplanten Angriffskrieg gegen den Irak ist grundgesetzwidrig. Das Grundgesetz verbietet in Artikel 26 „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, ... insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten“. Der mit Massenvernichtungswaffen geführte Krieg ums Öl würde Millionen von Menschen töten und den gesamten Nahen und Mittleren Osten verwüsten.

Es ist deshalb keine Desertion (Fahnenflucht), sondern die Pflicht jedes Soldaten, den grundgesetzwidrigen Befehl, an Kriegsvorbereitungen und Kriegshandlungen in bezug auf den Angriffskrieg am Golf teilzunehmen, zu verweigern.

## Widerstand auch in den Kasernen

Bundeswehrsoldaten schicken Solidaritätsbrief an GI

München. Dem Widerstand innerhalb des Militärapparates kommt eine große Bedeutung zu, wenn eine BRD-Intervention am Golf und eine Grundgesetzänderung noch verhindert werden soll. Um den antimilitaristischen Widerstand innerhalb der Bundeswehr zu unterstützen, führten am 2. 1. 91 der Arbeitskreis Kurdistan, BoA München, die DfG/VK, die Münchner Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend und die Volksfront einen gemeinsamen Informationsstand vor der Funkkaserne durch und verteilten ca. 600 Flugblätter vor mehreren Münchner Kasernen.

Widerstand in den Kasernen gibt es bereits. Der US-Soldat Jeff Paterson hatte sich geweigert, in ein Flugzeug zu steigen, das ihn an den Golf bringen sollte. Jetzt haben 22 Soldaten der Münchner Funkkaserne den nachfolgend dokumentierten Solidaritätsbrief unterschrieben. Darüber hinaus wurden ca. 30 Plakate „SAGT NEIN — Soldaten der Bundeswehr: Wenn ihr den Befehl bekommt, in den Krieg am Golf zu ziehen, sagt Nein! — KEIN BLUT FÜR'S ÖL“ innerhalb der Kaserne geklebt. — (chl)

\* \* \*

„An Jeff Paterson, stellvertretend für alle GIs, die sich weigern für Profit und Öl in den Krieg zu ziehen.“

Liebe Freunde, wir Soldaten der Bundeswehr erleben tagtäglich in der Kaserne, was es heißt, „kriegseinsatzfähig“ gemacht zu werden. Das Prinzip „Befehl und Gehorsam“, die Schikanen und der Drill sollen das eine bezwecken: Wir sollen unsere Köpfe mit dem Stahlhelm vertauschen. Wir sollen verlernen, darüber nachzudenken, für wessen Interessen wir eingesetzt werden sollen; nämlich für die Interessen derer, die sich durch den Krieg noch mehr bereichern wollen.

Wir Soldaten sind diejenigen, die in einem solchen Krieg immer am teuersten zu bezahlen haben. Doch wir dürfen nicht vergessen, nur mit uns als Kanonenfutter können die Oberen ihre Kriege führen.

Wir haben von Eurem Widerstand in der US-Armee erfahren. Ihr weigert Euch, in einen Krieg für Profit und Öl zu ziehen, und für Eure aufrechte Haltung werdet ihr bestraft und eingesperrt. Uns Bundeswehrsoldaten droht mit einer Grundgesetzänderung nun auch der weltweite Einsatz für die Interessen der Wirtschaftsbosse.

Wir erklären uns voll solidarisch mit Eurem Widerstand gegen die Herren Kriegsgewinnler. Laßt Euch Euer Rückgrat nicht brechen. Krieg dem Krieg — Hell, no, we won't go for Deutsche Bank or Texaco!!!“

## IGM: Diskussion über Forderung

Funktionärsversammlung gegen „Solidaropfer“

**Heilbronn-Neckarsulm.** Mit einer großen Funktionärsversammlung begann die IG Metall Verwaltungsstelle am 29.11.90 die Diskussion um die aufzustellende Lohn und Gehaltsforderung. Am 24. Januar soll nach breiter Diskussion der Forderung in den Betrieben auf einer weiteren Konferenz die Forderung beschlossen werden. Der 2. Bevollmächtigte F. Stroh ging gleich zu Beginn auf das sogenannte „Solidaropfer“ ein: „Uns wird gepredigt werden, zu Gunsten der Brüder und Schwestern drüben zu verzichten. Lohnverzicht hier führt nicht dazu, daß es denen besser geht, sondern Lohnverzicht führt zu höheren Gewinnen für Unternehmer“.

G. Zambelli von der Bezirksleitung Stuttgart erläuterte u.a. die nächsten größeren Tarifperspektiven, die da sind Modernisierung des Lohnrahmentarifvertrages II und gemeinsamer Entgelttarifvertrag. An der folgenden, lebhaften Diskussion beteiligten sich über 15 Menschen. Die meisten sprachen sich für ein Forderungsvolumen von ca 10 % aus, kein einziger Beitrag forderte reine Prozente. Im Gegenteil stellte sich eine große Zustimmung für eine Strukturforderung (Sockel und Prozente) heraus.

Für die IG Metall Frauen brachte M. Singhaas (Illig) eine konkrete Forderung von 150 DM plus 5,5 % ins Gespräch. Unter anderem wurde diese Forderung

von ihr damit begründet, daß Lohn- und Gehalt auch für eine selbständige Existenz von allein lebenden oder auch von alleinerziehenden Frauen (das waren z.B. 1986 15 % aller Frauen) reichen müsse.

T. Schirmer (Audi) vertrat, daß eine Forderung über 10 % auch wegen der Öffentlichkeit „nicht sein muß“. Man könne sich nicht lossagen, was in der DDR geschieht, man werde dort ein Soll lassen müssen, erklärte er. Die meisten der 15 Diskussionsteilnehmer lehnten ein Solidaropfer in Form von Lohnverzicht, wie es F. Steinkühler auf dem letzten Gewerkschaftstag angedeutet hatte, entschieden ab. „Soll der Zusammenbruch der Wirtschaft in Ostdeutschland, mitbetrieben von westdeutschen Konzernen, und die Vergiftung der Umwelt durch die hiesige Industrie ein Grund für uns sein, auf nötige Einkommenserhöhungen zu verzichten?“ — fragte z.B. J. Müllerschön (Fiatgeotech). Er forderte einen hohen Festgeldanteil, weil damit eine einheitliche Tarifbewegung gefördert würde. Dem widersprach M. Zimmermann (Audi), der anführte, wenn Solidarität gefordert wird, dann sollte man nicht zuviel einfordern. Sonst würde das Interesse bei besser verdienenden Angestellten nachlassen, deshalb empfahl er 130 DM plus 6 %. — (jom)

### Anklage wegen Chlorgasunfall

**Alfeld.** Nach Abschluß der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hildesheim im Zusammenhang mit dem Chlorgasunfall am 17.1.1990 beim Alfelder Konzern Hannover Papier sollen drei Personen wegen fahrlässiger Körperverletzung strafrechtlich belangt werden. Angeklagt werden der Leiter der Zellstofffabrik Dr. Hans-Lutz Dapke sowie der vom Gewerbeaufsichtsamt zuständige Gewerbeoberinspektor Dietmar Jördens und der Aufsichtsbeamte der Papiermacher-Berufsgenossenschaft Dr. Erwin Brechtel. Die Anklageschrift nennt 185 Zeugen, darunter sehr viele Chlorgasgeschädigte. Noch immer leiden einige der Geschädigten an den Folgen des Unfalls und werden z.B. in der Lungenheilstätte Dickholzen behandelt. Hannover Papier strebt für 1990 ein Rekordjahr mit 1 Milliarde DM Umsatz an. — (ret)

### Erklärung des Kreisvorstands der ÖTV gegen den Golfkrieg

**Stuttgart.** Der ÖTV-Kreisvorstand beschloß am 15.12.90 folgende Erklärung, die zuvor die ÖTV-MV des Jugendamtes verabschiedet hatte: „... Die Industriestaaten, einschließlich der BRD, haben mit Waffenlieferungen und Giftgasfabriken die zu verurteilende Annexion Kuweits ebenso ermöglicht wie den drohenden Krieg. ... In diesem Konflikt geht es hauptsächlich um Öl. ... Deshalb fordern wir die ÖTV auf, einen Beschluß gegen eine Grundgesetzänderung zu fassen. Insbesondere muß die ÖTV diejenigen Soldaten unterstützen, die einen solchen Krieg nicht mitmachen werden und die in den Kasernen gegen die drohende Kriegsgefahr arbeiten wollen.“ — (evo)

### Krankengespräche bleiben verboten

**Hamburg.** Bei den Hamburger Aluminium Werken (HAW) bleiben sogenannte „Krankengespräche“ auch weiterhin untersagt. Das beschloß am 17.12.90 das Arbeitsgericht in Hamburg. HAW hatte beim Gericht beantragt, die Entscheidung einer betrieblichen Einigungsstelle aufzuheben, in der die Krankengespräche untersagt worden waren. Der Betriebsrat hatte diese Einigungsstelle durch das Arbeitsgericht einsetzen lassen. Ziel des Betriebsrats war es, die Gespräche von Vorgesetzten und der Personalleitung über den Gesundheitszustand von Arbeitern zu unterbinden. Ergebnisse der sogenannten Krankengespräche waren u.a.: „Trotz chronischer Bronchitis raucht er kräftig“ u.ä. Auch bei krankheitsbedingten Kündigungen wurden Notizen der Gespräche verwendet. Über die Ursachen von Krankheiten, den Gesundheitszustand und Schlußfolgerungen für den Arbeitsplatz könne nur ein Arzt urteilen, argumentierte der Betriebsrat. Darin bestehe ja gerade die Aufgabe des Betriebsarztes. Der Vorsitzende der Einigungsstelle schloß sich der Auffassung des Betriebsrats an und stimmte für eine Betriebsvereinbarung, durch welche jetzt diese „Krankengespräche“ verboten sind. HAW will beim Gericht durchsetzen, daß die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats in Sachen „Krankengespräche“ wieder beseitigt werden. Sie wollen im Betrieb freie Hand, um Druck auf kranke Arbeiter auszuüben. Das Gericht wies den Antrag von HAW zurück. Dies Verfahren wird noch weitere Instanzen beschäftigen, weil die Kapitalisten es für ihr nicht einschränkbares Recht halten, Arbeiter psychologisch und materiell unter Druck zu setzen. — (güt).

## Warnstreiks gegen drohende Rentenkürzung

IG Bergbau: Erhalt der Knappschaftsversicherung, keine Rentenkürzungen!

**Essen.** Der bisherige Bundesfinanzminister Waigel (CSU) hat in den Koalitionsverhandlungen eine „Checkliste“ für Ausgabenkürzungen im Bundeshaushalt vorgelegt. Als ein „langfristiges Ziel“ spricht er darin die Überführung der Knappschaft in die allgemeine gesetzliche Rentenversicherung an. Gleichzeitig sollen die über Tage Beschäftigten aus

der Knappschaft herausgenommen werden, was zur Senkung ihrer Renten führen würde. Die IG Bergbau kündigte an, sie werde sich gegen diese Pläne „mit allen Mitteln“ zur Wehr setzen. Am 18. und 19.12. fanden zahlreiche Protestaktionen statt. Der folgende Artikel dazu wurde den „Lokalberichten Essen“ entnommen. — (A.R., wof)

Auf fast jeder Schachtanlage und einigen sonstigen Bergabbaubetrieben des Ruhrgebiets kam es in den vergangenen Tagen zu Warnstreiks zehntausender Beschäftigter mit kurzfristigen Straßenblockaden. Die IG Bergbau und Energie hatte die Kumpel und ihre über Tage beschäftigten Kollegen auf die Straße gerufen, um gegen die Pläne des Finanzministers zu protestieren, in die knappschaftliche Rentenversicherung einzugreifen. Sie wollten sich nicht auseinander dividieren lassen.

Aus Bonn wurde bekannt, daß (nicht zum ersten Mal) die Absicht besteht, über Tage Beschäftigte aus dem begünstigten Rentensystem der Knappschaft herauszunehmen, um so Bundeszuschüsse zu streichen. Es soll sogar Maximalvorstellungen geben, die Knappschaft ganz in die Landesversicherungsanstalten (LVAs) bzw. die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) einzugliedern, mit erheblichen Folgen für die Renten der jetzt Aktiven.

Grundlage dieser Überlegungen ist, daß jeder Knappschaftsversicherte (also

nicht nur die Bergleute selbst) eine höhere Rentenanwartschaft erwirbt. In der Knappschaft beträgt der Renten-Steigerungssatz pro Versicherungsjahr 2 %, in den allgemeinen Rentenversicherungen 1,5 %. Mit diesem höheren Satz soll ein Ausgleich geschaffen werden für die in der Regel kürzere Versicherungszeit im Bergbau sowie dafür, daß es keine Betriebsrenten gibt.



Durch die Strukturkrise des Bergbaus hat sich das Verhältnis Beitragszahler zu Rentnern in der Knappschaft so ungünstig entwickelt, daß fast 80 % der Knappschaftsrenten aus dem Bundeszuschuß von ca. 10 Mrd. DM pro Jahr finanziert werden. Dieses Geld hofft die Bundesregierung offenbar einzusparen, wenn es aus dem gemeinsamen Topf der LVAs bzw. BfA bezahlt werden müßte. Über Tage Beschäftigte (z.B. Kokerei-Arbeiter, Verwaltungsangestellte) müßten sich dann mit deutlich geringeren Renten abfinden.

Völlig zu Recht gab es sofort massive Proteste gegen diese Absichten. Jeder Entzug von Aktiven aus der Knappschaft würde diese Versicherung letztlich ausbluten, mit entsprechenden Folgen auch für die unter Tage Beschäftigten. Richtig und weiterhin nötig sind Proteste auch deswegen, weil die Sparpläne der Regierung erneut die Arbeiter und Angestellten hier sowie die Bergbaubeschäftigten in der ehemaligen DDR treffen, die auf diese Weise den DDR-Anschluß finanzieren sollen.

### Großraumetat: Wirtschaftsförderung verdreifacht

**Hannover.** Mit den Stimmen von FDP und SPD verabschiedete die Großraumverbandsversammlung Anfang Dezember einen Doppelhaushalt für 1991 und 1992, obwohl im nächsten Jahr durch die Kommunalwahlen die Mehrheitsverhältnisse geändert sein können. Nicht daß die CDU etwa keinen Gefallen an solch dirigistischen Maßnahmen hätte, sie lehnte den Etat wegen des hohen Verlustausgleichs für den Nahverkehr ab. Die FDP stimmte zu, weil die Zentralisierung der Wirtschaftsförderung, durch die im Etat vorgesehene Verdreifachung des dafür vorgesehenen Betrages bis 1992 von 5,7 auf 16 Mio. DM, vorangetrieben wird. D.h., daß der Großraum einen erheblich größeren Spielraum hat, über die Köpfe der Gemeinden hinweg Standortpolitik zu machen. „Bevorzugung von Gewerbestandorten“ ... zum Wohl der ganzen Region“. — (rec)

### „Was wäre, wenn sich alle gegen ihre Kündigung wehrten ...“

**München.** So argumentierte der Richter in der Berufungsverhandlung am 20.12. vor dem Landesarbeitsgericht München über die Klage von Lothar Steinert auf Wiedereinstellung bei der Firma Wamsler, die ihn seit einem Jahr durch Kündigung loswerden will und ihm, trotz gegenteiligen Urteils in I. Instanz, seinen Arbeitsplatz verweigerte. Durch das öffentliche Auftreten von Steinert gegen seine Kündigung sei nach Gesetz eine Auflösung des Arbeitsverhältnisses wegen Unzumutbarkeit angebracht. Nach Beratung schlug das Gericht eine Abfindung von fünf Monatsgehältern vor. Als Lothar Steinert sich wehrte und eine Auflösung ablehnte, denn er wolle seinen Arbeitsplatz behalten, zog sich das Gericht zur erneuten Beratung zurück. Es vertagte dann die Verhandlung auf den 14. Februar mit gleichzeitiger Ladung von 19 Zeugen. Offensichtlich war dem Richter seine eigene Überlegung zu dürftig, Wamsler soll die Unzumutbarkeit beweisen! — (ecg)

### IG Metall Stuttgart beschließt Tarifforderung

**Stuttgart.** Die Vertreterversammlung der IG Metall hat am 1. Dezember folgenden Vorschlag zur Diskussion in den Betrieben empfohlen: 1. Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 11 Prozent. 2. Strukturforderung insofern, daß die Anhebung der Tariflöhne unterhalb des Ecklohns einheitlich in Höhe von 11 Prozent auf den Ecklohn erfolgt. Der Lohngruppenschlüssel müßte sich entsprechend ändern. 3. Anhebung der tariflichen Leistungszulage bei Angestellten von derzeit 10 auf 16 Prozent. 4. Angleichung der Geldbeträge in den Angestellten-Tarifgruppen K und T. Derzeit liegen die K-Tarifgruppen unter den T-Tarifgruppen. Fernziel ist ein einheitlicher Entgelt-Tarifvertrag. — (ros)

## Bayerische Ärztekammerwahlen

Stärkung fortschrittlicher und demokratischer Positionen

**München.** Die Ärzte haben in der Bundesrepublik vom Staat bestimmte Rechte erhalten, wurden aber gleichzeitig mit Pflichten belegt, deren Einhaltung durch die gesetzlich geregelte Berufsordnung (1) kontrolliert wird.

So dient nach § 1, Abs. 1 der Arzt „der Gesundheit des einzelnen Menschen und des gesamten Volkes“. Was aber ist, wenn z.B. die Regierung im „Namen des Volkes“ dazu übergeht, Kostendämpfungsmaßnahmen gegen den Einzelnen bei der Gesundheitsversorgung durchzusetzen? Welche Möglichkeiten haben Ärzte, sich dagegen zu wehren, hat der Staat, sie zu zwingen?

Dazu ein paar praktische Überlegungen:

Die Schweigepflicht des Arztes beinhaltet gleichzeitig sein Recht, über seinen Patienten Auskunft zu verweigern. Er kann jeden Arbeitgeber zurechtweisen, der versucht, an die Diagnose eines erkrankten Arbeiters zu kommen. Ursachen von Verletzungen muß der Arzt nicht ohne weiteres nennen. Zwar erhalten Asylbewerber besondere Krankenscheine von den Sozialämtern, die den behandelnden Arzt verpflichten, nur das „wirklich Notwendige“ zu tun, aber Umfang und Qualität müssen dem Arzt überlassen bleiben, der auch den Asylbewerber mit „Gewissenhaftigkeit und Würde“ (1) behandeln wird, sofern er dies will.

§ 5 der Berufsordnung verpflichtet den Arzt auf die „Erhaltung des ungeborenen Lebens“, auch kann er nicht „gegen sein Gewissen gezwungen werden, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen“.

Aber gleichzeitig hat jeder vom Staat anerkannte (approbierte) Arzt das Recht, die Notwendigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs zu bescheinigen und den Eingriff vorzunehmen, wenn er dies fachlich beherrscht. Der Memminger Prozeß gegen Dr. Theissen dient u.a. der Einschüchterung tausender (bayerischer) Ärzte, darauf in Zukunft zu verzichten. Gezwungen werden können sie dazu — bis jetzt — noch nicht.

Über 80 % der Bevölkerung sind Mitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), ca. 240 Milliarden DM werden jährlich für Behandlung von Krankheiten und ihren Folgen ausgegeben. Dabei gilt das Solidaritätsprinzip, wonach die Versichertengemeinschaft für die Versorgung aller Mitglieder aufkommt.

In Wirtschaftskreisen gilt dies Versicherungssystem in der Bundesrepublik als „unbezahlbar“. Teilversicherungen für „Grundrisiken“ sind längst in Vorbereitung, aber zur Zeit politisch nicht durchsetzbar.

Da ist es natürlich von Bedeutung, ob die Ärzte mit ihren Vertretungsorganen

zustimmen oder dafür kämpfen, bei der Behandlung „keinen Unterschied zu machen, weder nach Religion, Nationalität, Rasse noch nach Parteizugehörigkeit oder sozialer Stellung.“ (1) Selbst ein Minderheitenvotum kann schon nützlich sein, die Front gegen geplante Maßnahmen zu stärken.

Diese Ausführungen erscheinen mir notwendig, weil sie das Verständnis für die Wahlen zu den Ärztekammern in Bayern verbessern.

Schon die Entscheidung zur Teilnahme an den Wahlen war zwiespältig, denn „die Ärztekammern verdanken ihren Ursprung und ihre Macht als Körperschaften öffentlichen Rechts mit Zwangsmitgliedschaft und staatlichen Funktionen den Nationalsozialisten. Ärztliche Standesfunktionäre dankten diesen Machtzuwachs den damaligen nationalsozialistischen Machthabern mit bedingungsloser Gefolgschaft.“ (2)

Dies bedeutet aber keineswegs, daß Ärztekammern bis auf den heutigen Tag schlicht Wasserträger staatlich-reaktionärer Positionen sind oder bleiben müssen.

Die „Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte“ (Liste) hat zu den Kammerwahlen am 2.12.1990 erneut kandidiert. Sie hat dabei in München 29 % aller Stimmen (das sind 23 Delegierte) erhalten, bei den Wahlen zur Landesärztekammer 30,4 % (14 Delegierte) und sich insgesamt gegenüber 1986 um 3 % verbessert.

Entscheidend dafür war die programmatische Festlegung auf einige Punkte:

Die Ständevertretung nicht einfach den Konservativen überlassen: Atomenergie und andere umwelt- und menschenfeindliche Technologien bekämpfen; Verteidigung der Standards der medizinischen Versorgung und des Solidaritätsprinzips in der GKV; das Gesundheitswesen in der DDR nicht einfach zerschlagen, neue Impulse gewinnen aus den Erfahrungen, die dort gemacht wurden; Verbesserung von ganzheitlichen Behandlungsmethoden, entsprechende Veränderung der Ausbildung der Ärzte; bessere Versorgung der psychiatrisch Kranken in der BRD; Streichung des § 218, Regelung des Abbruchs innerhalb der ersten drei Monate; Finanzierung des Abbruchs auch in Zukunft durch die GKV; Schaffung von flächendeckenden ambulanten und stationären Einrichtungen für einen Schwangerschaftsabbruch unter gesundheitlich schonendsten und menschenwürdigen Bedingungen; Verbesserung der ärztlichen Umweltpolitik; Fortsetzung der Kritik der Ständepolitik im Nationalsozialismus.

Quellen: (1) Bayerisches Ärzteblatt, Sondernummer: Arztrecht in Bayern, 9/1986, S. 3. Gelöbnis und Berufsausübung. (2) Programm der „Liste“ zur Kammerwahl 1990 — (jüt)



**Köln.** Am 13. Dezember besetzten etwa 50 Roma und Leute aus Unterstützergruppen für zwei Stunden das Regierungspräsidium, denn die Regierungspräsidenten müssen den Abschiebe-Beschluß der Landesregierung durchsetzen. Regierungspräsident Antwerpes sprach zwar mit den Besetzern, sagte aber nichts zu. Bild: Roma besetzen im Januar 1990 den Kölner Dom. — (uld; Bild: af/mz)





**Hannover.** Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover vom Oktober 1990 ist die Stadt verpflichtet, auch nicht aus Hannover stammenden Wohnungslosen ein Nachtquartier anzubieten. Dennoch müssen viele dies erst mit einer einstweiligen Verfügung durchsetzen. Nach diesem Akt haben sie dann das Recht, in einem Container zu übernachten, der am Tag allerdings geschlossen ist. — (rec; Bild: af/mz)

## Aus Ländern und Gemeinden

### Sozialarbeit und das neue Ausländergesetz

**Heilbronn.** Zu diesem Thema führte die Arbeitsgemeinschaft Soziale Arbeit (Zusammenschluß im sozialen Bereich Tätiger) eine Veranstaltung durch, auf der sich die ca. 20 Anwesenden auf folgende Pressemitteilung verständigten (Auszüge): Das Gesetz verschlechtert die Rechtsgrundlage für Kinder, Jugendliche und junge Familien nichtdeutscher Herkunft entscheidend. Es sieht die Pflicht öffentlicher Stellen vor, „bestimmte Sachverhalte“ (z.B. Straftaten im Ausland, unerlaubte politische Betätigung, längerfristige Obdachlosigkeit, Sozialhilfebezug, Jugendhilfe u.v.m.) an die Ausländerbehörde oder die Polizei verpflichtend mitzuteilen. Es ist ein „Ausländer-Raus-Gesetz“. Wir denunzieren nicht! Wir verweigern Spitzeldienst! Zeigen wir uns solidarisch! Quelle: Kommunalen ALLtag 9/90 — (jom)

### Gildehofbad in Essen als Obdachlosenasy?

**Essen.** Auf Vorschlag von Horst Radtke, Essener SPD-MdL im Düsseldorfer Landtag, sollen Obdachlose im Gildehofbad untergebracht werden. Das marode „Spaßbad“ leidet seit der Eröffnung vor wenigen Jahren unter Besuchermangel. Nach Ansicht Radtkes ist es für Obdachlose besonders geeignet, weil es über sanitäre Einrichtungen verfügt. Die Stadtverwaltung lehnt „Massenquartiere“ für Obdachlose bisher ab. Die Begründung: Dann kämen auch Obdachlose aus Nachbarstädten nach Essen. Dringend notwendig wäre die Schaffung menschenwürdiger Unterkünfte. Allein in Essen sind zur Zeit 4000 Leute obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht, die Steigerung betrug im letzten Jahr 30 %. — (w., wol)

### Bund halbiert Mittel für Stadtsanierung

**Alfeld.** Mit Schreiben vom 3. Dezember, also einen Tag nach der Bundestagswahl, hat Bundesbauministerin Hasselfeldt den norddeutschen Ländern mitgeteilt, daß der Bund ihnen für das Jahr 1991 zunächst nur 330 Millionen DM für die Förderung der Stadtsanierung bereitstellen werde. Noch am 17. Oktober hatte die Bauministerin eine Förderung von 660 Millionen DM als Förderungsziel erklärt. In der Vergangenheit hat der Bund den Ländern jährlich 660 Millionen zugewiesen, davon an Niedersachsen 76,4 Millionen. Zusammen mit den Landesmitteln in gleicher Höhe habe damit ein jährliches Förderungsprogramm in Höhe von 152,8 Millionen finanziert werden können. Die Landessumme von 76,4 Millionen sei auch für 1991 wieder im Haushalt vorgesehen, erklärte der niedersächsische Sozialminister Hiller (SPD). Niedersachsen werde nach dieser Mitteilung der Bundesbauministerin für 1991 nur 38,2 Millionen DM erhalten. Von der Kürzung der Bundesmittel seien allein in Niedersachsen 177 Sanierungsmaßnahmen in den Städten und Gemeinden betroffen. — (ret)

### Berichtigung

Bei der Tabelle „AOK-Krankheitsartenstatistik 1988“ auf der Seite 9 unserer letzten Ausgabe sind die Spaltenüberschriften irrtümlich fehlerhaft: Die erste Spalte (Fälle, Tage, Falldauer) bezieht sich auf Württemberg-Baden, die zweite auf Mannheim und die letzte auf Sindelfingen.

### CDU/SPD verhindern Auflösung der Akademie der Wissenschaft

**Berlin.** Das BVG hat eine einstweilige Anordnung gegen das vom SPD/AL-Senat beschlossene Gesetz zur Auflösung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin zum 31. 12. 90 abgelehnt. Die Freude währte jedoch nur kurz. CDU und SPD haben sich auf folgendes geeinigt: „Die Koalitionspartner vereinbaren, die vorhandene Infrastruktur (personelle und sächliche Ressourcen) der Akademie der Wissenschaften zu Berlin für den Neuaufbau als einen Bestandteil der Akademie der Wissenschaften in Berlin sicherzustellen.“ Während die West-Akademie in ihrer Gesamtheit (30 Mitglieder) als Grundlage sichergestellt wird, soll nur ein Teil der Ost-Akademie (96 Mitglieder) übernommen werden. Diese fordert die Überführung. Bei Auflösung will sie Klage erheben. — (har)

### Junge Union fordert soziales Pflichtjahr

**Soltau.** Auf dem Bezirkstag des Bezirksverbandes Lüneburg der Jungen Union am 10./11. 11. 90 verabschiedete die Versammlung einen Antrag, der die Einführung eines sozialen Pflichtjahres fordert. Nötig sei es „zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung insbesondere pflegebedürftiger Menschen und zur Bewältigung der vielfältigen Arbeiten im Bereich des Umweltschutzes“. Es solle für Männer und Frauen Wahlfreiheit zwischen Wehr-, Sozial- und Umweltdienst geben. Wie beim derzeitigen Wehrdienst solle die Möglichkeit bestehen, freiwillig einen längeren Dienst zu leisten. — (sts)

### Justizministerium unterläuft Petitionsrecht von Gefangenen

**München.** Auf vielfältige Weise versuchen die Anstaltsleiter bayerischer Gefängnisse, die Gefangenen von Beschwerden abzuhalten. So wurde ein Gefangener aus der JVA München in die JVA Straubing verlegt, u. a. mit der Begründung, er habe versucht, Gefangenen aus anderen Abteilungen eine Petition mit der Forderung nach Amnestie zur Unterschrift vorzulegen. Ein anderer Gefangener aus Stadelheim schreibt, daß Sammelpetitionen wegen der Repressalien gegen die Initiatoren unmöglich seien. Die Anstaltsleitung der JVA Kaisheim unterstellt einem Insassen, sich wegen jeder Kleinigkeit zu beschweren und willkommene Anlässe für die Geldendmachung von Schadenersatzansprüchen, Erstattung von Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden zu suchen.

Eine solche Abscheu gegenüber Rechtsmitteln ist nur im Strafvollzug zu beobachten. Weder Arbeits- noch Sozialämter führen sich ähnlich autoritär auf, wenn Antragsteller/innen Entscheidungen nicht widerspruchlos hinnehmen. Die jetzt in Nachfolge von Marianne Rothe u. a. für den Strafvollzug in Bayern zuständige Abgeordnete Elisabeth Köhler hat diese Ereignisse zum Anlaß genommen, die Justizministerin aufzufordern, zumindest die Geltung des von der Verfassung garantierten Petitionsrechts sicherzustellen. Während des Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtags hatten die Bediensteten der JVA Straubing noch behauptet, auf den hohen Stellenwert des Petitionsrechts zu achten. — (ch)

Quelle: Pressemitteilungen der GRÜNEN.

# Keine Gebührenerhöhungen!

Aus der Haushaltsrede der DKP-Fraktion im Tübinger Gemeinderat

**Tübingen.** Wir dokumentieren im folgenden den Kommentar der DKP-Stadträtin Gisela Kehler-Bleicher in der Zeitung der DKP Tübingen „Gläsernes Rathaus“ zu den Haushaltsberatungen.

„Steht die Stadt Tübingen kurz vor der Pleite? Dies könnte man meinen, wenn man das alljährliche Jammern der Verwaltungsspitze anlässlich der Haushaltsberatungen hört. Der Haushaltsentwurf hat tatsächlich den enormen Umfang von 335 Millionen Mark, und auch die notwendige Kreditaufnahme von 46 Millionen Mark ist erschreckend hoch.“

Die Ursache dafür liegt aber nicht in maßloser Verschwendung von öffentlichen Ausgaben zum Wohle der BürgerInnen, sondern ist Folge einer langangelegten Politik der Bundes- und Landesregierung, die den Kommunen immer höhere Leistungen aufbürden und weniger Anteil am Steueraufkommen geben. Die angeheizte Konjunktur mit den davonlaufenden Baupreisen schlägt auf den Haushalt ebenfalls voll durch. Und für Tübingen selbst rächt es sich, daß notwendige Investitionen, vor allem im sozialen Bereich, jahrelang geschoben wurden und jetzt höhere Kosten verursachen. Tübingen erhält im nächsten Jahr zirka 2,5 Millionen Mark weniger — Folge der Steuerreform und der Kosten für den „Fonds deutscher Einheit“. Und die Zinsen für kommunale Kredite sind in diesem Jahr von sieben auf neun Prozent gestiegen. Auch dies ist eine Auswirkung der „deutschen Einheit“, an der nur wenige verdienen (hier die Banken), und für die neben den Bürgern auch die Kommunen in Ost und West bezahlen müssen.

Die schon jetzt deutliche Spar- und Streichbereitschaft bei allen anderen Parteien im Gemeinderat ist kurzsichtig. Was heute gestrichen wird, ist morgen wahrscheinlich gar nicht mehr zu finan-

zieren. Und wer jetzt den Haushalt mit Gebührenerhöhungen sanieren will, wälzt die Finanzmisere mal wieder voll auf die „kleinen Leute“ ab — die Familien mit Kindern, Alleinerziehende und RentnerInnen, die in Tübingen auch noch durch die hohen Mietpreise belastet sind. Die DKP-Fraktion wird deshalb alles tun, um unsoziale Gebührenerhöhungen zu verhindern.

Mit unseren Anträgen zum Haushaltsentwurf führen wir unsere Anstrengungen für „Kindergärten und Wohnungen statt Kasernen“ — das war unser Wahlkampfslogan im vergangenen Jahr — konsequent fort. Dazu gehören der beschleunigte Ausbau von Kindergärten, Tagheimen und Schülerhorten. In diesem Bereich darf keine Maßnahme geschoben werden!

Vor allem aber müssen mehr Mittel für Grundstückserwerb und soziale Mietwohnungen eingeplant werden — damit die Stadt sich einen größeren Anteil der freiwerdenden französischen Garnison für kommunale Nutzung sichern und Spekulationen verhindern kann. Um die dafür erforderlichen Mittel aufzubringen, können einige Maßnahmen gestrichen werden, zum Beispiel im Straßenbau und das Prestigeobjekt Markthalle.“

Vorgesehen sind Erhöhungen der Gebühren für Kindergärten und Tagheime um 30 %, für Schülerhorte um 33 %, für Altersheime um 30 %; ein kräftiger Anstieg der Abwassergebühr und des Wasserpreises, eine Erhöhung des Gaspreises ist schon beschlossen. Ca. 25 % der Mieter von Sozialwohnungen sollen höhere Mieten zahlen. Die DKP-Fraktion fordert dagegen zum Haushalt 1991: — Keine Gebührenerhöhungen für Kindergärten, Tagheime, Schülerhorte und Altersheime. Gebührenerhöhungen sind

nicht nur im höchsten Maße unsozial, sie dürfen auch nicht zur Sanierung des Haushalts eingesetzt werden — in der Relation zum Schuldenberg sind dies sowieso lächerliche Beträge.

— 20 Mill. DM für den Erwerb von Liegenschaften der französischen Garnison. Davon sollen freiwerdende Gebäude und Gelände der Garnison aufgekauft werden, die dann für soziale Mietwohnungen, für soziale und kulturelle Einrichtungen oder als Gewerbegebiete und Verwaltungsgebäude genutzt werden.

— 5 Mill. DM mehr für ein kinderfreundliches Tübingen, damit für steigende Schülerzahlen auch mehr Räume und weitere Einrichtungen für den Schulsport zur Verfügung stehen, damit die flächendeckende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen und insbesondere die Ganztagsbetreuung weiter ausgebaut werden kann.

— Die DKP-Fraktion wendet sich gegen alle Kürzungen bei bereits beschlossenen Maßnahmen im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich.

— Die wachsenden kommunalen Aufgaben dürfen nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Zusätzliche Stellen sollen geschaffen werden für die Kindertagesstätten, Schulsozialarbeit und die Durchführung des Frauenförderplans.

— Zur Finanzierung der Mehrausgaben beantragt die DKP eine Erhöhung des Ansatzes der Einnahmen bei der Gewerbesteuer um 1,5 Mill. DM, die Streichung von Baumaßnahmen vor allem im Straßenbau und des Einbaus der Markthalle, Mittel für die Stadt aus einem Sonderfonds des Landes zur zivilen Nutzung der freiwerdenden französischen Garnison.

Quelle: „Gläsernes Rathaus“ Dez. 90, Haushaltsrede der DKP-Fraktion — (evc)



Kinder und Eltern übergaben dem Sozialausschuß des Tübinger Gemeinderates ca. 500 Unterschriften gegen die geplanten Gebührenerhöhungen in Kindergärten und -tagheimen. Die vorgesehene nichtöffentliche Beratung über die Gebührenerhöhung wurde vertagt und wird öffentlich durchgeführt.

## Erfolgreicher Bürgerentscheid gegen Tunnel

Ulmer Einwohner stimmen gegen städtisches Verkehrskonzept

**Ulm.** Am 19. Juli 1990 faßte der Gemeinderat mit den Stimmen von CDU, FWG und Republikanern den Baubeschluß für die Untertunnelung der Neuen Straße. Der Verkehr sollte unter die Erde und gleichzeitig sollte eine Tiefgarage mit 930 Plätzen entstehen. Der Bau wurde als Konzept zur Verkehrsberuhigung der Innenstadt vorgestellt. Auf dem Deckel des Tunnels sollten Geschäfte, Restaurants und eine Erweiterung von Museum und Bibliothek Platz finden. Für den 650 Meter langen Tunnel beliefen sich die Kosten bereits im Planungsstadium auf über 100 Millionen DM. Eine Änderung der untragbaren Verkehrsverhältnisse in der Innenstadt sah das Konzept nicht vor. SPD, die Grünen und eine Stadträtin der FDP stimmten dagegen.

Unmittelbar nach der Abstimmung bildete sich eine „Initiative Bürgerbegehren Neue Straße“, die trotz Ferienzeit 13 765 gültige Unterschriften für einen Bürgerentscheid sammelte, notwendig waren 11 240. Die Aktion wurde von der Bunten Liste, die einen Gemeinderat stellt, initiiert. Die Grünen unter-

stützten die Initiative, die SPD verhielt sich abwartend. SPD-Fraktionschef Gönner, der zukünftige OB-Kandidat, will die Neue Straße auf zwei Spuren zurückbauen und eine weitere Tiefgarage in Zentrumsnähe bauen lassen.

Der Wahlkampf um das Bürgerbegehren wurde nach der Bundestagswahl hart geführt. Die Stadtverwaltung verteilte per Postwurfsendung ein Faltblatt, in dem für den Bau des Tunnels geworben wurde. Zusammen mit FWG und CDU machte sie einige Veranstaltungen für den Tunnel. In Informationsabenden zur Aufklärung der Bürger kamen die Tunnelgegner kaum zu Wort. Die Bürgerinitiative veranstaltete über 30 Informationsabende gegen den Tunnel. Sie stellte ein neues Verkehrskonzept zur Diskussion, welches einen Ringverkehr um das Zentrum, den Ausbau des Park & Ride-Systems und des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zur Verkehrsberuhigung der Innenstadt vorsieht. Es wurde bekannt, daß sich die Stadt 1986 bei Innenminister Schlee einen Brief bestellt hatte, in dem Schlee bescheinigte, daß ein Ausbau der Ulmer

Straßenbahn nicht förderungswürdig sei. Damit sparte die Stadtverwaltung ein Gutachten zur Erarbeitung eines Nahverkehrskonzepts und legte sich auf den Tunnel fest. So verlor die Stadt viel an Glaubwürdigkeit.

22411 Nein-Stimmen waren notwendig, um den Gemeinderatsbeschuß zu kippen. Am 16. Dezember gingen 51,6 % der Wahlberechtigten zur Abstimmung. Davon stimmten 81,5 % oder 31 343 Wahlberechtigte mit Nein und 18,5 % oder 7 143 mit Ja. In der Innenstadt wurden in allen Stadtteilen über 83 % Nein-Stimmen erreicht und selbst in den Ulmer Vororten stimmten noch über 70 % gegen den Tunnel. Nach ihrer Niederlage überlegt nun die bürgerliche Gemeinderatsmehrheit, wie wenigstens die Tiefgaragenplätze gerettet werden können. Die Bürgerinitiative will nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid verstärkt Einfluß auf die Erarbeitung eines neuen Verkehrskonzepts nehmen. Der Bürgerentscheid wird von allen Fraktionen so aufgefaßt, daß jetzt dem ÖPNV Vorrang eingeräumt werden muß. — (frm)



# „Sie wollen die Moral unserer Bevölkerung untergraben“

Interview mit einer Sprecherperson der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) aus „An Phoblacht/Republican News“

Das folgende Interview wurde nach der Zeitschrift „Irland Solidarität Info 7“ zitiert, die es der „An Phoblacht/Republican News“ entnommen hat. In dem Interview werden viele wichtige Fragen des nordirischen Befreiungskampfes berührt und informativ erläutert. Gerade in den letzten Tagen hat die Hetze gegen den Kampf der IRA auch in den bundesdeutschen Medien (so im

„Weltspiegel“ vom 30.12.90) zugenommen. Wie von der Sprecherperson der IRA im folgenden Interview angegeben, soll die neue Hauptlinie der Aufstandsbekämpfung durch die britischen Imperialisten im wesentlichen die Republikanische Bewegung selbst spalten. Ein altes Ziel, aber die Methoden sind verfeinert worden. Die Reaktion in der BRD will mit dem hier eingeleiteten

Verfahren gegen die revolutionären Iren Gerry Hanratty und Gerry McGeough ebenfalls ihren Beitrag zur Besatzungspolitik ihrer britischen Freunde leisten. Solidarität ist dringlich, denn die Entwicklungen zu „Europa 1992“ drohen die Koordination unter den Imperialisten weiter zu verbessern und die Brutalität ihrer inneren Unterdrückung noch mehr zu verschärfen. — (uga)

Wie ist Deine Einschätzung der derzeitigen britischen Strategie in Irland?

Unserer Meinung nach hat sich ihre Strategie im Lauf des letzten Jahres verändert; und zwar von der stereotypen Behauptung „Wir werden die IRA besiegen“ hin zu dem Versuch, die Moral unserer Bevölkerung zu untergraben. Brooke (1) hat zugegeben, daß die Briten nicht in der Lage sind, die IRA zu besiegen. Das ist deshalb von so großer Bedeutung, weil es so noch kein direkt zuständiger britischer Politiker gesagt hat.

Na ja, wichtig ist, seine Begründung dafür einzuschätzen. Seine Erklärung gab er mit offensichtlicher Unterstützung Thatchers und des britischen Kriegsministeriums ab. Wenn die Briten die IRA nicht mit ihrer Riesenarmee und ihren unbegrenzten finanziellen Möglichkeiten schlagen können, was ist dann ihre Strategie? Wir denken, ihre gegenwärtige Politik ist, mit der Wirkung von Begriffen wie „Ausweglosigkeit“, „Hoffnungslosigkeit“ und „Wirkungslosigkeit“ zu operieren. Was sie sagen, ist: „Seht, dieser Krieg kann noch zwanzig Jahre so weitergehen, und wir (die Briten) sind in der Lage, hierzubleiben, einige Verluste wegzustecken und eine Menge Republikaner in den Knast zu stecken — nichts wird sich ändern, also was soll's?“

Sie haben ihre Strategie ganz klar geändert, indem sie, statt zu behaupten „Wir werden euch besiegen“, jetzt sagen: „Ihr könnt nicht hoffen zu gewinnen.“ Im Zusammenhang damit haben sie die Truppen, die sie in die Kämpfe schicken, ausgewechselt. Ihre Politik der Ulsterisierung (2), die bei zahlreichen Gelegenheiten unterbrochen und blockiert worden ist, bleibt ein zentrales Element ihrer Politik. In Kürze: Die Fronttruppen aus dem RUC und dem

(5) und den politischen Parteien in den 26-Counties von den Engländern die häßliche Aufgabe überlassen, die britische Politik in Irland zu unterstützen und die Teilung zu zementieren. Das wird am deutlichsten in der Ansicht John Humes (6), der sagt, daß die Briten in dem Konflikt jetzt neutral und so was wie ein Vermittler sind, der die Fäden in der Hand hält, während sie darauf warten, daß Unionisten und Nationalisten ihre „Streitigkeiten“ lösen ...

Du beziehst Dich auf Äußerungen von Peter Brooke. Was ist Deine Einschätzung zu dem, was Brooke mit seiner „100-days-Rede“ (7), die die Medien als Ermutigung zur Abkehr vom bewaffneten Kampf interpretieren, da sie den vagen Hinweis auf eine Beteiligung von Sinn Fein bei der Suche nach einer Lösung enthält, und was er mit der gegenwärtigen Gesprächsrunde erreichen will?

Wie ich schon gesagt habe, eine der britischen Absichten ist es, die Moral unserer Kämpfer zu untergraben und unser Volk zu demoralisieren. Das ist der negative Aspekt ihrer Strategie, aber für die Briten ist es wichtig, positiv zu sein und eine nach vorn gerichtete Strategie zu haben, andernfalls sind sie in derselben Position, „nirgendwohin zu kommen und nichts zu erreichen“. Weil die Briten keine wirkliche Lösung (außer dem Rückzug ihrer Truppen) haben, müssen sie mit der Politik fortfahren, die sie schon immer verfolgt haben — eine Politik der Lügen und der Illusion. Mit der gegenwärtigen Runde der Gespräche über mögliche Gespräche erweckt Brooke die Vorstellung politischer Flexibilität und Bewegung ...

Wenn wir die Nebelschwaden vertreiben, die die gegenwärtigen Gespräche umgeben, erkennen wir nur ihr uraltes

den Rand gedrängt zu werden, während andere weiterreden. Die SDLP behauptet, daß die aktuelle Entwicklung mit ihrer Politik im Einklang ist, und das, obwohl sie vorher noch öffentlich erklärt hatte, Maryfield sei unentbehrlich, und die Beteiligung Dublins wäre die einzige Garantie für die nationalistischen Interessen. Die unionistischen Parteien behaupten, Brooke hätte ihnen Zugeständnisse gemacht von der Art, daß Dublin keine Rolle mehr spielen werde, daß Maryfield ausgesetzt wird und die Regierungsgespräche zwischen Dublin und London gestoppt würden. Alle Seiten scheinen zufrieden zu sein und behaupten von sich, einen Fortschritt erzielt zu haben.

Die Briten bestimmen die Tagesordnung. Sie haben bei diesen Pseudo-Gesprächen nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen. Sie werden als diejenigen angesehen, die versuchen, eine politische Lösung zu erreichen. Wenn die Gespräche abgebrochen werden oder an dem Versuch scheitern, eine von allen getragene Übereinkunft zu erzielen, wird den lokalen (nordirischen) Beteiligten die Schuld daran gegeben. In dem ganzen Prozeß geht es darum, die Illusion zu erwecken, daß die Briten eine politische Entwicklung initiiert hätten.

Während all das andauert, sind die Briten tatsächlich ohne Gesichtverlust aus den Schwierigkeiten heraus und können der wichtigsten Frage für eine Lösung ihrer Beteiligung am irischen Konflikt aus dem Wege gehen.

Zurück zu der Frage der Untergrabung der Moral der Republikaner. Inwieweit würdest Du Teile der Medien an so einer Strategie beteiligt sehen?

Es ist schwierig, da genaue Zahlen zu nennen, aber klar ist, die Briten haben ein hochentwickeltes und aufwendig fi-

Zensur ist ebenfalls ein wichtiger Faktor für sie, der verhindert, daß eine glaubwürdige Entgegnung auf die britische Linie gehört werden kann. Außerdem ist bekannt, daß viele britische Journalisten ganz einfach faul sind. Eine Untersuchung von ihnen in den Six Counties bedeutet oft nur, daß sie einige Wochen im Europa Hotel (in Belfast) verbringen und die offiziellen (Presse-)Verlautbarungen des RUC und der britischen Armee, ohne Nachfragen oder Kommentar, einfach nur wiederkäuen.

Die jüngsten Spekulationen der Medien scheinen sich auf eine angebliche Auseinandersetzung in der republikanischen Bewegung über die Möglichkeit eines Waffenstillstandes konzentriert zu haben. Ist an diesen Berichten irgendwas dran, und kannst Du Dir eine Situation vorstellen, in der sich die IRA zu einem Waffenstillstand bereiterklären würde?

Die IRA befindet sich in einer militärischen Auseinandersetzung mit der britischen Armee und Regierung, als Antwort darauf, daß diese die Six Counties wie eine Kolonie mit militärischen Mitteln besetzt halten. Wir leben in einem besetzten Land. Die Briten sind die Hauptprotagonisten, und sie sind es immer gewesen. Wenn die Briten öffentlich ihre Absicht erklären würden, sich in einem fest umrissenen Zeitraum aus unserem Land zurückzuziehen, dann, und nur dann, wäre die Idee eines Waffenstillstandes bedenkenswert.

Die IRA hat immer eindeutig erklärt, daß sie bereit ist, jederzeit mit den Briten zu reden, wenn diese die aufrichtige Bereitschaft zeigen, Frieden und Demokratie in Irland herbeiführen zu wollen. Wir fordern das Grundrecht jeder Nation auf nationale Selbstbestimmung. Die Verweigerung dieses Rechts mit Waffengewalt wird immer zum bewaffneten Kampf für die Erlangung dieses Rechtes Anlaß geben und ihn legitimieren.

Um Deine Frage ganz klar zu beantworten: An dem, worüber die Medien spekulieren — eine Auseinandersetzung innerhalb der IRA und anderen Organisationen über einen Waffenstillstand — ist nichts dran. Zu der Frage der Diskussion unter Republikanern: Ja, es gibt eine Auseinandersetzung auf kontinuierlicher Basis, aber darin geht es um die beste Taktik, den Kampf zu führen und ihn zum Sieg zu bringen.

Weiter gibt es in den Medien das Gerücht, Gerry Adams (10) hätte eine Reihe von Treffen mit der IRA gehabt, und daß er die republikanischen „Tauben“ repräsentieren würde, die mit der Kriegsführung der IRA Probleme haben. Da ist außerdem die Frage nach Gerry Adams' öffentlichen Stellungnahmen, die äußerst kritisch gegenüber einigen IRA-Angriffen gewesen sind. Kannst Du diese Punkte klären?

Solche Spekulationen und Behauptungen sind lächerlich. Es sind schon so viele „Tauben und Falken“ losgelassen worden, daß es beinahe ein Wunder ist, daß wir uns vor lauter Vogelscheiße überhaupt noch auf die Straße wagen können. Sinn Fein hat bei zahlreichen Gelegenheiten festgestellt, daß ihre Haltung die einer kritischen Unterstützung des Rechts des irischen Volkes, den bewaffneten Kampf gegen die britische Besatzung zu führen, ist. Wir begrüßen diese Unterstützung von unseren Genossen bei Sinn Fein und von jeder ant imperialistischen Gruppe oder Einzelperson. Wir fordern nicht, daß die, die das Recht, sich für den bewaffneten Kampf zu entscheiden, unterstützen, jede IRA-Aktion unterstützen müssen.

Es ist im Interesse der ganzen Bewegung und Gemeinschaft, daß die Angriffe der IRA allein das Ziel haben, die Entschlossenheit der Briten, in Irland zu bleiben, zu attackieren. Als Gerry Adams kürzlich sagte, daß der Tod zweier Australier unentschuldig und unverantwortlich wäre, akzeptierte die IRA diese Kritik, die von einem Genossen kam, nicht nur, sondern pflichtete dieser Kritik völlig bei. Seine Stellungnahme war willkommen und notwendig. Dieses ist im Gegensatz zu den Anstrengungen der Medien, keine Frage von „Falken und Tauben“. Ganz einfach:

Der Tod von unschuldigen Zivilisten ist unannehmbar. Er ist für sich tragisch und fördert nicht unseren Kampf oder bringt den Tag des Sieges näher. Die IRA bleibt entschlossen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um solche Todesfälle zu vermeiden.

Wenn die IRA Fehler gemacht hat, haben wir sie eingestanden und diese Fehler und das sich daraus ergebende Leid aufrichtig bedauert. Obwohl wir nicht versuchen, solche Fehler oder unsere Verantwortung für sie kleiner zu machen, ist es dennoch wichtig, die Aufmerksamkeit auch auf den Punkt zu richten, daß wir noch keine einzige Entschuldigung oder den Ausdruck von Gewissensbissen der Briten zum „Bloody Sunday“, Gezielter-Todesschuß-Politik, Plastikgeschöß-Morden, Folter in Castlereagh oder irgendwas ihrer langen Litanei brutaler Gewalttaten gehört haben.

Die Herrschenden und die Medien in England haben behauptet, daß die Kampagnen der IRA in England und auf dem europäischen Kontinent Beweis für ihren „Erfolg“ sind, die IRA zu kontrollieren und ihre Fähigkeit, in den Six Counties Angriffe durchzuführen, zu verringern, und daß die Kampagne ein Ausweichen der IRA hin zu „soft targets“ signalisiert. Was antwortest Du auf diese Vermutungen?

Die Briten würden in der Tat sehr gerne das Betätigungsfeld der IRA auf ein bestimmtes Gebiet und spezielle Ziele eingrenzen. Es ist eine klassische Aufstandsbekämpfungstaktik, die, wenn die IRA dumm genug wäre, darauf reinzufallen, es den Briten erlauben würde, all ihre Kräfte auf einige wenige Gebiete innerhalb der Six Counties zu konzentrieren. Die Wahrheit ist, daß „der Beweis“ nur die Tatsache zeigt, daß es die Streitkräfte der Krone selbst sind, die in den Six Counties sehr stark kontrolliert und in ihrer Bewegungsfreiheit gestört worden sind. Sie sind die am schwersten bewaffnete Streitmacht in Westeuropa. Ihr Militärapparat umfaßt die britische Armee, das RUC und die RUC-Reserve sowie die UDR-Voll- und Teilszeitregimenter, zusammen mit ihren beträchtlichen Undercover-Einheiten. Mach dich mal auf den Weg rund um Derry oder Belfast — sie sind ohne Unterbrechung dabei, die Befestigungen ihrer Kasernen zu verstärken, unterirdische Bunker zu bauen, ihren Fahrzeugen eine extra gepanzerte Außenhülle hinzuzufügen, neue größere Schutzmauern gegen Explosionen zu bauen und die Straße um ihre Basen abzusperren. Wenn sie aus ihren Festungen herauskommen, dann ist es, um die Gegend mit massiven Kontrollen in ihren gepanzerten Wagen zu überschwemmen. Das RUC sitzt geschützt in seinen Jeeps und Panzerwagen und wagt sich selten heraus. Sie haben Angst, an Ampeln und Straßenkreuzungen zu halten. In ländlichen Gegenden wie South Armagh und großen Teilen von Fermanagh und Tyrone waren sie jahrelang nicht in der Lage, die Straße zu benutzen, sogar noch, nachdem sie ihre Orwell'schen Wachtürme entlang der Grenze gebaut haben.

Seitdem ihre Hubschrauber abgeschossen werden, kommen sie jetzt in Wellen von fünf oder sechs gleichzeitig mit Bordkanonen als Grundausrüstung dieser Patrouillen. Zu einer Zeit, in der sich der Rest von Europa der Demilitarisierung seiner Grenzen rühmt, steigern die Briten die Militarisierung der Teilung ihres letzten schändlichen Außenpostens. So sieht es sehr danach aus, als ob die Briten sich über die Kontrolle der IRA selbst nicht sonderlich sicher sind.

Vor kurzem erst haben sie wieder auf die Politik der frühen 70er Jahre zurückgegriffen, indem sie alle möglichen Schritte unternahmen, um Verluste zu verschweigen. Erst kürzlich haben sie in Cappagh, Belfast, Tyrone und in Fermanagh Schäden an ihren Fahrzeugen und Verletzungen oder den Tod von Mitgliedern ihrer Streitkräfte offensichtlich geleugnet, obwohl es durch Augenzeugen bestätigt wurde. Der Sinn dieser Demeniten und Lügen, für die sie die unterwürfigen Medien benutzen, um ihre f-



UDR führen Englands Krieg mit Rückendeckung regulärer britischer Armeinheiten; was wiederum bedeutet, daß in England mit der rassistischen Haltung „Es sind ja bloß Paddies (3), die getötet werden“, die Entwicklung einer Massenbewegung für den Abzug der Armee verhindert wird. Hinzu kommt, daß bei jeder Meinungsumfrage der letzten 20 Jahre eine Mehrheit der englischen Bevölkerung den Truppenabzug befürwortet hat, wodurch — aus britischer Sicht — die Forderung nach dem Abzug nicht laut werden zu lassen zu keiner unwichtigen Aufgabe für sie geworden ist.

Diese Strategie erstreckt sich offenkundig auf die politische Ebene. Mit der Unterzeichnung des „Hillsborough Abkommens“ (4) (das der nationalistischen Bevölkerung auch nicht den kleinsten Vorteil gebracht hat) wurde der SDLP

Spiel politischer Irreführung. Nachdem wir fünf Jahre Hillsborough erleben mußten, wo die SDLP und die Dubliner Regierung versprochen, daß das Abkommen die Aktivitäten der britischen Streitkräfte verändern, das Knast- und Justizsystem reformieren und daß es das „Orangistengeschwür“ wegschneiden“ (8) würde — das alles erwies sich einzig und allein als die Einbildung von Hillsborough.

Die Briten haben bei zahlreichen Gelegenheiten versichert, daß sie zu den Abkommen von Hillsborough und Maryfield stehen, aber jetzt, so scheint es, sind sie geneigt, sie außer Kraft zu setzen — was ist denn jetzt von „Orangistengeschwür wegschneiden“ noch übrig?

Dublin schwor, daß es immer ein Mitspracherecht haben würde, jetzt sieht es so aus, als würden sie akzeptieren, an

nanziertes Netzwerk von Nachrichtenagenturen und Publikationsorganen, besonders auch auf internationaler Ebene. Ihre Methoden, Falschinformationen zu streuen und zu verbreiten, sind seit langem bekannt. Wenn man bedenkt, daß sie allein in den USA Hunderte von Millionen Dollars (9) ausgeben, um ihre Version der Ereignisse unter die Leute zu bringen, dann kannst Du das Ausmaß ihrer Operationen und die Bedeutung, die sie dem beimessen, richtig einschätzen.

Es ist für viele Jahre Teil ihrer Arbeitsweise gewesen, verschiedene Journalisten mit Geschichten zu versorgen, wenn sie vorhatten, eine Idee oder Lüge in Umlauf zu bringen, einzelne Menschen anzugreifen, Uneinigkeit zu säen, den Boden für eine beabsichtigte repressive Gesetzgebung zu bereiten oder einfach, um ihre Gegner zu verwirren.



ohne Widerspruch durchzudrücken. In dem, was uns unser Volk zu überlegen, daß wir nichts erreichen können. Noch wichtiger ist, daß diese Lügen zeigen, daß den Briten sehr wohl bewußt ist, wie verheerend sich solche Verluste auf die gesamte militärische Moral auswirken und die politische Entscheidung, diesen kostspieligen Krieg fortzusetzen, in Frage stellen. Also verbergen sie die Kosten.

Die einfache Antwort auf den Teil der Frage nach Europa und England ist, daß es notwendig ist, und besonders in einem Guerillakrieg, den Feind auf dem Boden anzugreifen, den du wählst. Den Feind überraschen, ihm keine Ruhe lassen, ihn kontinuierlich unter Druck setzen und natürlich ihn dort zu treffen, wo's ihn verletzt, bevorzugt am zentralen Nervensystem. Ein entsprechendes Beispiel dafür ist der Angriff auf den Carlton Club in London – das Zentrum, wo die Mächtigen sich erholen, das Zentrum der Elite der herrschenden Klasse, ein Ort außerhalb von Downing Street, an dem die politischen Macher sich treffen.

Die IRA weitet ihre Aktionen auf den europäischen Kontinent und England aus einer Reihe von Gründen aus. Der wichtigste ist, den Feind an so vielen Fronten wie möglich zu treffen und seine Nerven und Reserven anzugreifen. Ein anderer Grund ist, daß England das „Herz der Bestie“ ist, und das ist es, wo es am meisten verletzt.

Die Mächtigen in Westminster sind durch nichts zu bewegen, außer durch politischen Druck ihrer Basis oder durch direkten Druck auf sie selbst. Wir sagten nach dem Bombenangriff in Brighton 1984, bei dem Thatcher dem Tode gerade noch entkam: „Heute hatten wir kein Glück, aber bedenkt, wir müssen nur einmal Glück haben, ihr aber müßt immer Glück haben.“ Die Explosion im Carlton Club und der Angriff auf das Haus von Lord McAlpine unterstreichen nur noch einmal, wie viel Glück sie immer haben müssen.

Ein weiterer Aspekt unserer Kampagne in Europa und England ist, daß es ihnen und ihren Soldaten, den Instrumenten ihrer Unterdrückung, nicht erlaubt sein kann, während sie jeden Teil unseres Landes besetzt halten, sich auszuruhen und zu erholen. Britische Soldaten kommen für kurze Einsätze in unser Land. Sie treten unsere Türen ein, zerstören unsere Wohnungen und Häuser, nehmen unsere Menschen fest, terrorisieren unsere Gemeinschaften und erschließen Männer, Frauen und Kinder mit Blei und Plastikgeschossen. Und dann, so denken sie, können sie zurück in die BRD oder England oder sonstwohin gehen und sich erholen, während andere Regimenter diesen Terror fortsetzen. Sie können es nicht! Genauso wenig ihre politischen Auftraggeber!

Du hast gerade die Notwendigkeit erwähnt, an so vielen Fronten wie möglich zuzuschlagen. So eine Taktik ist ja die Bombenkampagne gegen die grenzüberschreitende Eisenbahnlinie gewesen. Diese Kampagne hat sehr viel Kritik provoziert. Kannst Du für die Öffentlichkeit erklären, warum Ihr diese Taktik verfolgt und ob es Eure Absicht ist, die Bahnverbindung stillzulegen?

Zuerst die Antwort auf den zweiten Teil Deiner Frage: Es ist nicht unsere Absicht, die Eisenbahnlinie zwischen Belfast und Dublin stillzulegen. Zum anderen, ich bin immer wieder darüber erstaunt, wie viele Attacken Medien und Politiker wegen dieser Kampagne gegen die IRA geführt haben und dabei die 20-jährige britische Politik der planmäßigen Zerstörung der Grenzstraßen, die für die Grenzbewohner so viele Mühsal bedeuten, gänzlich verschweigen. Politiker der 26-Counties und Sprecher der SDLP sitzen zu Gericht, um die IRA für ihre Bombenkampagne gegen die Bahnlinie heftig zu verurteilen, während sie zur selben Zeit die Streitkräfte der 26-Counties beauftragen, die britischen Truppen bei der Zerstörung irischer Straßen zu schützen.

Der Grund für die Unterbrechung des Bahnverkehrs ist es, die britischen Streitkräfte aus dem Schutz ihrer Festungen herauszulocken. Es bindet eine große Zahl von Truppen und Sprengstoffexperten. Außerdem untergräbt es die Autorität der Briten, indem es sie als unfähig bloßstellt, zumindest „die Züge am Laufen zu halten“. Wichtiger ist jedoch, daß es (das Herauslocken) mehr Möglichkeiten für Angriffe auf Mitglieder der Streitkräfte eröffnet. Wie auch immer, es ist eine von vielen Taktiken, die wir verwenden und die wir auch weiterhin zu unserem Vorteil anwenden werden.

Beweise über die Praxis der Briten, die

Todesschwadron mit Material unterstützt zu haben, haben zugenommen. Wie beurteilst Du das, und was ist womöglich die Antwort der IRA auf so eine Kampagne?

Todesschwadronen sind immer ein Merkmal eines Aufstandsbekämpfungskrieges. Selbst wenn diese Todesschwadronen nicht offiziell unterstützt werden, hat die Regierung durch ihre Geheimdienste immer einiges an Kontrolle oder Einfluß auf deren Aktivitäten gehabt.

Ich glaube, ich brauche die Beweise für die Existenz von Todesschwadronen nicht zu wiederholen. Es genügt zu sagen, daß die Briten schon allein dadurch, daß sie Informationen an Loyalisten weitergeben oder sich aktiv an Operationen der Todesschwadronen beteiligen, an einer Mordkampagne beteiligt sind, die zwei Ziele verfolgt: politische Gegner zu eliminieren, oder andere, die sie als Bedrohung ansehen, wie zuletzt bei dem Mordanschlag auf das Sinn Fein-Mitglied Sean Keenan, und als zweites die breite nationalistische Gemeinschaft zu terrorisieren, was sich an der Zahl von mehr als 800 Nationalisten zeigt, die seit 1969 von Todesschwadronen ermordet worden sind.

Die Antwort der IRA auf diese Kampagne ist es, wann immer dies möglich ist, diejenigen, die direkt an der Anstiftung und der Ausübung dieser Morde beteiligt sind, anzugreifen, doch dabei immer die Tatsache im Auge zu behalten, daß es ein elementares Interesse der Briten ist, den Krieg hier als einen sektiererischen darzustellen. Wir haben nicht die Absicht, uns in eine sinnlose sektiererische Auseinandersetzung hineinziehen zu lassen.

Obwohl Du sagst, daß die IRA sich nicht im Krieg mit der protestantischen Community befindet, würden viele aus dieser Gemeinschaft genau das Gegenteil behaupten. Welche Sicherheiten kannst Du den protestantischen Menschen geben, und was für eine Rolle werden sie aus Deiner Sicht in dem „neuen“ Irland spielen?

Erst einmal, es ist völliger Blödsinn, die IRA zu beschuldigen, sie befände sich im Krieg mit den protestantischen Menschen. Wir stehen zu der Proklamation von 1916 und den Prinzipien Wolfe Tones (11), indem wir für die Freiheit und Demokratie aller Menschen in Irland kämpfen, d.h. Katholiken, Protestanten, Menschen aller Religionen und ohne Religion. Wir sind uns unserer Geschichte und der protestantischen Wurzeln von Töne und vieler „United Irishmen“ (12) bewußt, und überall in der Bewegung zählen wir Protestanten in unseren Reihen.

Wir leisten Widerstand gegen jede Unterdrückung, egal wen sie betrifft. Entgegen der britischen Propaganda führen wir einen Krieg für die nationale Befreiung und keinen religiösen. Wir sind an der Religion, der Hautfarbe oder dem Glaubensbekenntnis unseres Gegenübers vollkommen desinteressiert. Wenn diese Faktoren jedoch Instrumente der Unterdrückung sind, dann müssen wir sie im Kampf berücksichtigen.

Ich wiederhole aufrichtig unsere früheren Aufrufe an alle Unionisten und Loyalisten. Die Ideologie des Kolonialismus aufzugeben. Was für ein begrenztes Privileg es für loyalistische Arbeit auch gibt, es wird zu Lasten der nationalistischen Arbeiter erreicht. Sie müssen begreifen, daß England sie, wenn es ihm paßt, wie eine heiße Kartoffel fallen lassen wird. Die Six Counties sind die Müllhalde der britischen Regierung. In einer ökonomischen Krise sind sie es, die zuerst unter ihr leiden und sich zuletzt davon erholen, wenn überhaupt. Die unionistische/loyalistische Bevölkerung hat keine wirkliche Macht, erst dann, wenn sie sich mit dem Rest des irischen Volkes verbindet. An diesem

Punkt von Einheit werden wir, die Menschen dieser Insel, unser eigenes Schicksal und die Demokratie formen, frei von jeder äußeren Beeinflussung.

21 Jahre bewaffneter Kampf; wird die IRA die Moral und die Stärke aufrechterhalten können, den Krieg fortzuführen? Wir behalten unsere Moral und Stärke nicht allein bei, sondern die Überzeugung und Hingabe unserer Kämpfer hat sich vertieft. Der Freiwillige von heute hat ein viel stärkeres politisches Bewußtsein als jemals zuvor. Zudem haben unsere „älteren“ Volunteers, die jetzt in den 30er und frühen 40ern sind, die Erfahrung von 20 Jahren hinter sich. Die Widerstandskraft und die Hingabe unserer Kämpfer erstaunt mich immer wieder. Viele von ihnen haben lange Zeiten von Gefangenschaft und oft auch Folter erlitten. Beziehungen zu anderen Menschen haben gelitten oder sind zerbrochen, meist leben sie an oder unter der Armutsgrenze, ihnen ist gemeinsam, Freunde oder Verwandte durch Hände der Briten oder der Loyalisten verloren zu haben, und jetzt sind sie fest in ihrer Absicht zu siegen.

Die Rekrutierung neuer Volunteers ist nie ein Problem gewesen. Es ist tatsächlich eine Aufgabe für unsere Rekrutierungsoffiziere, aus den vielen, die in die IRA wollen, auswählen zu müssen. Viele sind aus den unterschiedlichsten Gründen zurückgewiesen worden. Wir haben es in der Tat nicht nötig, sie suchen zu gehen; Menschen aus allen Lebensbereichen kommen zu unserer Organisation.

Ich will die Gelegenheit dieses Interviews einmal benutzen, um hervorzuheben, wie sehr unsere Volunteers und ihre Familien geachtet werden. Sie hätten sich so einfach für ein anderes, ein „normales Leben“ entscheiden können, aber ihre Hingabe und ihr Bewußtsein, für die Zukunft Frieden und Demokratie erkämpfen zu wollen, hat sie zu einem Leben mit so vielen Härten geführt. Sie sind das Salz der Erde. Volunteers kommen aus der Community, und sie sind Teil dieser Gemeinschaft; unser Leiden ist kein anderes als das Leid der nationalistischen Community, und wir sind stolz, daß wir zu diesen nationalistischen Menschen gehören – kämpfenden Menschen.

Was sind die nächsten Schritte der IRA, und könnt Ihr die Bewaffnung und die Unterstützung beibehalten, um diese Absichten durchzusetzen?

Das ist natürlich immer eine Frage, die nicht vollständig beantwortet werden kann. Dieses Interview werden nicht nur unsere Unterstützer lesen, so daß wir – und ich bin sicher, daß die Menschen der republikanischen Bewegung das verstehen werden – nicht auf spezielle Taktiken oder Absichten für die Zukunft eingehen können.

Aber wir können sagen, daß unsere Absicht ist, den Willen der Briten zu schwächen, in unserem Land zu bleiben, und wir haben die Stärke, das auch zu erreichen. Wir werden die Briten an so vielen Fronten zu jeder Zeit, wie dies logistisch möglich ist, bekämpfen. Etwas, was fundamental für alle antikolonialen Befreiungskämpfe ist: Es ist unser Land, und deshalb werden wir es nicht verlassen. Die Briten haben, wenn sie den Krieg fortsetzen, alles zu verlieren, wir haben alles zu gewinnen.

Die Kosten dieses Krieges für die Briten in egal welcher Höhe sollten nicht unterschätzt werden. Die Form unseres Kampfes wird sicherstellen, daß es für sie keine Atempause gibt. Außer den hohen finanziellen Kosten für die Aufrechterhaltung ihrer Präsenz und für den Schutz einer enormen Anzahl von potentiellen Zielen, wird dieser Krieg auch weiterhin an ihren Nerven zehren und ihr Leben bestimmen. Es liegt in ihrer Hand, das zu beenden, falls sie es nicht



tun, müssen sie die Konsequenzen tragen.

Die Unterstützung unseres Volkes ist offensichtlich, da wir ohne die Menschen weder unsere Aktionen durchführen, noch sie steigern könnten. Mit dieser Unterstützung, unseren Waffen und der Stärke unserer Volunteers und Aktivisten werden wir gewinnen, und wir setzen alles daran, den Sieg zu erreichen!

Unser Sieg wird eine Republik mit 32 Counties schaffen, die religiöse und bürgerliche Freiheit, gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten für alle Menschen garantiert. Unser Sieg wird das Ende britischer Präsenz in unserem Land sein, und indem wir sie vertreiben, schaffen wir eine solide Grundlage für wirkliche Demokratie und einen andauernden Frieden in unserem Land, was für so viele Jahrhunderte durch die britische Besatzung verhindert wurde.

## An Phoblacht/Republican News, 28.6.1990

Anmerkungen:

- (1) Brooke: Nordirlandminister der Regierung Thatcher.
- (2) Ulsterisierung: Die Briten versuchen, die Tatsache ihrer Besatzung und Kontrolle des Nordens zu verschleiern, indem sie den Krieg in den Six Counties, für den sie hauptverantwortlich sind, als einen sektiererischen (Religions-) Konflikt bezeichnen. Indem sie die Terrorisierung und militärische Überwachung der Bevölkerung jetzt hauptsächlich von der Polizei RUC und der Armee UDR ausführen lassen, bringen die Briten diese nordirischen Kräfte bewußt in die Schußlinie. Werden diese dadurch Opfer eines IRA-Angriffs, bestätigt das dann die Behauptung eines sektiererischen Krieges, in dem die Briten dann angeblich nur noch Vermittler sind.
- (3) Paddies: rassistischer Begriff für Iren.
- (4) Hillsborough-Abkommen: Anglo-Irisches Abkommen von 1985, mit dem die Republik Irland ein Mitspracherecht bei politischen Angelegenheiten des Nordens und die katholische Minderheit Verbesserungen erhalten sollte. In Wirklichkeit ging es der britischen Regierung um eine stärkere Einbindung der Republik in die Bekämpfung der IRA und der republikanischen Bewegung. So sind Ergebnisse des Abkommens z.B.: Die Republik liefert Gefangene jetzt an den Norden oder nach England aus, ihre Armee beteiligt sich an der Überwachung der inneririschen Grenze, die britische Armee darf jetzt bei militärischen Operationen in das Gebiet der Republik vordringen und dort z.B. Hausdurchsuchungen durchführen.
- (5) SDLP: katholische sozialdemokratische Partei im Norden.
- (6) John Hume: Führer der SDLP.
- (7) 100-days-Rede: In dieser Rede erklärt Brooke, daß Sinn Fein, wenn sie sich vom bewaffneten Kampf und der IRA lossagen, an den derzeitigen Gesprächen teilnehmen könnte, wobei er auf einen „gesprächsbereiten Flügel“ schiele, über den zu der Zeit ziemlich massiv in den Medien spekuliert wurde aufgrund angeblicher Differenzen innerhalb der republikanischen Bewegung.
- (8) Orangisten: Vor 300 Jahren gewann der niederländische König die entscheidende Schlacht um die Krönungskrone Irlands. Auf seiner Seite kämpften die Protestanten. Der Jahrestag dieses Sieges wird jährlich von ihnen gefeiert, wobei es in den letzten 300 Jahren zu zahllosen Angriffen auf die katholischen Wohnviertel gekommen ist.
- (9) Die Republikanische Bewegung wird von den im Ausland lebenden Iren außerordentlich stark unterstützt. Die ca. 2,5 Mio. in den USA lebenden Iren bilden dort eine wichtige nationale Community mit entsprechend starker Lobby bei den US-Politikern. Daher macht es Sinn, daß die englische Regierung dermaßen viel Kohle in die US-Medien pumpt, um den irischen Befreiungskampf zu denunzieren.
- (10) Gerry Adams: Vorsitzender von Sinn Fein.
- (11) Wolf Tone kämpfte als Protestant auf Seiten der republikanischen Bewegung gegen die Engländer und war einer der Führer eines Aufstandes.
- (12) United Irishmen: sieglose Aufstandsbewegung des letzten Jahrhunderts.

(Anmerkungen aus: Irland Solidarität Info 7.)

## Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich.  
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226  
Tel.: 0221/21 64 42  
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider  
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 65 58, Datentelefon 0221/24 69 15, Telefax 0221/21 53 73  
Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 3600

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM  
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten

Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen, für Auslandsberichterstattung: Rudiger Lotzer, für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux, für Aus Verbänden und Parteien – Diskussion, Dokumentation: Spezialberichte: Alfred Kusler  
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayernischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGMe, des NH Chemische Industrie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF  
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1, – Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

## Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM  
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM  
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM  
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M  
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM  
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM  
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM  
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM  
AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg. Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

## Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226  
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg  
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76  
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Czemmskistr. 5, 1000 Westberlin 62  
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen  
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1  
GNN Nordrhein-Westfalen  
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1  
GNN Verlag Hessen  
Postfach 11 0822, 6000 Frankfurt 11  
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
Gutenbergsstr. 48, 7000 Stuttgart 1  
GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM, Jahresabo: 30 DM

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM, Halbjahresabo 28,60 DM

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

## Politische Berichte zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

.....

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

1/81

# Gegen die personalisierte Sichtweise

Ein Beitrag nicht nur zur Diskussion der Frauenfrage

## Erziehung und Vererbung

Was die Diskussion der Frauenfrage innerhalb der Linken z. T. so unerfreulich und schwierig macht, ist die personalisierende Sichtweise auf das Problem der Frauenunterdrückung. Diese Sichtweise lastet den Männern pauschal und unmittelbar die gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen gleichsam als persönliche Eigenschaft an. Diese zugegebenermaßen naheliegende Sichtweise beinhaltet mehrere Probleme.

Wie kommen die schlechten Eigenschaften in die Männer hinein? Wenn die Antwort darauf in der Natur des Mannes liegt, dann ist mit Männern sowieso keine Verständigung möglich und der Kampf um Befreiung kann kein gemeinsamer sein. So wird mit einer biologistischen Argumentation die grundsätzliche Gleichheit der Menschen in Frage gestellt und einem Sexismus mit umgekehrtem Vorzeichen das Wort geredet. — Wenn Frauen pauschal typische Eigenschaften zugesprochen werden, so ist dies genauso problematisch, auch wenn diese Eigenschaften positiv bewertet werden. Solche Klassifikationen dienen im Allgemeinen dem Sortieren von Menschen, um sie in Schubladen zu sperren, auszugrenzen und schlimmstenfalls zu vernichten: „der Jude“ lügt, „der Türke“ stinkt, „der Mann“ ist brutal, „der Arbeiter“ ist dumm ... „die Frau“ ist friedlich, sensibel und sanft. Dieses Menschenbild stimmt nicht. Kein Mensch ist immer so und so. Menschen verhalten sich bewußt zu ihren Lebensumständen, bewerten diese und sind also „je nach dem“ so oder anders. Jeder Mensch, der auf eine bestimmte Eigenschaft festgelegt wird, soll damit handhabbar und beherrschbar gemacht werden. Auch die vielgerühmte Friedfertigkeit und Sensibilität „der Frau“ muß mit Hilfe reaktionärer Vererbungstheorien begründet werden, welche die Menschen auf ihren sozialen Status biologisch festlegen wollen und deswegen die Vererbung von Persönlichkeitseigenschaften behaupten. Oder jene „typisch weiblichen“ Eigenschaften sind Produkte der Erziehung. Als solche können sie durchaus als Bestandteil der Fremd- und Selbstunterdrückung der Frauen aufgefäßt werden. Steht nicht hinter der angeblichen Friedfertigkeit der Frauen ein „Wehe, wenn nicht“?

Aber auch mit der Erziehung ist es nicht so einfach. Angenommen, die Männer sind durch Erziehung so, wie sie sind. Dann ist die Frage der Frauenbefreiung sozusagen ein Erziehungs-/Umerziehungs-/Therapieproblem. Auf jeden Fall steht die „Arbeit am Menschen (bzw. in dem Fall am Manne)“ im Mittelpunkt des Interesses. Nicht die Menschen haben Probleme, sondern sie sind selber das Problem. Üblicherweise werden solche problematischen Menschen ausgegrenzt in Anstalten, Gefängnisse, Sondereinrichtungen jeglicher Art ... Sind Männerbesserungsanstalten die Lösung? Tatsächlich sind auch in der Linken solche Ausgrenzungstendenzen sichtbar: Männer, die sich als Personen nicht grundsätzlich problematisch finden und vielleicht noch dazu eine andere Meinung haben als die vom intellektuellen Feminismus vorgegebene, sind sozusagen „unverbesserlich“ und in keinem Fall Gesprächs- oder gar Bündnispartner. Dieser Ausgrenzungsmechanismus hat Unterdrückungsfunktion (in Bezug auf Diskussionsprozesse) und behindert den Zusammenschluß. Was mit dieser Sichtweise grundsätzlich verkannt wird, ist die Tatsache,

daß Verhalten nicht willkürlich, aus dem Inneren eines Menschen oder seinem Kopf entspringt, es auch nicht dadurch festgelegt wird, daß ich als Kind zu heiß gebadet wurde und nicht mit Kot spielen durfte, sondern es innerhalb bestimmter Strukturen, unter bestimmten Bedingungen seine Begründung findet, also funktional ist. Darum ändern letztlich auch feminine Sprachregelungen weder an Bewußtseinsinhalten noch an den Realitäten, welche sie abbilden, etwas. — Erziehung wirkt sich zwar aus, aber nicht geradlinig, sondern vielfältig gebrochen und oft gegenteilig als beabsichtigt. Schließlich können wir uns als Erwachsene auch zu unserer eigenen persönlichen Geschichte bewußt verhalten.

## Begreifen und Deuten

Die Dialektik von Verhältnissen und Verhalten wird durch die personalisierende Sichtweise nicht erfaßt. Diese Sichtweise bleibt der unmittelbaren Anschauung der Dinge und Personen dieser Welt verhaftet. Nun ist aber der uns unmittelbar gegebene Teil der Welt recht klein. Unser Leben hängt ab und wird gesichert durch ein System der Arbeitsteilung, an dem Menschen, Umstände und Begebenheiten beteiligt sind, die ich nie alle unmittelbar erfahren kann. Dieses System (Gesellschaft) hat eine Struktur, und diese folgt gewissen Gesetzmäßigkeiten bzw. bringt sie hervor. Menschen leben in diesen Strukturen und unterliegen ihren Gesetzmäßigkeiten, bis sie die Strukturen ändern und anderen Gesetzmäßigkeiten folgen. Diese liegen jedoch nicht offen, sondern sind unter der Oberfläche der Dinge und Handlungen der Menschen verborgen. Ich kann die Welt aber nur verändern, wenn ich sie verstehe. Ich verstehe sie, wenn ich mir ihre Gesetzmäßigkeiten aneigne. Dazu muß ich „hinter“ die Dinge schauen, muß durch die oberflächliche Anschauung zum Wesen der Sache gelangen. Beispielhaft dafür ist, wie Marx die Analyse der Bewegungsgesetze des Kapitalismus damit beginnt, daß er den Doppelcharakter der Ware aufdeckt. Das Verständnis der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird u.a. dadurch erschwert, daß Produktion und Reproduktion völlig auseinandergerissene Bereiche sind und daß die Produzenten keinen Einfluß auf die Produktion haben.

Das Problem einer Denkweise, die auf der unmittelbaren Anschauung der Dinge beruht, besteht darin, daß ich meine ganze Lebensweise mit ihren Problemen verursacht sehe durch die direkte unmittelbare Einwirkung meiner Umwelt und der einzelnen Menschen aufeinander und auf mich. Meine Lebens- und Beziehungsprobleme erscheinen dann so, als ob sie in meiner unmittelbaren Lebenslage und -praxis ihren Ursprung haben und auch nur dort geändert werden können. Dieses Denken ist verkürzt, weil es den gesellschaftlichen Zusammenhang unseres Seins nicht versteht. Ich muß auf der Ebene der unmittelbaren Anschauung meine Lebensverhältnisse für „bare Münze“ nehmen und sitze dem Schein der Verhältnisse auf. (1) Dabei wird das „Nichtgewußte“ entsprechend der Struktur des Gewußten gedeutet: ich personalisiere Ursachen und Wirkungen meines Lebenszusammenhangs. Gemäß diesem Deutungsmuster schieben wir uns dann persönlich gegenseitig die Schuld für gesellschaftliche Mißstände in die Schuhe: „der Ausländer“ ist Schuld an der

Arbeitslosigkeit. Aber auch in der Frauenbewegung ist solch ein Denken üblich: „der Mann“ verletzt Fraueninteressen aus bösem Willen, persönlicher Unzulänglichkeit und/oder mangelndem Bewußtsein. Er ist (und bleibt) eben ein Macker. So steht dann die Realität auf dem Kopf: die persönlichen Unzulänglichkeiten der Männer sind die Ursache für die gesellschaftliche Unterdrückung und nicht umgekehrt.

Oft wird in diesem Zusammenhang verkannt, daß Männer zwar anders, aber eben auch von der gesellschaftlichen Unterdrückung und der Beschränktheit der Lebensverhältnisse in ihrer Persönlichkeitsentwicklung behindert werden/sind. Mackerverhalten und Potenzgehebe sind geradezu Ausdruck solch eingeschränkter Persönlichkeitsentwicklung. Dies soll keine Entschuldigung sein, sondern einen angemessenen Umgang mit dem Problem ermöglichen. Nur wenn wir die personalisierende Sichtweise durchdringen, können wir uns gemäß unserer gesellschaftlichen Verantwortung verhalten. — Umgekehrt wird dort, wo die Abhängigkeit der Frau unmittelbar dem Mann angelastet wird, die Widersprüchlichkeit der Situation der Frau ausgeblendet: Auch Frauen instrumentalisieren Männer für ihre eigene Daseinsicherung und legen ihn auf die Rolle der Stärke fest. „Wenn ich von einem Mann primär Sicherheit erwarte, werde ich ihm übelnehmen, wenn er sich als „Schwächling“ erweist und somit eher zur Belastung als zur Entlastung wird.“

In dem Maße, wie sich Frauen von der Kritik ausnehmen und die Unterdrückung allein am Verhalten der Männer festmachen, wird die Vorstellung nahegelegt, daß sie selbst in ihrem Persönlichkeitskern durch die kapitalistische Klassenrealität unberührt und nur im Ausdruck ihres wahren, unbefleckten Wesens durch die Männer bzw. die männerdominierte Gesellschaft behindert sind. Indem die Frauen sich selbst von der Kritik ausnehmen, überlassen sie die Veränderung der Verhältnisse wieder einmal den Männern, während sie selbst als Hüterin der menschlichen Werte vom hohen Podest ihrer Tugend aus deren Anstrengungen mißtrauisch beobachten und mit detektivischem Eifer jedes männliche Fehlverhalten verfolgen.“ (2) Konflikte, die das eigene Verhalten in Frage stellen könnten, werden unterbunden. Kritik wird als unmittelbarer Angriff auf die eigene Person erlebt. Die Kritik wird somit nicht in ihrer möglichen Berechtigung geprüft, sondern den feindlichen Absichten des Kritikers/der Kritikerin angelastet. Falls diese Kritik männlicherseits formuliert wird, sind die feindlichen Absichten damit schon bewiesen und eine Auseinandersetzung erübrigt sich sowieso. Mit diesem Mechanismus werden Denk-/Redeverbote und Tabus geschaffen. Letztendlich werden so auf autoritäre Weise bestimmte Positionen (z.B. es gibt keine Klassen mehr, nur noch Männer und Frauen, das Primat der Sprache etc.) machtpolitisch durchgesetzt. Das dies weder dem Zusammenschluß noch der Emanzipation dient, haben andere Gruppen und Strömungen, die so vorgegangen sind, hinlänglich bewiesen.

Weil die personalisierende gedutete kapitalistische/patriarchalische Struktur nicht als Ursache der Unterdrückung aufgefaßt wird, gibt es auch keine Möglichkeit, sie gemeinsam kollektiv zu bekämpfen und zu verändern. Weil die Struktur der kap./pat. Ausbeutung nicht angegriffen wird, bleibt einseitig die „Arbeit

am Menschen“ übrig. Bei uns selber anfangen, unser Verhalten individuell ändern, erscheint als der Weg der Veränderung.

## Verhalten und Strukturen

Oft genug und bedauerlicherweise können wir unser Verhalten trotz bester Absichten, Einsichten und Vorsätze eben nicht einfach mal eben so ändern. Selbstbetrug und Selbstverrat gehören zum Leben unter bürgerlichen Verhältnissen wie Betrug und Verrat anderer. Wir leben innerhalb von Gesellschaftsstrukturen, verhalten uns gemäß dieser Strukturen und können eben nicht per Beschluß individuell da einfach mal so aussteigen, Verhalten ändern, die Struktur unangestastet lassen und alles wird gut. Es ist eine idealistische Illusion zu glauben, wenn genug Menschen ihr Verhalten ändern, werden sich die Strukturen schon ändern. Das wird nicht eintreten, weil nicht genug Menschen in der Situation sind, ihr Verhalten grundlegend ändern zu können. Bestimmte Verhaltensmuster sind innerhalb der Struktur der bürgerlichen Klassengesellschaft eben überlebensnotwendig.

Innerhalb kapitalistischer Verhältnisse besteht das zentrale Mittel individueller Existenzsicherung in der Perfektionierung der eigenen Verwertbarkeit für die herrschenden Profitinteressen. Die daraus folgenden Unmenschlichkeit und Verhaltensdeformationen werden überlebensnotwendig angesichts der Ausleseprozesse im Arbeits- und Sozialisationsbereich. Wer sich auflehnt, trägt das u. U. tödliche Risiko der Ausgrenzung, Verfolgung, Isolierung u. dgl. Angst ist ein dauerndes hintergründiges Lebensgefühl der Menschen im Kapitalismus. Neben der Auflehnung steht die Möglichkeit, sich innerhalb der Strukturen einzurichten. Das bedeutet aber, daß ich meine Mitmenschen für meine Interessen einzusetzen und auszunutzen versuche. Zwischenmenschliche Beziehungen verkommen zu Instrumentalverhältnissen. Ich versuche, die Mitmenschen gemäß meiner Vorteile zu nutzen oder an die Wand bzw. aus der Konkurrenz zu drängen oder sie klein und gefügig zu halten. Das sind die Widersprüche, die die kapitalistische Konkurrenz innerhalb der unterdrückten Klassen schafft, indem sie die Menschen einzeln gegeneinander hetzt und sie so weit treibt, daß sich jede als jedermanns Feind versteht. Damit werden Mitmenschlichkeit, Freundschaft und Solidarität ständig untergraben. „Selbst sexuelle Beziehungen als elementarste Weise vitaler Beglückung sind zersetzt durch die wechselseitige Instrumentalisierung der Partner, durch welche die sexuelle Bedürftigkeit mißbraucht, und damit die gesellschaftliche Unterdrückung ... bis in die intimsten Bereiche menschlicher Nähe und Aufgehobenheit verlängert wird.“ (4)

Diese Struktur wirkt auf beide Geschlechter. Wir können innerhalb der kapitalistischen Struktur unsere Existenz und damit unsere Entwicklungsmöglichkeiten je einzeln nur dadurch sichern, daß wir andere in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen, behindern, im Extremfall vernichten. Die patriarchale Struktur greift genau an dieser Stelle, indem die Entwicklungsmöglichkeiten der Männer zu Lasten und auf Kosten der Entwicklungsmöglichkeiten der Frauen gehen. Innerhalb der unterdrückten Klassen führen die verstümmelten Entfaltungsmöglichkeiten der Männer zu immer noch weiterer Verstümmelung der Entwicklungsmöglichkeiten

der Frauen. Dabei wird auf Frauen in vielfältiger Weise Gewalt ausgeübt. Diese Gewalt ergibt sich aus einem komplizierten Zusammenspiel von familiärer/männlicher Gewalt, gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen und Klassenvorurteilen sowie der Ermöglichung und Verschleierung der gegen Frauen ausgeübten Gewalt unter dem Deckmantel der Schonung, Liebe, Erziehung. Basis dafür ist die durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung erzwungene Abhängigkeit vom Mann, innerhalb derer Frauen vor allem die physische und psychische Reproduktion des Mannes zu gewährleisten haben.

Wenn wir, wie gezeigt, aus den Strukturen nicht einfach aussteigen können, so können wir uns aber, sofern wir nicht der personalisierenden Sichtweise verhaftet sind, bewußt dazu verhalten. Genau hier stehen wir als Einzelne in der Verantwortung. „Aber gerade die Erkenntnis, daß ... es letztlich keine Alternative zum gemeinsamen Kampf gegen die Behinderung menschlicher Lebensmöglichkeiten gibt, setzt die subjektive Notwendigkeit und verleiht auch die Kraft, dem autoritär-anmaßenden Verhalten der Männer, wo immer es auftritt, zu begegnen, statt sich ihm zu entziehen.“ (5)

Indem wir uns im Kampf zusammenschließen, werden wir auch die Verhaltensweisen ablegen müssen, die unsere (gemeinsame) Entwicklung/ Emanzipation behindern. Marx formulierte diesen Zusammenhang so, daß „sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewußtseins wie zur Durchsetzung der Sache selber eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution vor sich gehen kann ... weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.“ (6)

## Frau und Klasse

Die Unterdrückung der Frau dient nicht in erster Linie „den Männern“, sondern dem Erhalt der kapitalistischen Klassenrealitäten. Daß Männer Frauen unterdrücken und davon Vorteile haben, ist unbestritten. Daß auch zwischen Frauen Klassendifferenzen politisch wirksam sind, zeigte sich in Westberlin sehr deutlich am Kita-Streik. Der

Frauenstreik, der im Kern eine gesellschaftliche Aufwertung weiblicher Reproduktionsarbeit beinhaltete, wurde von der bürgerlich-intellektuellen Frauenbewegung kaum zur Kenntnis genommen und praktisch nicht unterstützt. Dies ist um so bemerkenswerter, da sowohl die zuständigen SenatorInnen als auch die Mehrheit des Senats weiblich sind. Zum Abschluß möchte ich noch einmal Ute Osterkamp zitieren:

„Die Gefahr, daß Mittelstandsfrauen über die eigene Betroffenheit durch die allgegenwärtige Diskriminierung der Frauen ihre Privilegien bzw. die Klassendifferenzen auch in der Gruppe der Frauen verdrängen, wird auch von Angela Davis betont. Sie verweist z. B. darauf, daß „bürgerliche“ Feministinnen „gestern und heute“ in den USA die Situation der (meist schwarzen) Hausangestellten nahezu völlig ausblenden, was sich häufig — wenigstens seitens der wohlhabenderen Frauen — als verschleierte Rechtfertigung des eigenen ausbeuterischen Verhältnisses zu ihren Dienstboten herausgestellt habe (1982, 93). Der Vorwurf, daß sich die Frauenforschung auf die weiße Mittelschicht beschränke und, insofern sie das tut, rassistisch sei, ist von vielen, vorwiegend schwarzen Frauen erhoben worden ... Eine Bewegung aber, die nicht alle Frauen einbezieht, kann ... nur eine Bewegung einzelner Frauen, aber keine Frauenbewegung sein. Sie wird entsprechend schwach und wirkungslos bleiben. Die scheinbar alle vereinnahmende Rede von „den Frauen“, die die Diskussion in großen Teilen der Frauenbewegung zu bestimmen scheint und von den unterschiedlichen Lebens- und Handlungsmöglichkeiten abstrahiert, reduziert die Frauen wiederum auf deren Biologie. Sie verfällt damit aber genau dem Sexismus, den es zu überwinden gilt.“ (7)

Quellenhinweise:

- (1) Marx hat den „Schein der Verhältnisse“ beispielhaft am Fetischcharakter der Ware aufgezeigt. MEW Bd. 23, S. 85
- (2) Ute H.-Osterkamp, Marxismus-Feminismus-Arbeiterbewegung. Argument-Sonderband 106, Forum Kritische Psychologie, S. 58, 59
- (3) a.a.O., S. 57
- (4) Klaus Holzkamp, Grundlegung d. Psychologie, Frankfurt 1985, S. 379
- (5) Marxismus usw., a.a.O., S. 60
- (6) Marx, Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 70
- (7) Ute Osterkamp, Alltägliche Gewalt gegen Frauen, zit. n. Mechthild Jansen (Hrsg.), Frauen, Alltag & Politik, Pahl Rugenstein Verlag 1987

— (pet)

## Staatsziel § 218: bevormunden beaufsichtigen bestrafen

Dokumente zu einem Verfassungskonflikt

Hrsg. von der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik

Bestellungen an: GNN-Verlag Postfach 260 226 5000 Köln 1

32 Seiten Preis: 3,50 DM

Im Konflikt zwischen dem Anspruch des Staates, in die persönlichsten Angelegenheiten menschlichen Zusammenlebens einzugreifen, und dem Streben der Bevölkerung, die Frage der Geburtenkontrolle ohne Staatsingriff zu regeln, ist die Kenntnis der Dokumente eine wesentliche Voraussetzung für die Stärkung der Front gegen die Reaktion. Diesem Ziel soll die Dokumentation dienen.